

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Wortprotokoll der 19. Sitzung (öffentlicher Teil)

Arbeitsgruppe
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-
beteiligung und Transparenz unter Berück-
sichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben,
Schacht Konrad und Morsleben

Mittwoch, den 20. Januar 2016, 9:30 Uhr
Sitzungssaal E. 200
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Hartmut Gaßner
(Sitzungsleitung)
- Ralf Meister

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 5**

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 5**

Beschlussfassung über die Tagesordnung
und Protokoll der 18. Sitzung

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 9**

Zuschriften
Internetauftritt und Internetforum

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 9**

Erörterung BfE-Ausschreibung

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 14**

Stand des Berichtsentwurfs der AG1

Tagesordnungspunkt 6

Seite 48

Fortsetzung der Erörterung Bürgerbeteiligung
nach StandAG

- Text A. Fox (K-Drs. / AG1-58)
- Bericht des BMUB
- Festlegung von Teilgebieten /
Regionen / Standorten
(K-Drs. / AG1-63 K-Drs. / AG3-83)

Tagesordnungspunkt 7

Erörterung Berichtsteil B.2.2 „Der Umgang mit
Konflikten“ (K-Drs. / AG5-4)

Tagesordnungspunkt 8

Verschiedenes

Teilnehmer:

Hartmut Gaßner (Vorsitz)
Ralf Meister (Vorsitz)
Prof. Dr. Gerd Jäger
Erhard Ott
Jörg Sommer
Prof. Dr. Armin Grunwald
Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla
Prof. Dr. Bruno Thomauske
Abg. Eckhard Pols
Abg. Dr. Matthias Miersch
Abg. Sylvia Kotting-Uhl

Für Min Franz Untersteller: Gerrit Niehaus
Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker

Hans Hagedorn (DEMOS)
Katja Simic (DEMOS)
Jutta Struwe (Prognos)
MinDirig Peter Hart (BMUB)
Jörg Reckers (BMUB)

Gäste:

Andreas Fox
Michael Fuder
Cécile Marchand
Adrian Arab

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Tagesordnungspunkt 1

Begrüßung

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Schönen guten Morgen, meine Damen und Herren. Ich darf Sie zu unserer 19. Arbeitsgruppensitzung begrüßen.

Ich weise zunächst formal darauf hin, dass auch von dieser Sitzung Tonaufzeichnungen gefertigt werden, die später als Audiodatei auf der Webseite der Kommission eingestellt werden. Wir begrüßen die Stenografin und verweisen darauf, dass wir auch heute wieder ein Stenografisches Wortprotokoll haben. Aufgrund der betroffenen Persönlichkeitsrechte darf ich fragen, ob sich jemand dagegen ausspricht? Das ist nicht der Fall. Damit können wir insoweit bei unserem bisherigen Brauch bleiben, dass diese Aufzeichnungsmöglichkeiten weiterhin genutzt werden.

Ich darf mich und Sie bitten, noch mal die Handys zu kontrollieren, dass wir sie auch ausgeschaltet haben.

Ich möchte kurz darauf verweisen, dass wir das Catering um 11.15 Uhr, um 13.15 Uhr und um 15.15 Uhr bestellt haben.

Zur Begrüßung gehört, dass ich die Anwesenden kurz benenne. Das sind zum einen die AG-Mitglieder. Von den ständigen Gästen hat sich Herr Dürr entschuldigt. Ich weiß nicht, ob Herr Fuder auf dem Weg ist. Ich begrüße Herrn Fox, Frau Marchand und Herrn Arab. Herr Geilhufe kann ich noch nicht begrüßen. Es bestehen wohl einige Anreiseschwierigkeiten. Deshalb kann es sein, dass meine Aufzählung im Verlauf des Vormittags hoffentlich noch eine Veränderung erfährt.

Wir haben vom BMUB Herrn Hart und Herrn Reckers als Gäste. Von der Firma Prognos begrüße ich Frau Struwe, ebenso wie unsere berichtsunterstützenden Beteiligungsmangerin

bzw. -manager Frau Simic und Herrn Hagedorn. Wir haben auf der Bank der Parlamentarierinnen und Parlamentarier Herrn Miersch und Herrn Pols. Die AG-Mitglieder stelle ich nicht alle vor. Frau Kotting-Uhl ist angekündigt; von Herrn Zdebel weiß ich nichts. Auf der Ministerialbank ist noch Herr Ackermann angekündigt. Herr Niehaus ist da.

Wir haben also eine nicht ganz vollständige Sitzung, die im Verlaufe der Anreise sicherlich noch eine Ergänzung erfährt.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlussfassung über die Tagesordnung und Protokoll der 18. Sitzung

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich darf die Tagesordnung aufrufen und die Bitte äußern, dass wir zwei Tagesordnungsvorschläge möglicherweise anders gewichten. Die Vorstellung von Herrn Meister und mir geht dahin, dass sich die heutige Sitzung sehr intensiv an dem Papier orientiert, das Ihnen gestern Vormittag zugegangen ist und das als Kurzfassung eines Zwischenberichts zur weiteren Abstimmung bezeichnet ist. Wir gehen davon aus, dass in diesem kurzen und intensiven Papier wesentliche Stationen bzw. Positionen markiert sind, die für die weitere Meinungsbildung innerhalb der Arbeitsgruppe unabdingbar sind. Weil wir dieser Kurzfassung für die inhaltliche Abstimmung eine große Bedeutung beimessen, würden wir Ihnen vorschlagen, dass wir die Frage, die Herr Sommer aufgerufen hat, nämlich inwieweit wir zu einer Verständigung darüber kommen, wie wir rechtzeitig unserer Berichtspflicht gegenüber der Kommission nachkommen, im Verlaufe des Nachmittags aufrufen, wenn wir gemeinsam einen Zwischenstand erarbeitet haben.

Ich würde auch Herrn Kudla bitten, seinen Vorschlag, bezogen auf die gesonderte Betrachtung

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

der Drs. 61 - Schlagwort Nachprüfungsrechte respektive inhaltlich Auskunftsrechte, Prüfrechte, Interventionsrechte -, so lange nicht gesondert aufzurufen, solange er von dem Verlauf des Tages den Eindruck hat, dass wir diese Fragestellungen tatsächlich erörtern. Wie Sie an den weiteren Tagesordnungspunkten 6 und 7 sehen, haben wir noch andere Fragestellungen wie beispielsweise das weitere Papier von Herrn Kudla zur Regionenbildung vorsorglich auf die Tagesordnung aufgenommen, damit keines der ausgearbeiteten Papiere bzw. keine der ausgearbeiteten Vorstellungen nicht berücksichtigt werden.

Die einzige Bitte, die ich jetzt hätte, wäre die, dass wir der Tagesordnung den Verlauf geben, dass wir uns zu Beginn des Einstiegs in die Erörterung des Beteiligungsprozesses zunächst auf dieses Papier konzentrieren, keine Einzelfacetten hervorheben und keine Einzelpapiere quasi vor die Klammer ziehen. Das gilt auch für Fragen, die wir an das BMUB hatten. Aufgrund der zeitlichen Beschränkungen, die Herr Hart hat, der sich in der Mittagszeit von uns verabschieden muss, war die Überlegung aufgetaucht, ob wir insoweit etwas vor die Klammer ziehen. Auch dazu haben wir uns verständigt.

Lassen Sie uns doch bitte erst einmal von 10 bis 12 Uhr die Diskussion in Bezug auf diese Grundposition, diese frühere Kurzfassung, konzentrieren. Dann werden wir sehen, ob wir weiteren Bedarf haben, diese Papiere konkret aufzurufen, und/oder ob wir konkreten Bedarf haben, uns darüber zu verständigen, wie in der verbleibenden Zeit verfahren wird, die ich als eine Zeit weiterer zwei Arbeitsgruppen markiere, von denen die heutige von ganz wesentlicher Bedeutung ist, um absehen zu können, ob wir zu der nächsten Arbeitsgruppensitzung dann schon in Richtung Feinschliff und nicht mehr in Richtung Grundstrukturen arbeiten, sodass wir in die Feb-

ruar-Sitzung eher noch die Positionen aufnehmen, die in der März-Sitzung eigentlich die Ab-rundung darstellen.

Ich messe der heutigen Sitzung also große Bedeutung bei und wäre Ihnen verbunden, wenn wir das so spiegeln, dass wir uns zunächst an dem genannten Papier orientieren und dazu die wesentlichen Debatten führen. In einem Zwischenfazit in der Mittagszeit werde ich mit Ihnen noch einmal besprechen, wo wir ungefähr stehen, also ob wir in diesem Tempo zu guten Ergebnissen kommen oder ob wir den Tagesverlauf umstellen müssen. Das wäre jedenfalls meine Bitte.

Das würde bedeuten, dass wir nach dem Tagesordnungspunkt 4 in dem Einstieg in den Tagesordnungspunkt 5 heute unseren Tagesschwerpunkt sehen und dass wir die Tagesordnungspunkte 6 - Erörterung Bürgerbeteiligung nach StandAG - und 7 gegebenenfalls umstellen, wobei auch das Papier in der Drs. 61, auf das sich Herr Kudla bezogen hat und das er zusammen mit Herrn Jäger und Herrn Sommer ausgearbeitet hat, selbstverständlich weiterhin auf der Tagesordnung bleibt, solange und soweit es nicht durch die Diskussionen anhand des Kurzpapiers aufgehoben wird.

Damit habe ich, bezogen auf die Tagesordnung, eine Bitte geäußert und gleichzeitig schon einen Ausblick gegeben, wie Herr Meister und ich uns vorstellen könnten, dass wir über die Abarbeitung des Tagesordnungspunkts 5 heute wesentliche qualitative Schritte in Richtung Berichtsentwurf gehen können.

Mit diesem relativ langen Vorspruch darf ich Sie fragen, ob es noch andere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt oder ob Sie mit dem Vorgehensvorschlag einverstanden sind. Herr Becker, bitte.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Thorben Becker: Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden. Vielleicht nur eine Ergänzung: Was in der Tagesordnung komplett fehlt, ist ein Blick auf die laufenden Beteiligungsformate. Ich fände es gut, wenn wir das zumindest in einem kleinen Punkt oder meinetwegen auch unter „Verschiedenes“ machen. Ich denke, es gibt da durchaus ein paar Punkte, die man besprechen sollte.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Wären Sie einverstanden, dass wir es angesichts der Bedeutung, die der Tagesordnungspunkt 5 hat, zeitlich ein bisschen nach hinten schieben, obwohl es natürlich als Entree auch gut geeignet wäre? Ich würde gerne - insbesondere mit Blick auf Herrn Hart - möglichst viel besprechen. Dann würden wir das so rechtzeitig wie möglich am Nachmittag machen. Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ich hatte im Vorfeld den Antrag zur Tagesordnung gestellt, dass wir uns gleich zu Beginn unserer Sitzung darüber unterhalten, wie wir vom Status, den wir jetzt haben, nämlich bis dato keine einzige Zeile für den Abschlussbericht, der in irgendeiner Form die AG passiert hat oder Ergebnis der AG ist, sondern sehr viele Entwürfe, in absehbarer Zeit - und die Zeit ist zunehmend von Knappheit geprägt - dazu kommen, der Kommission einmal diskussionsfähige Ergebnisse dieser AG vorzulegen, die auch von den beiden anderen Arbeitsgruppen immer wieder angemahnt werden, weil sie sie für ihre Arbeit brauchen.

Ich habe verstanden, was Sie jetzt vorgeschlagen habe. Ich wäre gerne bereit, darauf zu verzichten, das zur Abstimmung zu stellen, möchte aber gerne noch mal eine gewisse Skepsis loswerden, weil ich tatsächlich - ebenso wie Sie - den Wunsch habe, dass wir heute in vielen Bereichen zumindest mal eine Klarheit über den Stand der Meinungsbildung in dieser AG haben. Wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder an Papieren abgearbeitet, und es war am Ende immer

sehr ergebnisfrei. Das ist auch sinnvoll in einer gewissen Phase, aber jetzt müssen wir zu Ergebnissen kommen.

Ich muss gestehen, dass ich Ihren Vorschlag - vielleicht bin ich nicht der Einzige - in der Kürze der Zeit nicht komplett habe lesen können. Aber, das was ich gelesen habe, hat mir nicht immer alles so gefallen. Da ist bestimmt Diskussionsbedarf vorhanden. Ich wünsche mir, dass wir uns alle die Disziplin auferlegen, festzustellen: Wo haben wir einen weitgehenden Konsens? Wo haben wir Diskussionsbedarf? Das sollten wir markieren und weitermachen, wenn wir feststellen, wir können jetzt aktuell nicht sofort einen Konsens erzielen.

Ich selber und wahrscheinlich auch die anderen AG-Mitglieder und auch andere Kommissionsmitglieder wüssten wirklich dringend gerne, wie der Stand der kollektiven Meinungsbildung in dieser AG tatsächlich ist, also: Wo sehen wir etwas gleich oder ähnlich, und wo haben wir einen Dissens, an dem wir uns noch hart abarbeiten müssen? Das wäre mir sehr wichtig. Die Zeit sollten wir uns nehmen. Wenn wir es dann so machen wollen, wie Sie es vorgeschlagen haben, gerne.

Ich habe aber noch eine andere Bitte zur Tagesordnung. Es gab, soweit ich informiert bin, am 4. Januar 2016 aus dieser AG heraus einen Kreis, der sich gebildet hat, um ein Stück weit weiterzuarbeiten. Ich weiß nicht, wie sehr das Papier ein Ergebnis der Arbeit dieses Kreises ist. Ich weiß nur, dass sehr wenige beteiligt waren, und zwar nicht, weil sie nicht eingeladen waren, sondern weil sie Anfang Januar nicht konnten. Da dieser Kreis laut meiner Information faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit getagt hat, wäre es im Sinne der Transparenz sinnvoll, wenn der AG-Vorsitzende zu Beginn noch mal ganz kurz sagt, was man in diesem Kreis besprochen hat

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

und wie das in unsere Arbeit einfließt. Das wäre mir sehr wichtig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Mein Vorschlag, den ich jetzt zur Diskussion stelle, wäre, dass ich die Fragestellung, wie wir zu dieser Konsensüberlegung kommen, wie wir also die Diskussion strukturieren, sowie einen kurzen Bericht über die Arbeit während der zwei Sitzungen zu Beginn des Tagesordnungspunkts 5 aufrufe. Dann würden wir das noch ein bisschen beschleunigen. Wenn Sie allerdings eher noch einmal diskutieren wollen, wie wir den Tagesordnungspunkt 5 strukturieren - ich wäre flexibel -, müssten wir uns jetzt verorten. Ich würde den Vorschlag machen, das weitere Vorgehen anhand des Papiers vom gestrigen Tage mit Tagesordnungspunkt 5 aufzurufen.

Ich rufe jetzt Herrn Jäger und anschließend Herrn Meister auf. Dann sehen wir, worauf sie sich beziehen.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich hätte in der Tat noch einen Punkt zu dieser Vorgehensweise. Diesen Punkt stelle ich gerne zurück, damit wir das unter Tagesordnungspunkt 5 behandeln.

Ich hätte aber die Anregung, dass wir unter „Verschiedenes“ zwei weitere Punkte ansprechen. Wenn wir es jetzt austauschen können, ist es gut. Wenn nicht, sollten wir möglicherweise die Geschäftsstelle bitten, dazu den Stand zu eruieren. Ich möchte die wissenschaftliche Begleitung adressieren, wo wir da stehen und wann wir mit Ergebnissen rechnen können, sodass wir sie noch in unsere Arbeit einbeziehen können.

Das Zweite ist der Stand der Informationskampagne, die vorbereitend für die Beteiligung des Berichts von ganz entscheidender Bedeutung ist. Vielleicht könnten wir dazu auch noch eine Information bekommen. Vielen Dank.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, die Fragestellung, die Sie mit der wissenschaftlichen Begleitung aufwerfen, und die Frage, die Herr Becker aufgeworfen hat, das passt ja gut, dass wir das dann zusammen behandeln. Die Frage nach der Informationskampagne wird im Rahmen der nicht öffentlichen Sitzung aufgerufen, weil es dazu von der Geschäftsstelle konkrete Vergabevorschläge gibt. Dazu wird auch Herr Janß zu uns kommen. Von daher ist das momentan auch abgedeckt.

Vorsitzender Ralf Meister: Eine Ergänzung bzw. noch mal eine Zustimmung zu Herrn Sommer. Herr Gaßner und ich haben im Vorwege im Rekurs über die vielfältigen Dissense, die wir in diesen Debatten hatten, deutlich formuliert, dass es in dieser Sitzung nach unserem Wunsch deutlich mehr Abfragen von konkreten Meinungsbildern geben muss, sodass wir verbindliche Richtlinien bekommen, die für das Weiterschreiben des Textes dann auch haftbar sind. Denn man muss ehrlicherweise eingestehen, dass die Dissense, die wir in der Vergangenheit hatten - man kann das zum Teil in den Protokollen nachlesen -, trotz bündelnder Zusammenfassung in späteren Debatten permanent wieder neu aufgerollt worden sind. Das heißt, an dieser Stelle gibt es von mir oder von uns deutlich die Erwartung, dass es Absprachen gibt, die dann auch nicht mehr in Frage gestellt werden können.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Ich würde die Beiträge jetzt so werten wollen - dazu schaue ich in die Runde -, dass wir uns auf die bestehende Tagesordnung verständigen können und dass wir sehr schnell zu Tagesordnungspunkt 5 kommen wollen und uns dort einzeln darüber verständigen, wie wir vorgehen. Gibt es dazu noch Anmerkungen? Nein. Dann stelle ich fest, dass wir die Tagesordnung in der vorgelegten Form mit den besprochenen Ergänzungen von Herrn Becker und Herrn Jäger beschließen.

Ich verweise kurz darauf, dass das Protokoll der letzten Sitzung am 11. Januar versandt wurde. Ich bitte um Durchsicht und mache den Hinweis, dass dieses Protokoll als abgestimmt ins Internet gestellt wird, wenn nicht innerhalb von 14 Tagen Änderungsbedarf angemeldet wird.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3 **Zuschriften, Internetauftritt und Internetforum**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich stelle fest, dass unter diesem ständigen Tagesordnungspunkt heute keine Berichte vorliegen, weil es keine neuen Zuschriften, die die AG 1 betreffen, gibt.

Dann rufe ich auf:

Tagesordnungspunkt 4 **Erörterung BfE-Ausschreibung**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir haben uns in der AG bislang nicht damit befasst. Es gibt eine kurze Frage von meiner Person und anschließend von Frau Kotting-Uhl in der Runde mit Frau Hendricks. Frau Hendricks hat mittlerweile ein Antwortschreiben veranlasst und uns einen Kurzbericht des BfE zugeleitet.

Ihnen liegt auch die Leistungsbeschreibung vor, die die BfE-Ausschreibung zum Hintergrund hat. Diese BfE-Ausschreibung ist Ende Oktober bis November veranlasst gewesen. Sie ist dem Dienstleister Herrn Hagedorn, wenn ich das so sagen darf, in der Standardrecherche beim Scannen der Ausschreibungen bekannt geworden. Er hat mich darüber informiert. Ich habe dann ausschließlich die Vorsitzenden der Kommission darüber in Kenntnis gesetzt und darum gebeten, beim BMUB einmal nachzufragen, ob es sich dabei möglicherweise um einen Irrläufer handelt, weil es sich bei dieser BfE-Ausschreibung aus

meiner Sicht - das ist jetzt aber eine Wertung - eher um einen Routinevorgang handelte, zu sagen: Wir sind in einer gesetzlichen Aufgabenstellung, die uns möglicherweise veranlassen könnte, vorbereitende Arbeiten auch in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung zu leisten. Es fiel jedoch sofort auf, dass diese Routinearbeit zusammenhangslos Fragen aufgeworfen hat, die im Rahmen der Beteiligung eigentlich viele Korrespondenzen zu Ausarbeitungen hat, die die Kommission und die AG 1 machen, um das einmal sehr vorsichtig auszudrücken. Man kann auch sagen: Da haben welche etwas angestoßen und haben dabei vielleicht irgendwie vergessen, dass es zwar sinnvoll ist, dass sich das BfE auch langsam einstellt, aber etwas zu veranlassen, was sich nicht einmal verbal auf die Arbeit der Kommission und der AG 1 bezieht.

Es ist in dem Schritt dann so gewesen, dass Herr Hagedorn und ich - das ist ein Teil, der notwendig ist, weil er die Handlungen innerhalb der Vorsitzendenrunde betraf - gesagt haben: Na ja, dann gucken wir doch mal. Dann bewerben wir uns mal, ein bisschen halb flapsig, nach dem Motto: Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Entweder sagt man, wir sind nicht hinreichend qualifiziert. Das wäre auch eine lustige Aussage. Aber insbesondere war die Überlegung die folgende: Wenn es überhaupt sinnvoll sein könnte, dann könnte es natürlich so sein: Wenn sich das BfE auch derer bedient, die das hier machen, dann kann es noch einen inhaltlichen Kontext geben. Dieses Element, dass wir uns beworben haben, hat in der Vorsitzendenrunde wiederum dazu geführt, dass man sagte, man möchte diese Sache eher nicht weiter erörtern.

Ich selbst bin nicht in der Vorsitzendenrunde gewesen. Deshalb berichte ich Ihnen es jetzt so, wie es mir per Telefon mitgeteilt wurde. Der eine Teil - die Überlegung, ob es sinnhaft war, dass das BfE das so aufgeschrieben hat -, ist jetzt dadurch überlagert, was es heißt. Ich weiß es

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

nicht; der Satz wurde nicht zu Ende gesprochen. Haben wir dieses Vorgehen jetzt legitimiert?

Es hat also eine kleine Nuance der Skandalisierung, die ich quasi vor die Klammer ziehen möchte. Ich sage noch einmal: Ich war eher darauf eingestellt, dass der Angebotsaufwand umsonst ist, weil diese Ausschreibung aufgehoben wird. Das ist nicht erfolgt. Zwischenzeitlich ist die Ausschreibung förmlich zu Ende gegangen. Die Ausschreibung hatte noch das Bonmot, dass zwischenzeitlich über eine Rundmail allen Beteiligten bekannt gegeben wurde, wer alles beteiligt ist. Jeder Bieter wusste also, wer von den anderen überhaupt im Verfahren ist.

Jetzt ist es so, dass die Vergabe nicht an Hagedorn/Gaßner gegangen ist, weil wir zu teuer waren, sondern die Vergabe ist an das UfU-Institut erfolgt. Damit haben wir die Situation, dass UfU als Betreuer der AG 2 zukünftig auch die Öffentlichkeitsarbeit für das BfE strukturieren wird. Das hat jetzt verschiedene Facetten. Ich würde mich gerne in die Moderatorenrolle zurückziehen und Ihnen das Wort geben, ob und inwieweit wir das noch erörtern wollen. Ich würde nur vorsichtig darum bitten, dass es verschiedene Facetten hat. Die eine Facette, dass Hagedorn und ich gesagt haben: „Na ja, jetzt gucken wir mal, wie die mit einer Bewerbung von uns umgehen.“, ist sicherlich nicht die ausschlaggebende und einzige Facette. Aber es ist natürlich auch eine, und deshalb habe ich das so ausführlich berichtet. Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ich danke Ihnen für die kurze Zusammenfassung und stelle den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu schließen und mit anderen Themen weiterzumachen, weil wir sehr wichtige Themen haben und weil das in der Tat eine Geschichte mit sehr vielen Unbekannten und sehr vielen Sichtweisen ist. Ich wüsste nicht, wie uns das hier weiterbringen sollte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Wenn Sie schon den Antrag stellen, würde ich gerne eine Gegenrede dazu machen.

Es gibt ein paar Punkte, die mich inhaltlich interessieren und wo ich Nachfragen an das Bundesumweltministerium hätte. Insofern würde ich zumindest die Sachverhaltsklärung, soweit wir sie hier tätigen können, durchaus in einem gewissen Zeitrahmen diskutieren wollen.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich bin ein bisschen irritiert, dass der Vorsitzende als Erstes ... Wie bitte?

MinDirig Gerrit Niehaus: Bei Rede und Gegenrede müsste jetzt eine Abstimmung erfolgen, oder sehe ich das falsch?

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich weiß nicht, ob das ein Geschäftsordnungsantrag gewesen ist. Ich habe ihn nicht so verstanden. Aber meinerwegen ziehe ich dann zurück.

MinDirig Gerrit Niehaus: Eindeutig. Was sonst?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann würde ich Sie, Herr Thomauske bitten, dass Sie einen ungefähren Vorschlag machen, wie lange Sie dem Raum geben wollen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich würde dafür eine Viertelstunde vorsehen. Ich halte den Vorgang durchaus für beachtlich, und deswegen sollten wir ihn auch inhaltlich diskutieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Wer wäre dafür, dass wir das in einer Viertelstunde erörtern? Wer ist dafür, dass es nicht erörtert wird? Das sind etwas weniger. Wer enthält sich?

MinDirig Gerrit Niehaus: Bei der Geschäftsordnung habe ich Stimmrecht?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, dann ist es einfacher, dass wir das in einer Viertelstunde erörtern. Ich würde Herrn Miersch das Wort geben.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich ziehe zurück, da ich Einspruch gegen die Vorgehensweise einlegen wollte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Der Vorgang hat eine Komponente, zu der ich mich als Staatsbürger eigentlich äußern müsste. Das tue ich nicht. Ich sehe aber einen Zusammenhang mit unserer Arbeit. Insofern stellt sich die Frage, ob wir uns erst einmal als Arbeitsgruppe oder als Kommission dazu verhalten.

Herr Gaßner, ich meine, Sie hätten den sehr wichtigen Punkt genannt, dass in dieser Ausschreibung kein Bezug auf unsere Arbeit genommen worden ist. Das halte ich für wesentlich. Es könnte jetzt nämlich passieren, dass zwei unabhängige Arbeiten zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, mit einem gewissen Time Lag. Wir machen einen Vorschlag, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung denn gestaltet werden soll. Das geht dann in Richtung Bundestag. Parallel dazu findet ein Forschungsprojekt, wie ich gelesen habe, statt, das unabhängig von der Kommission einen Vorschlag macht. Was ist, wenn die beiden auseinanderlaufen, mit diesem Ergebnis? Das ist sicherlich nicht besonders förderlich und auch höchst ineffizient. Das ist der Hintergrund meiner Eingangsbemerkung als Bürger.

Deswegen wäre es zu überlegen, ob wir uns zumindest dahingehend äußern, dass die Arbeit der Kommission - speziell das, was wir tun - dort berücksichtigt wird.

Es gibt auch noch einen inhaltlichen Punkt, auf den wir nachher stoßen. Die Arbeitshypothese hinter diesem Auftrag des BfE ist ja, dass das BfE Träger des Partizipationsverfahrens ist. Das ist eine Frage, die wir noch auf der Tagesordnung

haben. Das heißt, es könnte möglicherweise noch ein Element für die AG 2 sein, dass wir uns auch da auf das StandAG beziehen und den Vorschlag machen, das doch anders zu machen.

Das sind zwei Punkte, wo ich meine, dass wir uns dann doch in diese Richtung in irgendeiner Form gegenüber der Bundesregierung äußern sollten. Wir haben bisher so viele Gelegenheiten genutzt, um die Bundesregierung auf Dinge hinzuweisen bzw. Appelle zu formulieren, dass das hier sicherlich auch angezeigt wäre. Vielen Dank.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielen Dank. Ich habe einige Fragen. Die erste Frage bezieht sich auf die Dauer des Forschungsprojekts von einviertel Jahren, Beginn 01.01.2016. Wenn ich davon ausgehe, dass die Kommission Mitte des Jahres den Bericht vorlegt und dass das Gesetzgebungsverfahren bis Ende des Jahres abgeschlossen sein wird, schließe ich daraus, dass dieses Vorhaben nicht auf dem Gesetz aufsetzt, sondern parallel zu der Arbeit der Kommission und parallel zu dem Gesetzgebungsverfahren läuft. Da interessiert mich die Zielstellung, insbesondere wenn es darum geht, Verfahren der Beteiligung der Öffentlichkeit fortzuentwickeln. Heißt das, dass das Bundesumweltministerium schon heute sieht, dass der Vorschlag, den die Kommission machen wird - und später der Gesetzgeber -, an dieser Stelle einer Fortentwicklung bedarf?

Der zweite Aspekt betrifft die Frage des Standortauswahlverfahrens. Dort wird als Aufgabe die Optimierung des Standortauswahlverfahrens formuliert. Geht das Bundesumweltministerium davon aus, dass die Vorschläge, die seitens der Kommission vorgelegt werden - schon aus heutiger Sicht -, sowie die Vorschläge des Gesetzgebers einer Optimierung bedürfen, also insofern aus heutiger Sicht nicht hinreichend sind?

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Wenn ich mir die Arbeitspakete ansehe, dann habe ich eine Frage zu den Arbeitspaketen 1 und 3. Dort geht es um die Definition der Rahmenbedingungen und Anforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Heißt das, dass im Rahmen dieses Vorhabens neue Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß Standortauswahlgesetz definiert werden?

Zu Arbeitspaket 3, Weiterentwicklung vorhandener Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung: Bedeutet dies, dass an dieser Stelle das Forschungsvorhaben parallel zu den Arbeiten seitens der Kommission die Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung weiterentwickelt? Wie soll das zusammengeführt werden? Vielen Dank.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Ott, bitte.

Erhard Ott: Als ich die Ausschreibung gelesen habe, ging es mir im Grunde genommen ähnlich. Dass zu einem Zeitpunkt, wo wir - gerade was die Arbeitsgruppe 1 angeht - mitten in der Arbeit sind, eine Ausschreibung erfolgt, bezogen auf eine wissenschaftliche Untersuchung, was die Öffentlichkeitsbeteiligung im künftigen Auswahlverfahren angeht, ohne dass in irgendeiner Form Bezug auf die Arbeit der Kommission genommen wird, sondern im Grunde genommen auf das StandAG, was ja erst einmal richtig ist, was aber nur den jetzigen Stand des Gesetzes berücksichtigen kann. Insofern läuft dieses Forschungsvorhaben parallel zur Arbeit der Kommission und insbesondere zur Arbeit der Arbeitsgruppe 1. Das empfinde ich schon als einen gewissen Affront gegenüber der Arbeit der Kommission. Ich bin gespannt, wie, bezogen auf die konkrete Arbeit nach der Arbeit der Kommission - Vorlage des Abschlussberichts, Gesetzgebungsverfahren -, die Ergebnisse da einfließen werden. Im Frühjahr 2017 soll das Forschungs-

verfahren bereits abgeschlossen sein. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung sollen im Laufe des Jahres 2016 erfolgen.

Ich glaube, der Zeitpunkt ist so gewählt, dass das letztendlich eine Parallelität zu dem Abschlussbericht und dem Gesetzgebungsverfahren im zweiten Halbjahr 2016 bedeutet. Ich finde das politisch ausgesprochen ungeschickt, wenn nicht bewusst so auf den Weg gebracht. Jedenfalls konterkariert das letztendlich das, was wir mit dem Thema im Zusammenhang mit der Partizipation, bezogen auf das Auswahlverfahren, an neuen Vorschlägen auf den Weg bringen, so, wie bisher auch in den Diskussionsforen und in den Workshops die Arbeit geleistet worden ist. Von dort fließen wesentliche Punkte auch in die Arbeit der Arbeitsgruppe 1 ein.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Jede Bundesregierung wird an Recht und Gesetz gebunden sein. Die Aufgabe der Kommission verstehe ich so, dass sie dem Gesetzgeber Vorschläge vorlegen soll. Das ist keine Sache der Bundesregierung, sondern das ist Sache des Bundestags und des Bundesrats, daraus etwas zu machen.

Deswegen kann man das hier sehr breit mit dem Bundesministerium erörtern. Es ist möglicherweise auch erörterungsbedürftig. Ich sage nur: Wenn wir so weitermachen, wie wir bisher in dieser AG vorgegangen sind, dann wird letztlich wahrscheinlich die Ausschreibung ziehen, weil die Empfehlungen dieser Kommission, was die Öffentlichkeitsbeteiligung angeht, dem Gesetzgeber nicht richtig was mit auf den Weg geben. Deswegen irritiert mich jetzt, wie wir weiter vorgehen wollen, wenn wir das breit diskutieren wollen. Wir haben mehrere Forschungsvorhaben, die daneben laufen - ENTRIA etc. -, in anderen Bereichen, die wir auch als Gesetzgeber im Herbst bei der Evaluierung des Standortauswahlgesetzes werden berücksichtigen müssen. Dann ist das ein Teil.

Mein Appell ist nur, dass wir sehr schnell zu qualifizierten Empfehlungen kommen. Das, was mir heute wieder vorliegt, lässt bei mir jedenfalls Zweifel wachsen, ob wir zu wirklich guten Empfehlungen an den Gesetzgeber kommen. Wir können jetzt darüber breit diskutieren. Ich hätte mir gewünscht, Herr Gaßner, dass man vor diesen Geschichten „Ich bewerbe mich auch“ möglicherweise vorher - vielleicht wurde es gemacht; dann war ich eventuell nicht da - bilateral hätte reden können. Mich irritiert es ein bisschen, dass Hagedorn/Gaßner jetzt diese Bewerbung machen.

Ich kann nur meinen Appell an unsere Runde richten: Mich irritiert diese Ausschreibung auch. Als Gesetzgeber bin ich aber so selbstbewusst, dass ich sage, es ist mir völlig egal, was die da machen. Ich werde im Herbst sehr verantwortungsbewusst auf Grundlage der Empfehlung dieser Kommission entscheiden und werde alles tun, damit die Empfehlungen der Kommission umgesetzt werden.

Andreas Fox: Irritationen sieht man hier an allen Stellen, eben auch bezüglich des Zusammenhangs zwischen der Arbeit des Bundesministeriums und der Arbeit der Kommission.

Ich denke, wir sollten das als Appell begreifen, das, was bisher im StandAG steht, ernst zu nehmen, und dann die Formate der Öffentlichkeitsbeteiligung, die wir erweitert entwickelt haben, wie sie auch in der Kurzfassung für die inhaltliche Abstimmung als erweiterte Formate deutlich werden, auch im Zusammenhang mit dem zu sehen, was als verbindliche, förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung im StandAG schon jetzt vorgesehen ist. Ich nehme an, dass niemand dahinter zurückfallen will, dass die §§ 9 und 10 eine verbindliche, förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung mit Bürgerversammlungen vorsehen, die einen erweiterten Charakter haben, letztlich aber durchaus auch in Bezug auf die sonst im Atomrecht vorgesehenen Erörterungstermine zu sehen

sind. Von daher wäre die Konsequenz aus diesem Vorgang, dass wir in die Beratung zum Zwischenbericht und zum Bericht ganz klar die bisher im StandAG vorgesehenen Formate, Instrumente der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung nach §§ 9 und 10 einbeziehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hart, bitte.

MinDirig Peter Hart (BMUB): Vielen Dank, Herr Gaßner. Ich bedauere, dass diese Ausschreibung bei Ihnen zu solchen Irritationen geführt hat. Um das Ganze einzuordnen: Das war keine Ausschreibung der Bundesregierung, keine Ausschreibung des Bundesumweltministeriums, sondern eine Ausschreibung der Vollzugsbehörde BfE, die nach dem Gesetz jetzt Aufgaben hat und auch nach den Diskussionen bei Ihnen irgendwelche Aufgaben haben wird und Kompetenzen dafür aufbauen muss. So etwas erfolgt bei uns üblicherweise über sogenannte F+E-Vorhaben, die aber keine klassischen Forschungsvorhaben sind, sondern Unterstützungsvorhaben für die Verwaltung.

Um genau ein solches Vorhaben für das BfE handelt es sich bei dieser Ausschreibung. Ich versuche jetzt nicht, den Ausschreibungstext als besonders schön darzustellen, was die Vermeidung von Missverständnissen betrifft. Aber nach den Gesamtumständen ist es eine Ausschreibung des BfE, die Kompetenzaufbau beim BfE ermöglichen soll, die aber nicht dazu dient, der Bundesregierung Vorschläge zu unterbreiten, etwas anders zu machen, als Sie es empfehlen könnten.

Wie Sie aus dem Zeitablauf des Vorhabens schon ersehen können, soll es zu dem Zeitpunkt abgeschlossen sein, zu dem das BfE nach derzeitigem Kenntnisstand irgendwelche Aktivitäten entwickeln muss. Das ist ein Zeitpunkt, zu dem das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission abgeschlossen ist.

Ich möchte noch einmal ganz klar betonen, dass dieses Vorhaben nicht den Zweck hat, in irgendeiner Weise Konkurrenzarbeiten zu Ihnen zu machen, irgendwelche Vorschläge zu entwickeln, die von Ihren Vorschlägen abweichen. Vielmehr hat dieses Vorhaben den Sinn, im Rahmen des Rechts - das wird sich in der Laufzeit des Vorhabens voraussichtlich ändern - Vorschläge, wie das BfE in diesem Rahmen handeln soll, zu entwickeln.

Das beantwortet auch die Fragen von Herrn Thomauske. Die Bundesregierung und auch das BMUB gehen selbstverständlich nicht davon aus, dass Sie dem Gesetzgeber Vorschläge machen werden, die von vornherein nachbesserungsbefähigt sind. Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Hart. Ich entnehme der Zusammenschau der Beiträge, dass es einige Kritik gibt. Ich sehe die Erwiderung des BMUB. Mein Vorschlag wäre, dass die Überlegung von Herrn Jäger, noch einmal schriftlich Stellung zu nehmen, zurückgestellt wird, weil das möglicherweise eine Abstimmung innerhalb der Arbeitsgruppe und der Kommission notwendig machen würde, die nicht von einer breiten Mehrheit getragen ist. Deshalb würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir es damit sein Bewenden sein lassen und letztendlich zu Protokoll gegeben haben, dass es einige mehr und einige weniger irritiert. Das wäre mein Vorschlag. Ich schaue Herrn Jäger an.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Einverstanden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann würde ich den Tagesordnungspunkt mit Verweis auf die kritischen Anmerkungen für beendet erklären und würde zu Tagesordnungspunkt 5 übergehen. Sind damit alle einverstanden?

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 5 **Stand des Berichtsentwurfs der AG 1**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Der Vorschlag lautet, dass wir uns an der Kurzfassung orientieren, die Ihnen gestern am Vormittag zugeleitet wurde.

Wir hatten Frau Simic und Herrn Hagedorn in der Dezember-Sitzung gebeten, an dem Stand, der zum Zeitpunkt Dezember erreicht war, weiterzuarbeiten. Wir hatten eine bestimmte Terminabfolge, die ich Ihnen gleich noch mal vorstellen werde, wie wir bis zur heutigen Sitzung diese Arbeit qualifizieren, die darauf aufsetzte, dass die Meinungsfindung innerhalb der Dezbarsitzung noch nicht von ausgeprägten Konsensinseln charakterisiert ist. Es waren noch keine Konsensinseln in großem Umfang erkennbar.

Das hatte dazu geführt, dass DEMOS am 4. Januar 2016 einer Runde, die ich gleich vorstellen werde, ein Papier vorgelegt hat, das den Versuch unternommen hat, sehr viele der Punkte dadurch zu charakterisieren, dass die jeweiligen Alternativvorstellungen zu den Punkten wiederum markiert wurden. Ihnen allen liegt dieses Papier vor. Das Papier wurde am 4. Januar 2016 diskutiert - ich hoffe, dass ich jetzt niemanden vergesse - von Herrn Miersch in Begleitung von Frau Horrich, von Herrn Meister, von mir. Frau Lorenz-Jurczok war eingeladen, sich informell zu beteiligen. Dazu sage ich gleich auch noch etwas. Herr Schielke war dabei, ebenso wie Herr Damerius aus Sachsen-Anhalt, Herr Jäger und Herr Fox.

Diese Gruppe hatte für sich keinerlei Repräsentanz in Anspruch genommen. Sie hat sich deshalb informell getroffen, da es keine formelle Einladung kurzfristig geben sollte, weil wir auch gar nicht wussten, wer zu diesem Zeitpunkt so früh im Jahr in der Lage sein wird, sich zu beteiligen. Die Gruppe hatte anhand dieses sehr stark von Alternativen geprägten Papiers den Versuch

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

unternommen, Einkreisungen vorzunehmen. Hätte die Gruppe nicht getagt, hätten die Vorsitzenden diese Einkreisungen vornehmen müssen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das Papier vom 4. Januar 2016 zu breit gefächert war, um hier überhaupt eine Diskussionsgrundlage zu bilden.

Es hat aber insoweit auch wiederum letztendlich einen Effekt - deshalb haben wir es selbstverständlich allen Mitgliedern der AG 1 zugeleitet -, nämlich den Effekt, deutlich zu machen: Würde ich es darauf anlegen, möglichst breit aufzuzeigen, welche Varianz noch in der AG vorhanden ist, dann ist es gut geeignet. Weil wir aber unter Druck stehen und uns nicht in Varianz spiegeln wollen, sondern zu Einengungen kommen wollen, ist es bei jedem Arbeitsprozess, der so angeleitet wird, dass man sagt: „Bitte eingrenzen, bitte mehr zu Entscheidungen kommen“, so, dass wir jetzt dieses neue Papier haben. Dieses neue Papier ist noch mal über zwei Zwischenschritte entstanden. Am Freitag, den 8. Januar 2016, hat ein Treffen zwischen Frau Simic, Herrn Hagedorn und mir stattgefunden, in dem ich den neuen Zwischenstand mit ihnen besprochen habe. Es gab dann am Montag, den 18. Januar 2016, ein weiteres Treffen, an dem Herr Meister und ich mit Frau Simic und Herrn Hagedorn diskutiert haben. Dieses Treffen am Montag, den 18. Januar 2016, war nicht früher möglich, weil Herr Meister sich auf Auslandsreise befand.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich das, was heute hier eingereicht wurde, nicht alleine diskutiert haben wollte. Deshalb kam es zu der etwas misslichen Situation, die ich gleich vorneweg erwähne, dass das, was man üblicherweise nicht macht, stattgefunden hat, nämlich eine wichtige Vorlage gerade mal 24 Stunden vor der Sitzung abzugeben. Ich bitte, das nicht weiter zu problematisieren, als zu sagen: Wir haben ein Verständnis davon. Das geht eigentlich so nicht.

Nur sind wir in dem Sinne dann auch noch in andere Zwänge eingebunden.

Ich bitte ausdrücklich um Entschuldigung mit Blick auf die Situation Auslandsreise auf der einen Seite und Vorlage ohne Abstimmung, zumindest mit den zwei Vorsitzenden nicht möglich.

Das Papier, das Ihnen heute vorliegt, ist auch nicht am vorgestrigen Montag von Herrn Meister und mir gesiegelt worden, sondern wir haben gesagt, es ist eine gute Diskussionsgrundlage. Es gibt nicht im Sinne eines Vorsitzendenpapier die Meinung der Vorsitzenden wieder, sondern es ist quasi ein Zwischenschritt, in den wir einiges eingebracht haben. Deshalb ist es auch nicht so, dass ich sage, ich will mit dem Papier nichts zu tun haben. Aber es hat nicht die übliche Qualität. In der AG 2 ist es beispielsweise üblich, dass daran noch sehr lange geschliffen wird und dass gesagt wird, das ist noch nicht in der AG 2 abgestimmt, aber es ist ein Vorsitzendenpapier, und darüber wurde lange gesessen. Wir konnten diese Detailarbeit noch nicht leisten. Wir wollten sie ein Stück weit auch gar nicht leisten, weil wir uns heute vorgenommen haben, Ihnen anhand dieses Papiers die Stationen, die bislang markiert sind, aufzuzeigen und mit Ihnen aufzuarbeiten. Wir werden den heutigen Tag dazu verwenden, vollständig durch dieses Papier durchzugehen. Damit wir durch dieses Papier vollständig durchgehen, werden wir vom Verfahren her ein Stück weit so vorgehen müssen, dass wir die Punkte diskutieren und nach einem begrenzten Zeitraum entscheiden: Kommt dieser Punkt auf die Konsens-/Mehrheitsliste, kommt dieser Punkt auf die Dissensliste, oder kommt der Beitrag, der im Verlauf der Diskussion auftaucht, auf die Ergänzungsliste?

Wir haben erkennbare Lücken, beispielsweise die Verzahnung zum Rechtsschutz. Aber wir werden noch zu anderen Punkten kommen. Die

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

kommen einfach auf die Ergänzungsliste. Es machte heute keinen Sinn, sich über die Punkte zu unterhalten, die gerade nicht in dem Papier stehen.

Das Zweite: Wir haben, bezogen auf Regional-konferenzen, erst einmal im Zugriff mit Sicherheit einen weitgehenden Konsens. Wir haben aber andere Positionen, wo wir heute mit Abstimmungen einmal sehen wollen, wohin die Mehrheit eigentlich tendiert. Dazu nenne ich mal das Themenfeld Stiftung. Das ist noch vergleichsweise schildernd. Es hat in diesem Papier im Verhältnis zu der einen Position - „Das wollen wir gar nicht haben“ - eine starke Ausweitung, weil es auftaucht. Es hat andererseits, bezogen auf diejenigen, die die Vorstellung von einer hohen Unabhängigkeit der Stiftung haben, deutliche Einschränkungen.

Diesbezüglich müssen wir uns heute verorten, und deshalb wiederhole ich, wir sollten damit beginnen, dieses Papier nicht als Text in dem Sinne zu verstehen, dass wir heute Textarbeit machen. Der Text ist nicht der Entwurf des Zwischenberichts. Das ist eher eine gut kommentierte Abfolge der Stationen, die wir gehen wollen, in dem Sinne also eine ausdifferenzierte Abfolge, die durch Textbausteine erläutert ist. Es würde uns nicht weiterhelfen, wenn heute Vorschläge kämen, einzelne Formulierungen oder einzelne Sätze zu ändern, wenn sie nicht davon getragen sind, die grundsätzlichen Fragen aufzurufen.

Wären Sie mit einem solchen Vorgehen einverstanden? Das würde bedeuten, dass wir uns erst einmal bis 12.15 Uhr bewegen, um dann zu sehen, ob wir mit diesem Vorgehen eine Inhaltlichkeit, eine Strukturierung und ein Tempo finden, das uns ermutigt, damit am Nachmittag weiterzumachen. Würden wir am Mittag schon zu einer Meta-Diskussion kommen, würden wir irgendwo steckenbleiben, hätten dann zwar eine

gute Meta-Diskussion, aber keinen Meter gewonnen. Deshalb werde ich sehr darauf drängen, dass wir auch nach der Mittagspause so weitermachen, dass wir die Sachen, die hier aufgezeigt sind, dann auch behandeln. Natürlich rufe ich das mit der Mittagspause auch deshalb auf, weil es keinen Sinn macht, möglicherweise einem Vorgehen weiter nachzugehen, das nicht von Erfolg gekrönt ist.

Gibt es zu diesem Vorschlag Anmerkungen, oder können wir in medias res gehen? Dann würde ich bitten, weil nicht alle das Papier in der gleichen Intensität lesen, dass wir jeweils ein paar Sätze von Herrn Hagedorn und Frau Simic finden, um dann die Diskussion zu eröffnen. Das würde für mich bedeuten, dass Herr Hagedorn den Punkt 6.1 vielleicht mal kurz von seiner Bedeutung her vorstellt. Unsere Diskussion wird sich nicht daran orientieren, dass wir Ziele mit der Öffentlichkeitsbeteiligung verfolgen. Die Diskussion sollte sich nicht darauf verstehen, diesen Text als fertige Vorlage zu sehen. Ich würde eigentlich sehr gerne in fünf bis sechs Minuten bei 6.2 - Struktur der Öffentlichkeitsbeteiligung - verweilen, möchte das aber nicht vorschreiben, insbesondere weil es niemand gelesen hat.

Deshalb, Herr Hagedorn, bitte eine kurze Einordnung: Was heißt die Formulierung, den Inhalt der Öffentlichkeitsbeteiligung zu beschreiben? Warum haben wir den AkEnd hier schon relativ früh als Leitlinie für die Struktur der Öffentlichkeitsbeteiligung eingespiegelt? Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn (DEMOS): 6.1 soll, wie Sie gesagt haben, den Einstieg in dem Sinne bieten, dass wir in der Einführung erst einmal den Text aus dem Beteiligungskonzept übernommen haben, einfach aus dem Gedanken heraus, dass das schon beschlossen ist, und dann in die eigentlichen Inhalte der Öffentlichkeitsbeteiligung einsteigen.

Wir haben also die Frage angerissen: Worüber kann überhaupt geredet werden, und wo ist der mögliche inhaltliche Einfluss einer Beteiligung? Das wird jeweils in 6.3, wo es in die einzelnen Phasen geht, noch mal ein bisschen spezifiziert.

Der Hauptteil kommt unter 6.1.2, wo die Beteiligungsprinzipien aus dem AkEnd aufgerufen werden und wo gesagt wird, an diese Beteiligungsprinzipien knüpft die Kommission an, unterlegt sie aber mit einer eigenen Form von Akteurskonstellation. Die These ist: Um diese Beteiligungsprinzipien zu erfüllen, braucht es eine ganz spezielle Form, wie die Akteure aufs Spielfeld gesetzt werden, weil es gerade im Hinblick auf das, was wir aus der Unter-AG „Akteure“ gehört haben, unmöglich sein wird, ein Beteiligungsverfahren detailliert vor auszuplanen. Vielmehr geht es darum, dieser Vielzahl von Akteuren Anknüpfungspunkte dafür zu geben, dass sie sich jeweils konstruktiv in dieses Verfahren einlinken können und nicht ihr Blockadepotenzial außerhalb des Verfahrens realisieren und damit das Verfahren zum Scheitern bringen. Es sollen vielmehr verschiedene Anknüpfungspunkte geschaffen werden, sodass die unterschiedlichsten Akteure teilnehmen können.

In den einzelnen Unterpunkten unter 6.1.2 ist spezifiziert, wie die Information erfolgen kann, wie das Verfahren kontrolliert werden kann, wie die regionalen Interessen eingebunden werden können und wie die Beteiligung an einer Entscheidungsfindung aussehen kann.

Darunter haben wir jeweils angerissen, wie zum Beispiel die Diskussion zur Nachprüfung - Stichwort „qualifizierte Befragung“ - gelaufen ist. Das schafft die Grundlage, um dann in den späteren Kapiteln die Akteure genauer zu beschreiben und in Kapitel 6.3 aufzuzeigen, wie ein möglicher Ablauf des Standortverfahrens sein könnte.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Vorweg: Wenn nur fünf Minuten gewährt werden, dann will ich das wirklich kurz halten. Grundsätzlich möchte ich sagen, wenn das Anschreiben so gefasst wird, dass wir korrigieren sollen bzw. dass wir ergänzen sollen, dann nehme ich mir jetzt einfach einmal das Recht, zunächst zu sagen: Ich kann nur korrigieren, wenn etwas vorliegt, was tatsächlich korrekturmöglich ist. Wenn das kein Entwurf sein soll, dann wird es schwierig.

Ich bitte darum - so habe ich es jetzt aber auch verstanden -, dass wir ab heute wirklich an Formulierungen arbeiten. Oder ab morgen, wenn die Konflikte gelöst oder schon einmal skizziert sind.

Bei diesem Punkt 6.1 ist es mir sehr wichtig, dass wir in irgendeiner Form auch die Arbeit der Kommission dort widerspiegeln, Stichwort „Anhörung von Großprojekten“. Das muss man noch mal irgendwo erwähnen. Wir fangen dort auch nicht beim Nullpunkt an. Ich habe jetzt gehört, dass aus dem Baden-Württembergischen Landtag scheinbar ein ganzer Bericht an Empfehlungen für zukünftige Großprojekte vor dem Hintergrund „Stuttgart 21“ entstanden sein soll. Zumindest haben wir Wien, wenn ich mich richtig erinnere, Frankfurt und Stuttgart 21 hier behandelt. Ich würde mir wünschen, dass wir in diesem Bericht dazu in irgendeiner Form etwas sagen. Das mag so sein. Ich rege es nur an, weil es mir fehlt.

Punkt 2: Ich glaube, dass wir in irgendeiner Form auch darstellen sollten, was ohnehin schon Flanken der Öffentlichkeitsbeteiligung sein werden, Stichwort „formale Beteiligung“. Wir haben in SUP und UVP Dinge, die wir hier nicht werden verändern werden können, die wir aber be-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

nennen müssen und an denen wir planen müssen. Wir tun so, also ob wir das Rad neu erfinden. Diese Dinge sind gesetzlich vorgeschrieben. Wir müssen im Bericht in den weiteren Punkten im Blick haben, worauf unsere Vorstellungen aufsetzen.

Deswegen bitte ich darum, die Beteiligungsformate, die Kraft anderer Gesetze vorgeschrieben werden und an denen sicherlich auch der Bundestag und der Bundesrat nicht vorbeikommen werden, weil sie zum großen Teil europarechtlich vorgegeben sind, irgendwo zu erwähnen.

Dann muss es, glaube ich, noch mal eine Trennung zwischen formalen und informellen Beteiligungsformaten, also dem, was ohnehin da ist, geben. Ich glaube, dafür brauchen wir noch eine Kategorisierung. Wenn wir zu den nächsten Punkten kommen, müssen wir irgendwo das Gerippe darstellen, auf dem wir uns bewegen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ganz herzlichen Dank. Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Vielen Dank. Ich möchte gleich da weitermachen, wo Herr Miersch auch schon angesetzt hat.

Die zusätzlichen neuen Formate von Öffentlichkeitsbeteiligung, die hier ja nun ausgiebig diskutiert wurden, die auch mit Hilfe von DEMOS und Hagedorn relativ deutlich geworden sind und die in dem Zwischenbericht noch deutlicher dargestellt sind als vorher, sind ja ergänzende Formate. Es sind zusätzliche Formate zu dem, was an förmlicher Öffentlichkeitsbeteiligung bisher in atomrechtlichen Verfahren vorgesehen ist, Zusätzliches zu dem, was im StandAG in § 9 und § 10 als förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung über die Information der Öffentlichkeit und über die Bürgerversammlung vorgesehen ist.

Wie schon einmal gesagt: Dahinter sollten wir – und das wird auch woanders niemand tun – nicht zurückgehen wollen.

Dazu vielleicht ein erster Vorschlag, der wirklich nur als Arbeitsvorschlag gemeint ist: Im Bericht ist die Rede von Öffentlichkeitsbeteiligung allgemein, wo dann unklar ist, auf welchen Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung sich das bezieht. Vielleicht sollte man hier ganz generell von allgemeiner Öffentlichkeitsbeteiligung in Unterscheidung zur förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung sprechen, förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung nach StandAG, förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung nach SUP, UVP und möglicherweise nachher noch in anderen rechtlichen Verfahren. Es sollte eine Begriffsklärung am Anfang unter 6.1 entsprechend aufgenommen werden, damit sich die förmlichen, verbindlichen, rechtssicher durchzuführenden Verfahren in diesem Bericht entsprechend niederschlagen.

Diskutieren wir im Moment über den gesamten Punkt 6.1? Dann hätte ich dazu noch zwei Anmerkungen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Mit der Bitte, in fünf Minuten bei 6.2 zu sein, weil dort ein Teil dessen, was Herr Miersch und Sie sagten, relativ breit abgehandelt wird.

Andreas Fox: Dann möchte ich zu 6.1.1 eine kleine Anmerkung unterbringen. Auf Seite 1 steht in der viertletzten Zeile: „die Suche nach dem bestmöglichen Standort“. Dort würde ich auch wieder „die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit nach StandAG“ entsprechend aufnehmen. Das wäre es an dem Punkt. Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nach der Wortmeldung von Herrn Sommer würde ich die Liste zu 6.1 erst einmal abschließen wollen und zu Punkt 6.2 kommen, weil sich vieles von dem,

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

was angedeutet wurde, unter 6.2 besser diskutieren lässt, glaube ich.

Jörg Sommer: Ich tue mich wirklich sehr schwer, Ihnen zu folgen, in fünf Minuten bei 6.2 zu sein. Ich tue mich auch sehr schwer damit, mich sehr konkret an diesem Text abzuarbeiten. Ich sage auch gerne, warum.

Vielleicht geht es mit einer Amtsanmaßung: Ich maße mir jetzt mal an, aus Sicht der Parlamentarier darauf zu schauen. Möglicherweise liege ich völlig falsch. Ich würde mir wünschen, dass die Parlamentarier - auch außer Matthias Miersch - dazu noch einmal etwas sagen würden.

Wäre ich jetzt ein Parlamentarier, der mit dem Ergebnis unseres Berichts arbeiten möchte, würde mich doch im Prinzip die Antwort auf eine einzige Frage interessieren. Ich weiß, dass die Frage nicht ganz einfach ist, und ich weiß auch, dass Antwort nicht in einem Satz zu geben ist. Aber die Antwort wäre unser Berichtsteil zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Frage lautet doch letztlich: Wer wird wann von wem zu was beteiligt, und mit welcher Auswirkung? Das ist die einzige Frage, die wir zu beantworten haben. Die Frage, wie detailliert wir dabei vorgehen, ist eine andere Geschichte. Aber auf diese Frage finde ich in dem vorliegenden Konzept keine Antwort. Ich habe versucht, es mir zusammenzusuchen. Auch da bleiben ganz viele leere Stellen. Ich denke, diese Diskussion zu führen, ist von zentraler Bedeutung, weil daraus Strukturen und Formate der Beteiligung entstehen, außerhalb dessen, was sowieso vorgegeben ist, wie Matthias Miersch schon sagte - das ist klar -, außerhalb dessen, was wir sozusagen dazu brauchen.

Insofern ist das Papier eigentlich gut. Ich möchte es loben, weil es sehr gut wiedergibt, wie wir bisher in der AG 1 gearbeitet und diskutiert haben. Aber es gibt dadurch auch wieder, wo man lan-

det, wenn man so arbeitet, wie wir bisher gearbeitet haben. Wir müssen uns auf dieser Ebene darüber unterhalten.

Es wird definitiv so sein, dass wir uns auch in unterschiedlichen Phasen dieses ganzen Prozesses an ganz unterschiedlichen Inhalten beteiligen. Ich kann doch keine Strukturen und Formate anbieten, wenn ich dann am Ende bei einigen wenigen Regionen oder einer Region bin. Da habe ich ein paar schöne Formate, habe eine Regionalkonferenz hier und eine Bürgerversammlung da. Aber zu was will ich die dann bitte noch beteiligen? Es gibt Antworten auf diese Frage, aber die müssen wir gemeinsam finden. Wir müssen die Antworten formulieren und versuchen, einen Konsens herzustellen. Ich glaube, dann ist es sehr viel leichter, sich an den anderen Dingen abzuarbeiten.

Ich kann irgendwie wirklich nicht mitgehen, jetzt zu Punkt 6.2 zu gehen und an Strukturen herumzufeilen, wenn ich keine Ahnung habe, zu welchen Inhalten ich wann beteiligen möchte. Pardon.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde vorschlagen, dass wir den Punkt 6.1 jetzt in dem Sinne verlassen, dass die Funktion, ihn heute kurz anzusprechen, dazu diene, dass ein Bericht, den wir verfassen, ein Element haben sollte, das eine Zielbeschreibung der Öffentlichkeitsarbeit hat, und ein zweites Element haben sollte - das ist jetzt der Vorschlag, der hier vorliegt -, dass es eine Ableitung aus den Prinzipien des AkEnd gibt. Was wiederum aus dem AkEnd abgeleitet wird, ist schon eine Kurzzusammenfassung dessen, was folgt. Ich glaube, es würde uns nicht weiterbringen, wenn wir jetzt anhand der Zusammenhänge darüber diskutieren.

Ich würde jetzt als der moderierende Vorsitzende den Mut haben wollen, in 6.2 einzusteigen, damit wir die Elemente, die Herr Miersch, Herr Fox

und auch Herr Sommer genannt haben betrachten. Insbesondere den Beitrag von Herrn Sommer verstehe ich so: Wir müssen jeweils sehen, ob der Gleichlauf von Gremien nicht zu starr ist und zu wenig darauf eingeht, dass sich durch die verschiedenen Phasen auch verschiedene Anforderungen stellen. Wir würden aber in der Betrachtung des Phasenmodells noch einmal sehen müssen, mit den Worten von Herrn Sommer gesprochen: Inwieweit ist es gewährleistet, dass wir keine starren Gremien haben, die nicht reflektieren, dass die Herausforderungen im Standortauswahlverfahren, sowohl was die Bearbeitungstiefe angeht, als auch, was den Radius der Betroffenen angeht, natürlich einengenden, lernenden und fortschreitenden Entwicklungen ausgesetzt sind?

Wenn ich keinen entschiedenen Widerspruch ernte, würde ich gerne kurz in 6.2. einführen und würde Sie bitten, dass Sie die Geduld haben, dass wir zunächst mal sehen, ob wir anhand der Diskussion zu 6.2 ein Stück weiterkommen.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Sie können das moderieren, wie Sie wollen. Ich habe jetzt meinen Punkt dort gemacht, wo ich sage, ich wünsche mir, dass im Bericht irgendwo das Stichwort „Anhörung Großprojekte“ vorkommt. Ich will das jetzt nicht zur Abstimmung stellen. Ich bitte nur darum, das nicht wegzumoderieren. Sonst bringe ich den Punkt spätestens in der Kommissionsarbeit. Ich sage es einfach nur, damit wir klar sind. Ansonsten brauchen wir hier nicht zu diskutieren, wenn die Ergebnisse schon feststehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde gerne den Hinweis geben, dass ich mir das selbstverständlich notiert habe.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Okay.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann möchte ich es doch erläutern, weil es hier kritisch nachbetrachtet wurde. Wir haben unter dem Schlagwort „Beteiligungsbericht innerhalb des Kommissionsberichts“ die Vorstellung, dass das, was wir während der Kommissionsarbeit an Inhalten gesammelt haben, und zwar aus der Anhörung, aus den Regionenworkshops, aus der Fachkonferenz sowie aus den Beteiligungen der Jungen Erwachsenen, in einem Umfang von 200 bis 300 Seiten dokumentiert wird. Wir haben das schon mehrfach vorgestellt.

Was aber erst in der Kurzfassung von Simic/Hagedorn unter Punkt 6.4 auftaucht, ist, zu sagen, aus 6.4., was nur mit Spiegelstrichen markiert ist, muss gelernt werden. Es muss nicht nur dokumentiert werden - das soll der Beteiligungsbericht sein -, sondern wir müssen innerhalb des Berichts auch deutlich machen, was wir aus der Beteiligung während der Kommissionsarbeit gelernt haben. Das ist ein eigenständiges Kapitel, zu dem noch nichts weiter vorliegt.

Entschuldigung, dass ich das nicht schon vorher weiter ausgeführt habe: Selbstverständlich wird das, was Matthias Miersch vorgeschlagen hat, aufgenommen: Was haben wir aus den Großprojekten gelernt, oder was haben wir im Schleppnetz mitgenommen, auch indem wir uns das Bürgergutachten aus Trier haben vorstellen lassen? Dieser ganze Punkt ist momentan noch nicht bearbeitet, aber er ist nicht zurückgestellt, geschweige denn wegmoderiert. Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Obwohl Sie vorhin schon sagten, dass wir zum nächsten Punkt gehen, würde ich gerne doch ganz kurz das Ansinnen von Herrn Sommer erfüllen, dass sich die Parlamentarier hier auch noch dazu äußern.

Ich stimme Herrn Sommer in der Kritik weitgehend zu. Ich hatte mich nicht gemeldet, weil ich

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

den Punkt 6.1 nicht ganz der Überschrift entsprechend finde. Da steht nämlich „Inhalte der Öffentlichkeitsbeteiligung“. Das findet sich da aber nicht wirklich wieder. Da ich dann aber gehört habe, dass das kein Berichtsteil ist, sondern dass das für uns noch mal eine Grundlage zur Diskussion, dachte ich, es ist nicht notwendig, sich dazu zu melden.

Wo ich Ihnen nicht zustimme, Herr Sommer: Ich finde durchaus, dass wir über die Akteure im Verfahren, also die einzelnen Gremien, die Strukturen für die Öffentlichkeitsbeteiligung usw., schon reden können, weil wir uns, auch wenn es hier nicht drinsteht, in der Zielsetzung, was die Öffentlichkeitsbeteiligung tatsächlich bewirken soll, doch ziemlich einig sind; auch wenn ich das hier jetzt nicht wiederfinde. In dem Bericht müssten selbstverständlich unter „Inhalte der Öffentlichkeitsbeteiligung“ genau diese Inhalte und vor allem auch das Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung gefasst sein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, dann würde ich meinem eigenen Vorgehensvorschlag entsprechend sagen, dass diese Punkte, die Herr Miersch genannt hat, und die Punkte, die Herr Sommer genannt hatte und die von Frau Kottling-Uhl verstärkt wurden, dass wir nämlich eine deutliche Konturierung bezüglich der Inhalte der Öffentlichkeitsbeteiligung brauchen, auf die Liste „Ergänzungen“ kommen und dass wir das damit als einen Punkt aufgenommen haben. Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns über die Inhalte der Beteiligung einig sind. Wir haben sie nicht wirklich diskutiert. Ich habe in dieser Kommission die Erfahrung gemacht: Dinge, die wir nicht diskutiert haben, als einig zu interpretieren, führt häufig dazu, dass später zu Recht von AG-Vorsitzenden reklamiert wird, dass Dinge immer wieder aufpoppen. Ich bin mir

absolut nicht sicher, ob wir uns darüber im Klaren sind, zu welchen Inhalten wir am Anfang des Prozesses beteiligen, wenn die Regionen noch gar nicht konkret ausdefiniert sind. Ich bin mir auch nicht sicher, ob wir uns zum Beispiel zum Ende des Prozesses hin in den Regionen darüber einig sind, zu welchen Inhalten man denn dann noch Beteiligung sinnvoll organisieren kann.

Eine Beteiligung, bei der dem Beteiligter und dem Beteiligten nicht ganz klar ist, was die Inhalte dieser Beteiligung sind und was die möglichen Auswirkungen sind, führt sehr schnell zu Verwerfungen.

Ich plädiere sehr stark dafür, dass wir das Thema noch mal aufrufen. Mein Wunsch wäre eigentlich gewesen - ich weiß nicht, wie ich damit mehrheitsfähig werden könnte -, das zu tun, bevor wir zu intensiv in die Strukturdebatte einsteigen. Das machen wir schon die ganze Zeit, dass wir über Formate, Strukturen und Kleinteiligkeit debattieren und uns an den Inhalten ein Stück weit vorbeimogeln, vielleicht absichtlich, vielleicht ohne Absicht. Aber das hilft uns nicht weiter.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, mein Vorschlag war, dass wir in 6.2 einsteigen. Ich habe jetzt vier Redebeiträge zu 6.1. Es ist tatsächlich so, dass es nicht einfach ist. Ich würde es als etwas problematisch ansehen - vorsichtig ausgedrückt -, wenn wir jetzt den Punkt „Inhalte“ vor die Klammer ziehen würden, ohne das zu reflektieren, was an Überlegungen zumindest, bezogen auf die Akteure, in dieses Papier aufgenommen worden ist, ohne darauf einzugehen, was dort als Phasen und Aufgabenstellungen niedergelegt ist. Deshalb würde ich eigentlich dafür plädieren, dass wir das Risiko eingehen, das zunächst mal anhand dieses Papiers zu sehen und am Ende dann zu sehen, wie weit diese Grundsatzfrage, die Herr Sommer aufwirft, tatsächlich über die

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Stationen, die sich in diesem Papier ergeben, abgedeckt sind.

Ich würde mich momentan noch nicht dafür aussprechen, die Diskussion jetzt nur über Inhalte zu führen, wo wir keine weitergehende Vorlage haben. Herr Niehaus, bitte.

MinDirig Gerrit Niehaus: Ich will mich dem Anliegen sehr anschließen, dass wir jetzt zu den Berichtsformulierungen kommen müssen. Das ist auf dieser Basis aber sehr schwierig.

Unser Haus, unser Minister wollte sich - ich habe es auf zwei reduziert - zu zwei Punkten äußern, nämlich zu der Frage der Befragung und zu der Frage der Stiftung. Dann habe ich gesagt, wir sind jetzt schon in der Berichtsphase. Wir müssen das in Änderungen im Bericht übersetzen. Da zu dem Zeitpunkt, als wir das erarbeitet haben, nur der lange Bericht vorlag, haben wir Änderungsvorschläge für dieses sehr schwierige Alternativenmodell gemacht. Wir sind eine Behörde. Das geht eben seinen Weg und ist deswegen erst gestern bei Ihnen eingegangen, als gerade die neue Kurzfassung vorlag.

Ich will das Verfahren nicht verkomplizieren. Deswegen ist für mich klar, dass die Änderungsvorschläge, die sich auf diesen langen, alternativen Text beziehen, keine Rolle mehr spielen. Die können direkt in den Papierkorb wandern. Aber das, was wir inhaltlich sagen, gilt natürlich weiter. Ich will versuchen, das jetzt im Zuge der Berichtsdiskussion einzubringen.

Dabei zeigt sich, wenn man überlegt, an welcher Stelle und in welcher Art und Weise man das in den Bericht einbringt - gerne auch auf der Basis dieser Kurzfassung -, dass es schwierig wird, da dieser Bericht nicht so strukturiert ist, wie ich es eigentlich für sinnvoll halten würde. Man sollte einfach quasi in einem Pflichtteil sagen, was wir denn eigentlich empfehlen, und in einem eher

Kürteil sagen, warum wir das empfehlen. Das ist jetzt alles mit vielfach wabernden, unpräzisen Begriffen vermengt, die nicht richtig deutlich machen: Wer ist nun Akteur und wer Beteiligter? Es gibt keine richtige Abgrenzung zwischen dem rechtlichen Verfahren, das wir machen, und dem, was an Öffentlichkeitsbeteiligung daneben wabert, würde ich fast sagen.

Wenn wir auf der Basis dieses Berichts arbeiten, müssen wir immer gucken: Wo ist denn jetzt wirklich die Empfehlung? Wo versteckt sie sich? Darauf konzentrieren wir uns. Alles, was Begründungsteil ist, das kann man, um die Diskussion nicht ausufern lassen, einfach so stehen lassen. Aber wenn die Möglichkeit besteht, herauszuziehen, was wir konkret empfehlen, das heißt, welche Beteiligungsgruppen wir haben wollen, wer daran mitwirken soll, wann und wie lange sie agieren sollen, diese Grundentscheidungen, haben wir in der gesamten Diskussion nie getroffen, sodass sie jetzt alle in dieser Begründungsdiskussion wieder hochkommen.

Ich beuge mich gerne dem Ratschlag des Vorsitzenden, zu sagen, wir gehen jetzt diesen Bericht durch. Aber dann würde ich für mich jedenfalls immer sagen: Zu allem, was Begründungs- und Motivationselemente sind, äußere ich mich gar nicht. Das kann man sehen, wie man will. Aber was wir tatsächlich an Verfahrensvorschlägen haben, sollten wir im Zuge dieser Berichtsdiskussion wirklich auf den Tisch bringen und hier auch entscheiden.

Ich weiß nicht, ob die Alternative besser wäre. Im jetzigen Stadium kostet das vielleicht mehr Zeit. Dann sollten wir das lieber lassen. Aber vielleicht sollten wir kurz mal erörtern, ob wir nicht einfach mal ein Stichpunkt Papier anfertigen und abstimmen, in dem wirklich konkret steht, was wir wollen, also: Regionalkonferenz zu diesem Zeitpunkt, ja oder nein? Oder: Abstimmungen - was ich auch für einen brisanten

Punkt halte - kommen genau zu diesem Punkt. Ich kenne nur das Papier von Herrn Jäger, das es so auf den Punkt bringt, dass man versteht, wann was denn wirklich stattfinden soll. Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Niehaus. Ich würde vorschlagen, dass Sie uns zum Beispiel kurz sagen, wer der Partizipationsgarant in diesem Papier ist. Es ist eben gerade so, dass wir in einer Zwischenphase sind, wo wir jetzt darum ringen, dass wir die Diskussion so strukturieren, dass wir möglichst viele der Elemente, die eben noch nicht entscheidungsreif sind, sondern die um 17 Uhr hoffentlich alle entschieden sind, auf diese Konsensliste oder Stichpunktliste „Empfehlungen“ bringen. Das ist jetzt mein Bemühen als Moderator. Herr Meister, bitte.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Ich würde doch noch mal dafür plädieren, dass wir uns - trotz der Schwierigkeiten, die das momentan aufwirft - auf diesen Kurzentwurf so einlassen, dann auch mit massiven Einwendungen. Ich würde klar sagen, dass auch eine Kritik an der Struktur, am Aufbau, an den Überschriften und an einzelnen Absätzen heute notwendig ist und so aufgenommen werden kann, dass daran weitergearbeitet wird.

Natürlich müsste festgehalten werden, wie Sie, Herr Miersch, und auch andere zu dem ersten Abschnitt unter 6.1 sagen, dass schon zu diesem Zeitpunkt in einem solchen Text der Hinweis auf Lernerfahrung durch Anhörung bei Großprojekten eingeflossen ist. Wie das detailliert ist - die Debatte, die wir darüber geführt haben, war sehr strittig bzw. war im Ertrag eher dürftig, will ich mal vorsichtig sagen -, ist dann dahingestellt, aber solche Einwendungen kommen jetzt und müssen aufgenommen werden.

Ich würde nicht widersprechen, Herr Niehaus und Herr Sommer, würde aber doch noch einmal

auf Folgendes hinweisen: In diesem Papier - sicherlich nicht ausreichend - werden Fragen zu dem „Wann“ in den Phasen - übrigens auch mit Jahreszahlen -, werden Fragen zu dem „Wo“ - Teilgebiete, Regionen, Standort, Standortregionen -, werden Fragen zu dem „Von wem?“ durch die mandatierten Akteure, werden Fragen zu „An wen?“ dezidiert benannt und konturiert. Nach Ihrer Wahrnehmung vielleicht nicht ausreichend. Dann müsste man präzisieren, wo es nicht ausreichend ist.

Ich würde jedenfalls davor warnen, Inhalte gegen Strukturen und Strukturen gegen Inhalte auszuspielen. Wer Strukturen ohne Inhalte diskutiert, hat eine Affinität, sich in reinen Verfahren zu verlieren. Wer Inhalte ohne Strukturen diskutiert, wird sich immer die Frage stellen müssen: In welcher Ordnung und in welchem Verfahren soll denn dieser Inhalt realisiert werden? Das heißt, Verfahren und Personen, mandatierte Beteiligte und zu Erreichende immer zusammenzudenken. Dass das hier noch nicht ausreichend dargestellt ist und vielleicht auch längst nicht so präzise, wie es notwendig ist, ist, glaube ich, ein Teil des Auftrags dieser Debatte, die wir heute führen müssen.

Deswegen noch einmal die Einladung an dieser Stelle, in dem Durchgang durch dieses Papier fortzufahren und nicht Strukturen gegen Inhalte auszuspielen.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich muss gestehen, ich persönlich bin noch ein bisschen orientierungslos, was die Frage angeht, wie wir aus der Situation, in der wir uns jetzt befinden, am besten sehr zielgerichtet nach vorne kommen.

Herr Gaßner, Sie als Vorsitzender werden einen Plan haben, und ich vertraue zunächst mal auf diesen Plan. Wenn Sie uns vorschlagen, dass wir jetzt in das Kapitel 2 gehen, dann würde ich dem gerne folgen, allerdings mit folgendem Hinweis:

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Damit ist das Kapitel 6.1 sozusagen geparkt, und wir müssen es noch einmal intensiv angehen, wenn das das Verständnis ist. Zum Beispiel ist dort eine Referenz AkEnd genommen, die dann in der Konsequenz nicht vollständig durchgezogen worden ist. Das würde ich jetzt nicht ausführen wollen, weil es in Richtung 6.2 geht.

Am Wichtigsten wäre mir- das wären mein Vorschlag und auch meine Bitte -, dass wir jetzt mit diesem methodischen Ansatz beginnen, mit dem primären Ziel - das wäre aus meiner Sicht das Wichtigste -, dass wir nachher in der Tat relativ schnell eine Liste haben, wo wir sagen: Da haben wir Konsens. Das sind Dinge, die sind noch in der Diskussion. Damit sind wir noch nicht durch, und das ist eine Ergänzungsliste, eine Offene-Punkte-Liste, wie Sie es genannt haben, dass wir möglichst über diesen Weg vollständig werden und uns dann noch mal gemeinsam am Kopf kratzen: Wie können wir denn jetzt methodisch am besten herankommen, um diese Punkte abzuheften?

Mir scheint ein Punkt wichtig zu sein - wenn ich die Gelegenheit nutzen darf - mit Blick auf 6.2, dass wir nämlich dieses Verständnis haben: Was ist Pflichtprogramm, und was ist neue Pflicht? So haben wir es mal genannt. Dann haben wir „Verwaltungsverfahren“ und „Partizipationsverfahren“ gesagt. Es gibt in der Zwischenzeit dann doch wieder andere Begriffe. Das sollten wir sehr früh in unserer Diskussion mal mit einem einheitlichen Begriff belegen und versuchen, die Referenz oder die Inhalte dazu zu klären. Denn ansonsten werden wir uns immer wieder, vermute ich mal, in der weiteren Diskussion verheddern.

Dazu gehört dann auch die Frage: Was ist denn die Referenz, wenn wir über Verwaltungsverfahren reden? Herr Fox, ich habe aus Ihrem Beitrag herausgehört, dass Sie sagen, wie es im StandAG formuliert ist, das ist das Verwaltungsverfahren,

und alles, was darüber hinausgeht, ist dann Partizipationsverfahren. Das wäre zum Beispiel nicht mein Verständnis. Mein Verständnis ist: Das StandAG ist ein Melange aus Verwaltungsverfahren alter Prägung plus gute und vielleicht weniger gute Ansätze des Partizipationsverfahrens. Ich sehe unsere Aufgabe darin, das Partizipationsverfahren - wenn wir es jetzt mal so nennen - in sich geschlossen darzustellen. Das kann dann Rückwirkungen auf das StandAG haben. Das muss in der Substanz am Ende nicht weniger bedeuten, aber in der Nomenklatur, in der Struktur, in den Prozessen für das StandAG schon Veränderungen bedeuten.

Langer Rede kurzer Sinn: Ja, einsteigen in 6.2. Schnellstmöglich in die Liste dieser Kategorien einsteigen und möglichst vordringlich die Frage klären: Was betrachten wir hier? Dass wir das Verwaltungsverfahren nicht neu erfinden wollen, ist klar. Dass wir uns das also immer vor Augen führen müssen, weil es am Ende fester Bestandteil des Prozesses sein wird - siehe auch Rechtsschutzmöglichkeiten, die es dort gibt -, ist klar. Aber da werden wir jetzt nicht noch zusätzlich Hand anlegen wollen. Das Neue müssen wir jedoch definieren und entsprechend ausprägen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Jäger. Für mich war das ein erster wichtiger Beitrag unter 6.2. Die Frage an Herrn Kudla, Herrn Sommer und Herrn Fox wäre, ob wir da anschließen können und letztendlich das, was Herr Jäger als Überleitung gemacht hat, diskutieren. Wir ringen momentan um 11 Uhr noch immer um den Einstieg in die Diskussion. Ich fände das gut. Das war jetzt schon relativ ausführlich zu 6.2. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ganz kurz nur, nachdem jetzt viele auf das Papier eingehauen haben: Mir hat das Papier nicht so schlecht gefallen, muss ich ganz ehrlich sagen. Vieles davon konnte ich abhaken, aber es fehlt noch ein ganzer

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Teil. Der muss noch hinzukommen. Aber von den Formulierungen her hat mir vieles schon ganz gut gefallen.

Nur noch eine Bitte noch zur Struktur. Es ist eine einzige Abbildung darin, und zwar die Abbildung 2. Ich hätte die Bitte, dass noch mehr Bilder hineinkommen, zum Beispiel das Diagramm, das Herr Jäger einmal erstellt hat, oder auch das Diagramm zum Ablauf des Standortauswahlverfahrens, zu dem ja an sich weitgehend Übereinkunft zwischen AG 3 und AG 1 besteht. Ich hätte die Bitte, dass das noch aufgenommen wird.

Ich konnte auch erkennen, in welchen Phasen welche Akteure tätig sind. Herr Sommer, das steht schon drin. In dem Teil 6.2 konnte ich das schon herauslesen. Es muss sicher noch ergänzt werden, aber ich finde, man kann schon darauf aufsetzen.

Zu den inhaltlichen Sachen komme ich, wenn wir 6.2 beraten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Es tut mir leid, und ich hoffe, es ist das letzte Mal, dass ich mich heute unbeliebt mache, denn ich neige dazu, an dem Rest der Debatte nicht mehr teilzunehmen.

Ich muss Ihnen entschieden widersprechen, Herr Meister, wenn Sie mir unterstellen, ich würde Inhalte gegen Strukturen ausspielen wollen. Meine Frage, wer wann von wem zu was beteiligt wird und mit welcher Wirkung, ist keine Frage, die Inhalte gegen Strukturen ausspielt, sondern sie versucht, genau da Kongruenz zu erzeugen zwischen Inhalten und Strukturen. Meine Wahrnehmung der Diskussion bislang in der AG 1 und leider auch heute wieder ist die, dass wir dazu neigen, uns schnell und gerne mit den Strukturen zu beschäftigen, und glauben, die

Inhalte wären entweder per se konsensfähig, was sie nicht sind - davon bin ich fest überzeugt; oder wir stellen es einfach mal miteinander fest, dann wäre es ja auch schön -, sondern wir würden aus der Strukturdebatte heraus ein ordentliches Beteiligungskonzept entwickeln können. Das können wir so herum nicht. Wir zäumen das Pferd von hinten auf. Wir führen Strukturdiskussionen ohne inhaltliche Klärungen, zu was wir denn beteiligen. Es ist auch nicht nur interessant, zu hören, wer wird wann beteiligt - dazu steht übrigens sehr viel in dem Papier; das stimmt -, sondern zu was und mit welcher Wirkung, das ist die zentrale Frage. Denn wer wann beteiligt wird, ist so dermaßen uninteressant, wenn ich nicht geklärt habe, an was und mit welchem Wirkungspotenzial.

Diese Debatte immer wieder anhand von solchen Strukturvorlagen zu führen, wird uns nicht weiterbringen. Das hat es das letzte halbe Jahr nicht, und das wird es auch heute nicht. Ich weiß nicht, wer das sagte, wir hatten es gerade vorhin. War es Einstein, der sagte, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten, zeugt nicht von hoher Intelligenz? Deshalb bin ich auch nicht bereit, mich jetzt erneut auf eine strukturgetriebene Debatte einzulassen, weil ich fest davon überzeugt bin, dass das Ergebnis wieder nicht befriedigend sein wird.

So, und da mache ich jetzt einen Punkt und höre mir an, was Sie diskutieren. Etwas anderes bleibt mir wohl nicht übrig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich hätte die Bitte, dass wir jetzt ein Meinungsbild zu der Frage herstellen, ob wir uns zunächst in der Struktur da bewegen, dass wir den Versuch unternehmen, die vielfältigen Fragen, die schon im Vorfeld wiederum aufgeworfen werden, im Verlauf der Besprechung dieses Papiers zu beantworten, und dass wir in 6.2 einsteigen, oder ob

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

es einen Bedarf gibt, sich über das Vorgehen außerhalb des Papiers oder in einer anderen Weise auszutauschen. Ich habe klar dafür plädiert, dass wir jetzt auch durch den Beitrag von Herrn Jäger die Überleitung finden, dass wir in Punkt 6.2 einsteigen, und würde dazu gerne ein Meinungsbild haben. Wer ist dafür, dass wir jetzt zu 6.2 übergehen? Wer spricht sich dagegen aus? Wer enthält sich? Dann würde ich den Versuch unternehmen wollen, dass wir jetzt dazu übergehen.

Ich würde, glaube ich, ausschließlich zur Einleitung von 6.2 selbst kurz die Vorstellung vornehmen, weil ich die dringende Bitte habe, dass wir uns zunächst über die Frage verständigen: Gibt es - was in einem anderen Papier einmal das Zwei-Säulen-Modell genannt wurde - zwei verschiedene Formen, die dann ineinander verzahnt werden, oder gibt es die nicht? Ich möchte Sie herzlich bitten, dass wir jetzt nicht die Frage diskutieren, ob es für diese zwei unterschiedlichen Momente, für diese zwei verschiedenen Phasen unterschiedliche Organisationen gibt. Das sollten wir gerade in den nächsten Minuten nicht vermengen.

Herr Miersch hat darauf hingewiesen, wir sollten ein Verständnis haben, dass es ein eher förmlich geprägtes und ein eher nicht förmlich geprägtes Verfahren gibt. Herr Fox hat sich dafür ausgesprochen, dass man die Unterscheidung mit den Begriffen „allgemeine Beteiligung“ und „förmliche Beteiligung“ markiert. Der Entwurf, der von Frau Simic und Herrn Hagedorn vorliegt, hat unter meiner - in Anführungszeichen - Beratung die Begrifflichkeit, die wir am 4. Januar 2016 gefunden haben, das alte Pflichtenprogramm und das neue Pflichtenprogramm, die Begriffe „verwaltungsrechtliches Verfahren“ und „partizipatives Verfahren“ eingeführt. Welche Vorstellungen es zu den zwei Elementen gibt, ist teilweise schon von Herrn Jäger, Herrn Fox und Herrn Miersch angesprochen worden.

Im Übrigen bitte ich Sie insoweit, sich, ohne sich die Organisationsfrage anzugucken, auch das zweite Schaubild auf Seite 8 in dem Papier anzusehen. Wir haben aus meinem Verständnis heraus - deshalb auch der Begriff „verwaltungsrechtlich“ - die Notwendigkeit, dass dieses Standortauswahlverfahren von einer quasi traditionellen Form der Beteiligung begleitet wird, die denjenigen Raum gibt, die aus Rechtsgründen ein Beteiligungsformat brauchen. Das sind beispielsweise diejenigen, denen später ein Klagerecht erwachsen soll: Die Grundstücksbetroffenen.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine strategische Umweltprüfung hat genuin immer den Kontakt zur Öffentlichkeit. Man hat dieses Instrument geschaffen, um gerade das Sachwissen derer, die in einer Region sind, in die Umweltverträglichkeitsstudie aufzunehmen und durch das Verfahren zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu verdichten.

Wir haben im Standortauswahlgesetz die Verpflichtung, die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Das ist sogar jetzt schon Gesetz. Für diesen Strang - so mein Verständnis - sind wir schlecht beraten, als Fixpunkt die Regionalkonferenzen zu verwenden, weil ich dann, bezogen auf die Ausgestaltung der Arbeit der Regionalkonferenzen, Förmlichkeiten betrachten müsste. Ich sage jetzt bewusst immer „ich“, damit Sie sich letztendlich dagegen stellen können, wenn es notwendig ist. Ich meine, die Regionalkonferenzen sollten Freiheiten haben, die nicht der Verrechtlichung dergestalt unterliegen, dass eine Regionalkonferenz sicherstellen muss, dass sie alle Grundstücksbetroffenen mal eingeladen hat, oder dass die Regionalkonferenz öffentliche Bekanntmachungen machen muss: „Am Freitag, den soundsovielten, besprechen wir Grundstücksbetroffenheiten.“ Das ordne ich der Bürgerversammlung zu.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Ich würde auch sagen: Natürlich soll eine Regionalkonferenz auch in Kontakt mit der Naturschutzbehörde und mit der Wasserbehörde als Gesprächspartner sein. Aber die Notwendigkeit der Trägerbeteiligung, dass sich beispielsweise in einer Standortregion nicht gerade eine Gasleitung befindet, ist eine Pflichtübung eines förmlichen Verfahrens - das nenne ich das „verwaltungsrechtliche Verfahren“ -, das wir aber nicht hineinragen lassen sollten in unsere Debatte: Wie gestalten wir eine Regionalkonferenz? Denn es hat ja auch niemand auf dem Schirm, wenn ich das so salopp sagen darf.

Deshalb war wiederum die Bitte an das BMUB: Schreibt uns doch mal auf, wo es außerhalb unseres engen Fokus einfach notwendig ist, um eine Pflichtübung zu machen. Ein noch nicht zu Ende geführtesungsverfahren - nicht zu Ende geführt heißt, das Genehmigungsverfahren schließt erst durch das Standortauswahlverfahren ab - hat trotzdem bestimmende Zwangspunkte, die mit den eher sozialwissenschaftlich geprägten Diskussionen und Aufgabenstellungen nicht verbunden sind. Gibt es eine Art von Pflicht, die ich jetzt als verwaltungsrechtliches Verfahren bezeichnen möchte, die wir identifizieren müssen in dem Sinne: „Ja, die wird es geben“, wo es schön wäre, wenn wir noch einen weiteren Zuwachs bekämen, weil es jetzt ein bisschen unsinnig ist, für die Pflicht noch ein Gutachten auszuschreiben? Das ist eigentlich etwas, was man vielleicht vom BMUB bekommen kann. Dann sagen wir, das muss auf jeden Fall gemacht werden, und jetzt kommt der andere Teil.

Was ich damit noch nicht beantwortet habe, ist die Frage der Verzahnung. Ich wollte nur deutlich machen: Es gibt einen Teil des Pflichtprogramms, das ich mit dem Schlagwort „BMUB schreibt es auf“ als gesetzt ansehe und das wir jetzt nicht intensiv diskutieren sollten, weil wir

keine Vorlage haben. Dann gibt es noch den anderen Teil, und der ist eher partizipativ geprägt.

Jetzt haben Sie das Planfeststellungsverfahren oder das atomrechtliche Genehmigungsverfahren als eine Vorlage. Da gibt es einen bestimmten Standardablauf - ich glaube, das hat Herr Thomas in der ersten oder zweiten AG-Sitzung gesagt -, dass das Standortauswahlgesetz mit der Bürgerversammlung stark davon geprägt ist. Dann gibt es im Planfeststellungsverfahren eine Vielzahl von Überlegungen - ob die jetzt aus Baden-Württemberg kommen oder ob die 20 Jahre zurückliegen -, wie ich ein solches förmliches Verfahren so ergänze, so ausgestalte und so qualifiziere, dass ich nicht diese Schlachten im Erörterungstermin habe.

Die gesamte Diskussion über Bürgerbeteiligung und über Mediation der letzten 25 Jahre - die kann ich mittlerweile überblicken - ist davon geprägt: Wir wollen mehr haben als die Pflichtübung. Die Pflichtübung kann uns immer in Richtung Wackersdorf und sonst was bringen. Das kann es nicht sein. Was haben wir an Mehr?

Dieses Mehr, darüber gibt es so viel zu diskutieren, wo wir jetzt irgendwann mal aus diesem Wald der Möglichkeiten die paar Pflöcke herausnehmen müssen, die wir für unser Standortauswahlgesetz vorschlagen. Dazu müssen wir jetzt weiterkommen. Da geht es dann - ich möchte Sie wirklich noch mal darum bitten - auch um die Frage, ob es dafür unterschiedliche Träger gibt. Deshalb muss es unter 6.2.1 heißen, dass es zwei verschiedene Verfahren gibt, und dann muss man später die Frage aufwerfen, ob diese zwei unterschiedlichen Verfahren auch unterschiedliche Organisationen und Organisationseinheiten notwendig machen.

Deshalb würde ich Sie bitten, dass die nächsten Minuten wirklich nur Beiträge zu der Frage kommen: Ist es ein gemeinsames Verständnis der AG,

dass es zwei Teile gibt, dass wir aber noch nicht wissen, wie wir sie abschließend verzahnen?
Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Vielen Dank, Herr Gaßner. In dieser Problematik Verwaltungshandeln, partizipatives Handeln, die auch Herr Jäger schon angesprochen hat, steckt eigentlich kein Widerspruch. Es gibt kein Verwaltungshandeln in diesem Zusammenhang ohne Partizipation, und es gibt keine Partizipation, ohne dass es Grundlagen, Vorentscheidungen und Vorschläge für Entscheidungen dafür gibt aus der Verwaltung im weitesten Sinne. Insofern diskutieren wir über beides zusammen und müssen auch sehen, dass wir das, was am Ende passieren soll, letztlich auch in einem gemeinsamen Kontext hier diskutieren.

Ich möchte den Vorschlag von vorhin, von „allgemeiner Öffentlichkeitsbeteiligung“ zu sprechen, noch etwas modifizieren. Wir sollten dort vielleicht von „erweiterter Öffentlichkeitsbeteiligung“ sprechen. Dann hat man zum einen das Verfahren, wie es im StandAG bisher vorgesehen und strukturiert ist, und dann erweiterte Formate, erweiterte Möglichkeiten.

Der von Herrn Kudla angemahnte Gesamtüberblick über die verschiedenen Phasen, wo wir genauer sehen, wo noch rechtliche Interventionsmöglichkeiten bestehen, wo die bisher vorgesehenen förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligungen mit Bürgerversammlungen nach dem bisherigen Muster anzusiedeln sind, gibt dann auch die Möglichkeit, zu sagen: Okay, wir haben in einer bestimmten Phase zum Beispiel eine Bürgerbefragung. Da brauchen wir möglicherweise keine Bürgerversammlung im Sinne dieses förmlichen Verfahrens. Das kann man dann genauer sehen, aufeinander abstimmen und über den gesamten Prozess ein pragmatisch machbares und nicht überladenes Verfahren am Ende sogar konsensual abstimmen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder, bitte.

Michael Fuder: Ich möchte ausdrücklich Herrn Gaßner darin unterstützen, diese beiden verschiedenen Säulen ganz klar voneinander zu trennen, und zwar schon ganz am Anfang auch in diesem Papier. Ich finde diese Begrifflichkeiten, die Sie geprägt haben, durchaus zutreffend. Ich möchte aber ganz stark davor warnen, diese beiden verschiedenen Säulen miteinander mehr zu verknüpfen, als dass wir wissen, dass sie natürlich irgendwie miteinander zusammenhängen. Aber wenn sie von Anfang an nicht ganz sauber getrennt sind, weder in der Begrifflichkeit noch in der Motivationslage, dann wird es passieren, dass auch durch die zu beteiligende Öffentlichkeit diese saubere Trennung nicht vorgenommen wird und dass dann an diesen ergänzenden Part - ich nenne es mal so -, die zweite Säule, Erwartungen gestellt werden, die niemals erfüllt werden können. Deswegen ausdrückliche Unterstützung dessen, was Herr Gaßner gesagt hat.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Diese Grundsatzfrage sehe ich tatsächlich komplett anders. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass - egal ob es der betroffene Bürger ist, ob es eine Gemeinde ist oder ob es auch eine Regionalkonferenz ist - die sagen: „Wir unterscheiden nach dem formellen und nach dem neuen Verfahren.“ Nein, sie bringen sich in die Standortsuche ein und versuchen, dafür zu werben, dass ihr Standort nicht ausgewählt wird.

Auch wenn es um die Darstellung im Berichtsentwurf geht, geht es darum, einen Verfahrensvorschlag zu machen und ein Verfahren für die Öffentlichkeitsbeteiligung vorzustellen. Es ist richtig, dass es sich aus unterschiedlichen Elementen zusammensetzt, aus dem, was ohnehin schon da ist, was vielleicht auch europarechtlich

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

vorgeschrieben ist. Ich würde das aber auch nicht so abwerten, nach dem Motto: Das ist das Formelle, und daran sollen sich nur die Grundstückseigentümer beteiligen. Alle anderen gehen mal bitte in das schöne neue partizipative Verfahren.

Ich denke vielmehr, es gibt gute Gründe dafür, zu sagen, das, was da ist und was gemacht werden muss, muss um weitere, vor allen Dingen partizipative Elemente ergänzt werden. Wir brauchen weitere Strukturen, Stichwort: Regionalkonferenzen und Ähnliches.

Ich will denen auch keine Aufgaben in diesem klassischen Verfahren geben. Aber ich glaube, da eine künstliche Trennung zu machen, macht auch keinen Sinn; denn ich würde sagen, dass sich eine Regionalkonferenz im Zweifel auch in das Verfahren einer strategischen Umweltprüfung einbringen wird, ist zu erwarten. Warum sollten sie es nicht machen?

Von daher: Zusammendenken, auch einen gemeinsamen Vorschlag machen und stärker zu betonen: Was ist das Neue? Was schlagen wir zusätzlich vor? Was muss sich dann eventuell auch im Gesetz ändern?

Was mir beim Lesen von Punkt 6 überhaupt nicht gefallen hat, ist, dass alles, was neu ist, unter „informell“ läuft. Ich finde, das hatten wir tatsächlich anders besprochen. Es ist neu, es ist partizipationsorientiert. Aber wenn ich am Ende auch - nicht nur, aber auch - so etwas wie Rücksprungsrechte und Ähnliches einräumen will, dann ist es eben nicht nur informell. Wenn ich mir dieses Schaubild auf Seite 8 angucke, dann heißt das irgendwie auch, dass da ein konkreter Pfeil von den Regionalkonferenzen oder vom Rat der Regionen zum BfE gehen sollte. Dann bin ich nicht mehr in einem nur informellen Verfahren.

Ich glaube, insofern sollten wir uns auf eine Gesamtdarstellung konzentrieren, was wir warum neu und ergänzend hinzufügen. Ich bin mit vielem von dem, was hierin steht, völlig einverstanden, aber diese Trennung „Alles was neu ist, ist informell“ würde ich so nicht teilen.

Trotzdem, auch wenn man dazu jetzt noch nichts sagen darf, kann man, glaube ich, mit diesen neuen, zusätzlichen Aufgaben gut begründen, dass die Organisationsstruktur, wie sie darinsteht, möglicherweise trotzdem passt. Aber ich glaube, wir brauchen deshalb keine komplette Trennung in zwei Verfahren, die in der Realität nicht stattfinden wird.

Wir versäumen dann möglicherweise, eines zu machen, nämlich auch die Abfolge von dem Alten und dem Neuen aufeinander abzustimmen, um nicht am Ende vor der Situation zu stehen, dass zwei Sachen parallel stattfinden, die sich irgendwie ein bisschen widersprechen. Man muss tatsächlich mal durchgehen, ob das, was an Verfahren vorgeschlagen wird, von den ganzen Abläufen her Sinn macht und passt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nur ein Satz als Anmerkung: Die Begrifflichkeit „formell/informell“ wurde aufgegeben, weil es das gemeinsame Verständnis meinerseits der gesamten Arbeitsgruppe ist, dass das, was wir zusätzlich entwickeln, niemals informell sein soll, weil es ja gerade Gegenstand des Standortauswahlgesetzes werden soll. Von daher ist jetzt die Frage, wie wir die zwei Stränge bezeichnen. Jedenfalls nie so, dass das eine informell und das andere formell ist. Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich denke, wir sollten darauf achten, dass wir an bestimmte Dinge auch mal einen Haken machen. Für mich sind zunächst die Abtrennung, die Abschtichung zwischen den Verwaltungsverfahren, die an dieser Stelle vorzusehen ist, wie sie beschrieben sind,

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

und dann diese partizipatorischen Elemente abzuhaken. Wenn wir dies erst einmal als Grundabschichtung nehmen, dann gibt es, - um auch Herrn Sommer und Herrn Becker an dieser Stelle etwas den Wind aus den Segeln zu nehmen - auf der zweiten Ebene eine Verzahnung. Insofern endet das nicht mit der Beschreibung.

Wenn wir uns die fünf Elemente, die wir eigentlich aufführen müssen, vor Augen führen, dann stellen sich die folgenden Fragen: Wann, also welche Phase? Wer wird wie wozu und mit welcher Rechtsfolge oder Wirkung beteiligt? Das müssen wir gewissermaßen in eine Tabelle bekommen. Das Bild beinhaltet im Prinzip ein bisschen zu viel, indem versucht wird, das schon über alle Phasen darzustellen. Das macht aber nichts, weil wir es phasenweise an diesem Bild diskutieren können.

Wenn wir den zweiten Aspekt der notwendigen Verzahnung unter dem Aspekt, welche Rechte die Einzelnen haben, respektive welche Folge, bis hin zu der Frage, ob sie einklagbar sind, betrachten, dann sind das die Punkte, die wir anhand dieses Schemas im Prinzip diskutieren können. Aber wir müssen das in einer gewissen Weise top down diskutieren. Wenn wir alles gleichzeitig diskutieren, haken wir keinen einzigen Punkt ab. Deswegen würde ich erst einmal dafür plädieren, über die Gesamtstruktur zu sprechen - wann, wer, wie? -, wie es hier im Prinzip angelegt ist, und dazu zu einem Verständnis zu kommen. In der zweiten Diskussionsphase können wir uns dann den Fragen zuwenden: Wozu konkret die Beteiligung? Welche Rechtsfolge?

Andreas Fox: Ein Zwischenruf, undiszipliniert: Es gibt kein Verwaltungsverfahren ohne Partizipation.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das ist klar. Natürlich werden auch die partizipativen Verfahren

mit einer gewissen verwaltungsrechtlichen Verpflichtung durchgeführt werden müssen, wie auch immer. Diese Begrifflichkeit ist holzschnittartig. Natürlich hat das verwaltungsrechtliche Verfahren auch partizipative Elemente. Die haben wir aber bei dem Verwaltungsverfahren schon mitgedacht. Das sind die Elemente, die dort vorgesehen sind. Dagegen schichten wir dann die anderen partizipativen Elemente ab, die wir zusätzlich hinzudenken.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Auf dem Schaubild in Abbildung 1 heißt es links oben „Ein Verfahren“.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde dieses Stichwort gerne aufgreifen. Es wird am Ende ein Verfahren sein. Dennoch würde ich das sehr stark unterstützen, was Sie vorgeschlagen haben, Herr Gaßner, dass wir zunächst bei unserer Arbeit klar zwischen diesen zwei Strängen differenzieren. Zum einen das Verwaltungsverfahren, das natürlich auch partizipatorische Elemente enthält. Die kennt aber jeder; das ist etabliert. Die sind auch bewertet, und zwar als nicht ausreichend. Dort wollen wir nichts verändern. Aber wir werden darauf noch einmal den Blick werfen müssen, um am Ende zu einem Verfahren zu kommen.

Ich würde stark dafür werben, dass wir in der Tat zunächst bei unserer Arbeit die Dinge genauso auseinanderhalten, uns auf das partizipative Verfahren konzentrieren und möglichst gleich auch versuchen, uns auf einen gemeinsamen Begriff zu verständigen. Das ist aus meiner Sicht erforderlich, damit man dieses Verfahren dann auch komplett konzipieren kann. Das beginnt mit der Verantwortung für dieses Verfahren: Soll es mit der Verantwortung für das verwaltungsrechtliche Verfahren identisch sein, oder wollen wir bewusst zwei unterschiedliche Akteure haben?

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Es ist angekommen, und da scheinen zum Teil gar keine Widersprüche zu sein - Herr Becker, Sie hatten es angesprochen -: Ich stimme Ihnen zu, dass dieses Verfahren kein informelles Verfahren sein darf. Herr Gaßner, Sie haben bereits richtiggestellt, dass das möglicherweise nicht richtig formuliert ist. Es muss ein formalisiertes Verfahren sein. Das heißt, es muss am Ende auch legitimiert werden. Es müssen bestimmte Leitplanken eingezogen werden, und die müssen die neue Pflicht werden. Jetzt nehme ich noch einmal den alten Begriff: Sie müssen aber auch Freiräume lassen, damit sich beispielsweise eine Regionalkonferenz selbst organisieren kann, möglicherweise sogar mit feinen Unterschieden zwischen den einzelnen Regionalkonferenzen. Aber es muss einen verbindlichen Rahmen geben.

Von daher würde ich stark dafür votieren, dass wir jetzt diese beiden Begrifflichkeiten verwenden, auch als Arbeitswerkzeug für uns. Es wird am Ende auch hilfreich sein für die Frage, wenn wir mit dem Bericht um die Ecke kommen: Was habt ihr denn gefunden? Den Befund kennt jeder: Dass das verwaltungsrechtliche Verfahren mit den partizipatorischen Elementen, die wir heute haben, als untauglich angesehen wird. Die Republik experimentiert seit Jahren, was denn darüber hinaus zu tun ist. Unterschiedlichste Ansätze: Runde Tische hier, Mediation dort. Herr Gaßner, Sie haben es angesprochen. Ich könnte mir vorstellen, dass die Erwartungshaltung gerade an uns, an die Kommission, ist, dass wir dort bei einem solch gravierenden, schwerwiegenden Projekt maßgebliche Vorschläge machen, wie man damit umgeht.

Dann wird es in der Tat von Vorteil sein, dass wir diesen Prozess zunächst einmal isoliert betrachtet haben und auch konkrete Vorschläge für diesen Prozess gemacht haben. Dann müssen wir es wieder verschränken. Wenn ich mich aus Sicht des Bürgers am Ende diesem Verfahren nähere, kann es nicht sein, dass da zwei Züge oder

zwei ausgeflaggte Boote auf mich zukommen, das eine mit einem verwaltungsrechtlichen Verfahren, wo ich einsteigen kann, und dann kommt aus einer ganz anderen Richtung ein partizipatives Verfahren mit anderen Akteuren. Das kann es nicht sein. Das muss wieder eine Einheit werden. Das ist nicht trivial. Im Übrigen ist das eine Aufgabe, die wir noch leisten müssen, am Ende die Gesamtdarstellung zu bringen, wo partizipative Elemente mit Rechtsschutzmöglichkeiten irgendwie im Zusammenhang stehen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wir sollten uns jetzt zu dieser Zweistrangigkeit nach vorne bewegen, sollten einen Begriff dazu wählen, aber das Verständnis haben, dass wir es nachher zu einem Prozess verzahnen müssen und entsprechend dann auch vermitteln müssen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Herr Thomauske, ich glaube, was ich abhaken kann, ist lediglich das, was uns vom europäischen Recht etc. vorgegeben wird. Deswegen hatte ich am Anfang darauf hingewiesen: Wir haben mit der strategischen Umweltprüfung und mit der Umweltverträglichkeitsprüfung verschiedenste Elemente, an denen wir nicht vorbeigehen können.

Herr Gaßner, ich verstehe, dass das leidenschaftlich diskutiert wird, Stiftung, zwei Stränge oder wie auch immer. Man kann diese Grundsatzfrage nur entscheiden, wenn man tatsächlich ein Schaubild hat. Das ist die Schwäche dieses Papiers, die wir schon seit Monaten haben. Herr Jäger hat dankenswerterweise Vorarbeiten geleistet, die ich aber auch noch für unzureichend halte. Letztes Mal haben wir gesagt, das sollte in die Vorsitzendenrunde. Wir brauchen ein Schaubild, wo wir wirklich sehen: Wann wird wer warum beteiligt, und zwar mit welcher Rechtsfolge? Das ist die Überschneidung mit der AG 2 und

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

teilweise sogar mit der AG 3. Solange wir das nicht haben, können wir doch nicht darüber entscheiden, ob das BfE vermeintlich eine Konkurrenz bekommen soll - so könnte es aufgefasst werden - durch eine Stiftung.

Ich bitte einfach darum, dass wir das in irgendeiner Form herstellen. Mit Hilfe des BMUB wird es nach meiner Auffassung möglich sein, dass man zumindest mal einen solchen Strang hat. Hier steht nur, wer und wie. Wann und worüber, das steht da nicht. Wir müssen das klären, denn davon ist abhängig, ob wir zwei Träger brauchen, ob wir also das BfE neben der Stiftung brauchen.

Herr Fuder, ich teile Ihre Auffassung an keiner Stelle. Das ist altes verwaltungstechnisches Handeln. Ich erwarte von einer Verwaltung, dass sie partizipative Elemente berücksichtigt. So ist meine Vorstellung. Das findet sich im Übrigen in diesem Schaubild. Was ist denn bitte die Bürgerversammlung? Die findet sich da plötzlich jenseits der Stiftung wieder. Was soll denn da passieren? Was ist das denn? Ich erwarte, dass eine Verwaltung das kann.

Wenn wir dieses Schaubild haben, dann können wir, glaube ich, beurteilen: An welcher Stelle brauchen wir eine Ergänzung durch welches Element? Wir können dann auch beurteilen, an welcher Stelle möglicherweise eine Stiftung Sinn macht. Ich kann das aufgrund dieser Geschichten augenblicklich nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde gerne um Unterstützung aus der Runde bitten. Mein Vorschlag war, dass wir die Debatte über die Notwendigkeit der zwei Stränge unabhängig von der Frage diskutieren, ob das erfordert, dass es zwei Organisationseinheiten gibt.

Herr Miersch hat jetzt den Versuch gemacht, die Bedeutung der zwei Stränge letztendlich noch

einmal zu unterstreichen, indem er auf die Organisationseinheiten abhob. Ich kann die Diskussion nicht hinreichend strukturieren, wenn wir das jetzt vermengen. Deshalb würde ich die Bitte äußern, dass wir es trennen. Oder Sie müssen mich in dem Sinne ein Stück weit overrulen. Mein Vorschlag steht, dass wir momentan zunächst zu einem Meinungsbild kommen. Ich möchte jetzt nicht inhaltlich werden. Ich würde Sie nur bitten, mit Ihren nächsten Beiträgen nicht schon auf das Thema der Organisationseinheit überzugehen. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass dieses Verfahren sehr stark verzahnt ist - um es mal vorsichtig auszudrücken -, dann ist die Frage der Organisationseinheit eine ganz andere, als wenn wir es eher so diskutieren, dass es relativ weit auseinanderliegt. Deshalb würde ich darum bitten, es zunächst noch auseinanderzuhalten. Ich würde es dann als nächsten Punkt aufzurufen, wenn wir zu dem ersten Punkt zu einem Zwischenergebnis gekommen sind. Ich glaube, sonst können wir keine Punkte abhaken. Herr Niehaus, bitte.

MinDirig Gerrit Niehaus: Für mich ist das auch ein Verfahren. Dafür spricht aus meiner Sicht, die natürlich etwas behördlich geprägt ist, zentral das Argument, was Herr Miersch gerade vorher aufgerufen hat. Es ist für mich der zentrale Job der Behörde, dass sie das, was aus der Öffentlichkeit kommt, aufnimmt. Es ist gerade auch der Sinn der Öffentlichkeitsbeteiligung, dass es in die Entscheidung einfließt, dass es also bei der Entscheidung berücksichtigt werden muss.

Das ist eine Interaktion, die aus meiner Sicht umso besser funktioniert, je mehr ich diesen einheitlichen Prozess verzahnt habe. Das ist für mich das alte Behördendenken, das hervor kommt, wenn man das trennt. Deswegen wäre das aus meiner Sicht ein Rückschritt.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Das alte Behördendenken ist: Wir machen unsere fachliche Arbeit, und die Umweltinformationsanfrage stört, die Beteiligung stört und auch das Fragerecht des Parlaments stört dabei nur. Davon muss man wegkommen. Die meisten Behörden haben sich davon stark gelöst. Das ist meines Erachtens ganz besonders von der neuen Behörde zu erwarten. Es macht nun einmal zusätzliche Arbeit. Deswegen gibt es sicherlich auch Widerstand gegen diese zusätzliche Arbeit. Aber meines Erachtens ist das wirklich ein Gewinn für die Behörde, wenn man sich als Behörde auseinandersetzt. Das heißt, wenn es personell machbar ist, müssen die fachlichen Entscheider diese Auseinandersetzungen führen. Wenn das machbar wäre, müssten in diesen verschiedenen Beteiligungsgremien die Fachexperten, die die Entscheidung vorbereiten, teilnehmen und mitdiskutieren, so gut es geht. Das ist für mich die ideale Öffentlichkeitsbeteiligung. Wenn man das trennt, wirft uns das eigentlich zurück.

Jetzt könnte ich zum Thema Organisation - Stiftung usw. - fortsetzen, weil sich das daran anschließt, aber das lasse ich jetzt weg.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Herr Gaßner, Sie hatten die Unterscheidung in die beiden Blöcke vorgeschlagen, die in der Abbildung 1 gezeigt sind. Ich sehe das genauso wie Sie. Wir brauchen diese Unterscheidung erst einmal, um eine gewisse Struktur hineinzubekommen. Ich sehe darin auch keinen Widerspruch. Es bleibt trotzdem ein Verfahren. Das ist in meinen Augen nur eine Sache des Wordings.

Ich würde die beiden Blöcke nicht „formell“ und „informell“ nennen. Ich würde auch den linken nicht den „verwaltungstechnischen Block“ und den rechten den „partizipativen Block“ nennen. Das sind in meinen Augen die falschen Begriffe. Auf der linken Seite ist der Block, den es quasi schon gibt, der geregelt ist. Auf der rechten Seite

ist der Block, der für mich neu dazukommt. Alles, was in den Abschnitten 6.2 und 6.3 steht, bezieht sich ausschließlich auf den rechten Block. Dementsprechend diskutieren wir an sich erst einmal nur den rechten Block, weil der links gegeben ist. Wie wir das Ganze verzahnen, müssen wir sehen, wenn wir den rechten Block diskutiert haben.

Ich stimme Ihrer Unterteilung zu. Ich bin auch der Meinung, wir sollten den Abschnitt 6.2 abschnittsweise durchgehen, damit wir weiterkommen. Ich sehe die Unterschiede eher im Wording, weniger in den tatsächlichen inhaltlichen Unterschieden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Meine protokolltechnisch hinreichend dokumentierte Frustration weicht zunehmend einem anderen Gefühl. Das ist nicht Genugtuung, sondern das ist in ein gewisses Amusement. Das sage ich jetzt mal ganz frech.

Wir führen hier eine Strukturdebatte, und die führen wir weitgehend inhaltsfrei. Wir versuchen, uns daraus zu retten, indem wir eine semantische Debatte hinzuaddieren. Das ist nicht nur eine Frage des Wordings.

Ich habe jetzt ganz viele Begrifflichkeiten gehört: formell, informell, formalisiert, partizipativ, verwaltungsgetrieben. Dazu fallen uns heute vielleicht noch ein paar andere kluge Begriffe ein. Die Begriffe bringen uns jedoch nicht aus dem Dilemma. Ich denke, Matthias Miersch hat das gerade sehr gut aufgedröselt, indem er gesagt hat, es gibt gewisse gesetzte Dinge.

Was mir an diesen Verwaltungsverfahren - das muss ich jetzt mal sagen - gefällt, ist, dass sie im Grunde genommen genau das tun, nämlich dass

sie sehr klar dokumentieren, wann sie zu was beteiligen mit welchen Wirkungsmöglichkeiten. Wenn wir über weitere Bestandteile des Partizipationsverfahrens sprechen wollen, dann müssten wir das erste berücksichtigen. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass das nicht genügt; sonst würden wir hier nicht miteinander sitzen. Es muss etwas hinzukommen. Das können nicht nur ein paar zusätzliche Strukturgremien sein, sondern wir müssen auch klären, welche Inhalte mit welchen Menschen intensiv diskutiert werden müssen, die bisher in diesem verwaltungsgetriebenen Verfahren so nicht abgebildet werden.

Deshalb müssen wir in der Tat erst einmal schauen: Was gibt uns die Rechts- und Gesetzeslage und das verwaltungsgetriebene Verfahren an Beteiligungsformaten? Was brauchen wir aus inhaltlichen Gründen noch dazu? Welche Struktur werden wir dann dafür brauchen? Ganz am Ende steht die Frage, wer das verantworten muss. Ich bin völlig d'accord, dass die Frage Stiftung oder Ähnliches erst in dieser dritten Stufe diskutiert werden sollte.

Ich fange an, zu spüren, dass es vielleicht doch einen Konsens in diese Richtung geben könnte, dass wir das mal machen, sehr gerne auch in Form eines Schaubildes. Ich weiß, dass nicht nur Matthias Miersch, sondern auch viele andere immer schon gesagt haben, wir müssen uns daran abarbeiten. Herr Jäger kommt immer wieder mit einem Impuls. Das ist nicht immer konsensfähig, aber es hilft dabei, genau festzustellen, wo es weitergeht. Ich denke, das ist unser Job, wenn wir uns jetzt wirklich mal aus der reinen Strukturdebatte in die Inhalte hinüberretten wollen, um zu schauen: Was ist vorgegeben? Was ist dadurch inhaltlich vorgegeben? Wo fehlt es uns? Was brauchen wir dann dazu?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Besten Dank. Herr Fuder, bitte.

Michael Fuder: Ich gebe zu, dass ich gerade ein bisschen ratlos bin, weil wir uns irgendwie miteinander verhaken. Ich will versuchen, noch einmal ganz an den Anfang zu gehen: Wofür machen wir das ganze Spiel hier eigentlich? Ich würde mir sehr wünschen, wenn das funktionieren könnte, was Herr Niehaus gesagt hat, dass nämlich im Grunde genommen das behördliche Verfahren oder das verwaltungsrechtliche Verfahren, wie Sie es genannt haben, eine derartige Qualität hat, dass die ganze Gesellschaft oder der weit überwiegende Teil der Gesellschaft sagt: „Jawohl, das ist es! Klasse!“ Ich würde mir das unglaublich wünschen. Ich halte das traditionelle - so nenne ich es jetzt mal - verwaltungsrechtliche oder behördliche Verfahren rechtsstaatlich gesehen für unglaublich wertvoll, worum wir wahrscheinlich von vielen beneidet werden.

Gleichwohl haben wir doch eine Historie zu berücksichtigen, und aus dieser Historie heraus sitzen wir hier überhaupt. Diese Historie heißt: Es gibt nicht unerhebliche Teile der Gesellschaft, die ein rein behördliches Verfahren - auch wenn es noch ein bisschen weiterentwickelt wird - nicht als ausreichende Legitimation für das daraus resultierende staatliche Handeln anerkennen.

Wenn wir an dieser Stelle übereinstimmen, dann sind wir schon mal einen Schritt weiter. Wenn das aber stimmt, dann reicht es eben nicht aus, wenn wir jenseits der Frage von Trägerschaft überlegen, welche weiteren Elemente wir brauchen, sondern dann müssen wir - tut mir Leid - diese Frage der Struktur eben doch mitdenken. Wir kommen daran nicht vorbei.

Wenn wir den Anspruch haben, dass auch in Richtung der Öffentlichkeit, die wir häufig als kritische oder besonders kritische Öffentlichkeit erleben, mindestens eine gewisse Toleranz ge-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

schaffen werden soll, und wenn wir das Ziel haben, dass die Gruppe derjenigen, die sagen, das ist alles nur Mist, sehr klein ist und zweitens gesellschaftlich - ich sage es jetzt ganz bewusst - marginalisiert werden soll, dann reicht es nicht aus, das behördliche Verfahren einfach nur ein bisschen weiterzuentwickeln. Vielmehr brauchen wir auch für diejenigen, die aus jahrzehntelanger Erfahrung jeglichem staatlich-behördlichen Handeln mit einem riesengroßen Misstrauen begegnen - ich will das nicht bewerten -, ein partizipatives Gesamtkonstrukt jenseits der rein behördlichen Stränge, die so wertvoll sind, wie ich es eben schon einmal versucht habe anzudeuten.

Deswegen bin ich davon überzeugt, wir brauchen - da kommt die Struktur hinein - eben einen anderen Träger für diese Elemente. Diese Elemente müssen ein in sich geschlossenes Konstrukt darstellen. Die beiden Säulen müssen also miteinander verzahnt werden.

Worin unterscheiden sich im Kern die Elemente von Säule 1 und Säule 2? Ich glaube, in zweierlei Hinsicht. Säule 1 ist behördlich verantwortet, gestaltet, darauf ausgerichtet, dass ein gesetzlich definiertes Ziel erreicht wird, und dem ordnet sich das unter. Wenn da formale Beteiligungselemente nicht anständig funktionieren, dann gibt es rechtsstaatliche Garantien, Rechtsschutz und alles, was dazugehört.

Wir haben einen zweiten Block, den ich versucht habe zu beschreiben. Der muss eine andere Trägerschaft haben und muss geeignet sein, noch stärker diskursartig zu sein, um das andere zu ergänzen. Er ist eben nicht behaftet mit dem formalen rechtsstaatlichen Verfahren. Gleichwohl ist es selbstverständlich ein garantierter Teil von Partizipation.

Ich denke, dass diese Unterscheidung ganz elementar ist, wenn das Ziel erreicht werden soll,

das ich versucht habe, noch einmal zu charakterisieren, dass nämlich diejenigen, die aus grundsätzlichen Erwägungen keine Lösung haben wollen, erstens wenige sind und zweitens marginalisiert werden.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich muss gestehen: Je mehr Argumente ich höre, warum wir zwei Stränge brauchen, umso weniger überzeugt bin ich davon.

Ich will gleich zugestehen, dass ich es ein bisschen für schwierig halte, dem Ansinnen zu folgen, dass man das ohne diese benannten Träger diskutiert, denn das spielt durchaus eine Rolle. Ich will jetzt mal das Stichwort „Stiftung“ aufgreifen. Die wird es nur geben, wenn wir sagen, ja, wir haben zwei Stränge, und deswegen brauchen wir auch zwei Träger. Diese Stiftung stand beim dritten Workshop der Regionen vom letzten Freitag am Ende auch als Forderung da, dass es diese Stiftung geben sollte, und zwar mit ähnlichen Argumenten, wie sie Herr Fuder jetzt gebracht hat. Ich finde es relativ schwierig, sich dagegen zu entscheiden. Das macht für mich ein gewisses Dilemma aus.

Wenn ich mir das Schaubild angucke und mir auch die Argumente, die ich jetzt gehört habe, noch einmal vergegenwärtige, dann werden wir am Ende eine Beteiligung in zwei Strängen gestalten, in denen ganz zwangsläufig eine Nachrangigkeit entsteht. Um es noch ein bisschen mehr zuzuspitzen: Es gibt dann eine gute Beteiligung, eine gute Partizipation, und es gibt eine schlechte, und die schlechte wird von der Behörde gemacht. Das ist das Alte, was eigentlich nicht taugt, was aber irgendwie sein muss, weil es der Rechtslage gerecht werden muss. Aber das ist nicht gut.

Deswegen gibt es eine andere Beteiligung mit einem anderen Träger, der das Moderne und das Gute macht. Damit ist gleichzeitig eine Botschaft

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

gesetzt - da greife ich den Beitrag von Herrn Niehaus auf -: Die Behörde ist auch etwas Altes und etwas Altmodisches, und die kann es eigentlich nicht richtig. Da habe ich schon die Frage, ob das unserem Ansinnen eines Neustarts wirklich gerecht werden kann. Selbstverständlich, Michael Fuder, müssen wir aus der Historie lernen. Aber wir müssen auch das Richtige lernen. Ich habe jetzt immer mehr ein Fragezeichen, je mehr die Debatte voranschreitet, ob das Lernen wirklich sein kann: Die Behörde macht es, wie es Behörden immer gemacht haben. Der kann man so wieso nicht trauen. Wir rechnen von vornherein damit, dass die Gesellschaft ihr angelerntes und berechtigtes Misstrauen auch da wieder hat. Deswegen machen wir etwas Neues daneben, was mit der Behörde irgendwie verzahnt wird, was aber eben etwas Neues ist, und bestätigen damit das Misstrauen.

Wäre es nicht angemessener, zu sagen, einen Neuanfang gibt es nur mit neuem Behördenhandeln? Warum gründen wir denn eine neue Behörde? Warum gründen wir eine völlig neue Behördenstruktur? Weil wir wollen, dass die sich auch auf eine neue Weise verhalten.

Ich habe jetzt selber ein Dilemma, weil die Stiftung auf der einen Seite von so vielen benannt worden ist, dass man eigentlich fast nicht mehr darum herunkommt. Aber wenn die Botschaft daran hängt, die ich gerade versucht habe zu skizzieren, dann gefällt mir das nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Ich habe mich jetzt selbst auf die Redeliste gesetzt. Vielen Dank auch für die Beiträge, die deutlich machen, dass wir jetzt einen Schritt weitergehen müssen.

Aus meiner Sicht ist es tatsächlich sinnvoll, die Diskussion auf die Frage der Organisationsstruktur zu erweitern. Ich würde zunächst den Versuch unternehmen, den ich jetzt aber nicht mehr

groß zur Debatte stelle, es so weit zusammenzufassen, dass wir ein gemeinsames Verständnis haben, dass es ein Verfahren ist, und dass wir ein gemeinsames Verständnis davon haben, dass es zwei unterschiedlich geprägte Stränge eines Verfahrens gibt. Der eine Strang hat mindestens fünf Adjektive bekommen: förmlich, traditionell, herkömmlich, als der Standard. Das ist der Strang, den ich - momentan noch als Arbeitsthese - als eher verwaltungsgetrieben ansehe, wie Herr Sommer gesagt hat. Deshalb würde ich „verwaltungsrechtlich“ erst einmal als Arbeitstitel beibehalten. Aber ich habe gerade gesagt, man kann dem auch sechs andere geben.

Der zweite Strang ist stärker von informellen Elementen geprägt. Das sind die Freiheiten, die Sie, Herr Jäger, genannt haben. Es ist aber nie ein informelles Verfahren. Dieser Strang ist erweiternd, zusätzlich und auch partizipativ. Wir haben das von „nur unsere Diskussion strukturierend“ bis „ganz auseinanderzulegen“ in einer bestimmten Bandbreite besprochen, aber es ist wiederum Konsens, dass es einer Verzahnung bedarf. In dem Sinne ist Verzahnung einerseits der Ausgangspunkt - es ist ein Verfahren -, und es ist ein Stück weit ein Endpunkt. Es ist am Ende auch ein Verfahren.

Nun stellt sich die Frage, wie weit sich das letztendlich auseinanderlegt. Dazu möchte ich insofern noch mal mit zehn Sätzen einführen.

Das Schaubild, Abbildung 1, ist momentan, bezogen auf die Organisationsstruktur, ein Kompromiss. Wir haben es jetzt ein bisschen salopp das 1,5-Modell genannt. Es gibt dann ein Modell, das man als 2-Modell sehen könnte. So ist es aus der Untergruppe gekommen, die sich mit diesem Thema beschäftigt hat und die den Gedanken der Stiftung in den Arbeitskreis eingebracht hat. Demnach ist die Stiftung etwas - ich sage es jetzt mal mit einem Arbeitstitel - sehr Unabhängiges,

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

vom Kapitalstock her, von der Zusammensetzung her, letztendlich auch ein Stück weit von der Behördenstruktur sehr unabhängig. In diese Richtung hat Herr Fuder gerade noch einmal Elemente genannt, ohne das vollständig abzubilden.

Die zweite Überlegung ist die, dass es keine selbstständige Einheit geben soll. Man kann im Kudla'schen Sinne diese zwei Blöcke links/rechts jederzeit auch nach links verschieben, und dann hängen sie nur unter dem BfE. Das, was momentan in diesem Schaubild abgebildet ist und WAS ein Diskussionsvorschlag ist, ist die Frage: Gibt es eine Organisationseinheit? Es ist nicht das Modell der unabhängigen Stiftung, das vorgeschlagen worden ist - ich wollte da keine Zuordnung haben; die Geschichte mit der Stiftung kommt nicht von mir, um das mal zu personifizieren -, sondern hier steht: Gibt es eine Organisationseinheit, die dem BfE nachgeordnet ist und die unter der Rechtsaufsicht des BfE steht? Das ist das 0,5-Modell.

Das stelle ich zur Diskussion: Soll es nur das BfE geben? Soll es eine unabhängige Stiftung geben, deren weitergehende Konturierung noch nicht gegeben ist? Denn es macht keinen Sinn, sich über die Frage der Ausgestaltung einer Stiftung zu verständigen, wenn wir hier Beiträge hören, die sagen: „Ich kann mit dem Stiftungsmodell gar nichts anfangen.“ Oder gibt es eine irgendwie verwaltungsmäßig etwas selbstständiger gestaltete Einheit? Oder wäre das - jetzt in der Sprache von Niehaus und Kotting-Uhl - letztendlich schon eine Entfernung von dem Ausgestalten des BfE als eine neue Behörde?

Der momentane Text, der Ihnen vorliegt, und das Schaubild sind eine Zwischenform, die den Arbeitstitel „Stiftung“ für etwas verwendet, was meiner Ansicht nach nie Stiftung sein kann. Aber das ist meine persönliche Meinung. Es gibt aber die Meinung, dass es eine Stiftung geben

kann, und es gibt die Meinung, dass es das gar nicht geben soll.

In diesem Sinne würde ich vorschlagen, dass wir die Frage, wie diese Stränge eine organisatorische Form bekommen, als nächsten Tagesordnungsunterpunkt sehen und damit die Diskussion eröffnen: Macht es Sinn mit 1, 2 oder 1,5 zu arbeiten, wohl wissend, dass weder 1 abschließend konturiert wäre, wenn wir uns für 1 entscheiden, noch abschließend wissend, wie es wäre, wenn wir für 2 wären, 1,5 noch nicht vollständig durchkonjugiert ist, weil wir uns erst einmal zwischen 1, 1,5 und 2 entscheiden müssen, damit es lohnt, das zu vertiefen, was wir hier mehrheitlich wollen? Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich glaube, das, was Herr Fuder sagt, ist klar, nämlich dass es ein Grundmisstrauen gibt und dass wir uns deswegen hier beraten, welche Elemente wir jenseits des Verfahrens einbauen. Das ist völlig unstrittig.

Ich bin auch offen gegenüber jeglichem Stiftungsgedanken. Aber ich muss wissen, wann und warum wir es einbauen. Es bringt nichts, jetzt abstrakt darüber zu sprechen; ich sage es noch mal. Ich werde dem auch nicht zustimmen, denn ich kann es nicht, ohne zu wissen, welche Elemente beispielsweise von der Stiftung gesteuert werden sollen. Da sind wir uns noch nicht einig, wenn ich das Stichwort „Teilgebietskonferenz“ darunter sehe. Das ist der nächste große Punkt, wo Herr Niehaus vorbereitet ist, mit seinem Ministerium im Zweifel da hineinzugehen, wenn ich ihn richtig verstanden habe.

Die Frage ist für mich ganz einfach: Was ich nicht machen will, Herr Fuder, ist, erstens den Leuten nur recht zu geben, die sagen: „Alles, was aus der Kommission kommt ist schlecht. Die sind alle schon korrupt und wie auch immer. Wir brauchen eine Alternative zu jeglichem behördlichen Handeln, weil die es sowieso nicht

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

können.“ Dann bauen wir eine Konkurrenzsituation auf: Die Stiftung ist für das Gute und die Behörde ist für das Schlechte. Das darf nicht passieren, sondern wir müssen ein integrales System entwickeln, wohl wissend, dass die Behörde möglicherweise an Grenzen stößt und eine Form von abhängigen Diskussionen oder so etwas hat, wo wir etwas brauchen, wenn ich den Rat der Regionen habe, der ganz frei agieren kann, ohne in irgendwelchen Zwängen zu sein, wo man sich einbringen kann und wo es möglicherweise von der Organisation her auch größtmögliche Unabhängigkeiten geben muss.

Ich habe es beim letzten Mal gesagt: Der Rat der Regionen wird sich nicht vom Himmel konstruieren. Die müssen einen Arbeitsraum bekommen. Wenn das möglicherweise die Stiftung organisiert, soll mir das alles recht sein.

Das alles kann ich aber erst machen, wenn ich weiß: Was wollen wir darunter an Partizipation/Öffentlichkeitsbeteiligung machen? Darauf haben wir uns im Moment noch nicht verständigt.

Ein kleiner Hinweis noch: Dann gibt so etwas wie das wissenschaftliche Begleitgremium. Das haben die Frauen und Männer des Standortauswahlgesetzes irgendwo auch mal als alternatives Kontrollgremium jenseits des Verfahrens etabliert. Auch diesbezüglich sollten wir noch einmal gucken, welche Verbindungen es dort eigentlich gibt.

Ich kann hier jetzt nicht abstrakt entscheiden: Stiftung ja oder nein? Ich bin da wirklich völlig offen. Aber ich möchte keine zwei Stränge und zwei Konkurrenzen, die sich am Ende nicht auflösen lassen, weil wir eigentlich zementieren: Da ist das Pflichtprogramm. Auf der anderen Seite sind die Guten, und am Ende schlägt alles ineinander zusammen und wir kommen nicht mehr weiter. Das ist unser Problem. Ich glaube, das können wir nicht abstrakt auflösen.

Deswegen noch einmal: Ich glaube, wir brauchen eine sehr genaue Kenntnis, welche Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung - Pflichtprogramm, Kürprogramm, oder wie immer man es auch nennt - es gibt, und dann muss man gucken, welche Trägerschaft es haben soll.

Andreas Fox: Ich denke, Matthias Miersch hat die Problematik in Bezug auf die Stiftung gut aufgezeigt, ohne dass sich jetzt direkt eine Lösung aufdrängt.

Ich möchte auf einen einzelnen Aspekt in diesem Schema eingehen, und zwar ist hier unter „Stiftung“ die Informationsplattform verortet. Der Auftrag des Gesetzes ist es, in einem transparenten, wissenschaftsbasierten Verfahren Zuarbeiten für die Kommission - letztlich ist es auch ein Auftrag für das gesamte zukünftige Verfahren - transparent und wissenschaftsbasiert zu erarbeiten. Das funktioniert nur auf der Grundlage zureichender, umfassender, frühzeitiger Informationen. Umfassende und frühzeitige Information ist für das gesamte Verfahren und auch für die zukünftige gesamte Öffentlichkeitsbeteiligung im Gesetz festgeschrieben.

Das heißt, dass diese umfassende und frühzeitige Information nicht nur in dem Bereich, der jetzt dem Stichwort „Stiftung“ zugeordnet ist, stattfindet, sondern für den gesamten Standortfindungsprozess gilt, dass es eben nicht nur um aufbereitete Informationen für eine interessierte Öffentlichkeit - vielleicht auch für die neu interessierte Öffentlichkeit - gehen kann, sondern auch um fachlich fundierte Hintergrundinformationen, die all das, was die Verwaltungsentscheidungen und die Vorbereitung von Entscheidungen durch Verwaltungshandeln angeht, mit begründet. Das heißt auch fachliche Informationen tiefgreifender Art, zum Beispiel zu Kriterien oder zum Beispiel zu dem, was man aus bestimmten Erkundungen heraus ermittelt hat oder was man im internationalen Bereich an wissenschaftlichen Ergebnissen

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

im gesamten Zusammenhang mit der Endlagerfrage hat.

Diese Informationsplattform ist ein breites und durchaus intern differenzierbares Instrument, mit dem eine umfassende Information von interessierter Öffentlichkeit und auch der Fachöffentlichkeit möglich sein muss, mit der Verwaltungshandeln nachvollziehbar ist und das dann auch die Grundlage dafür darstellen kann, dass nachher zum Beispiel ein Rat der Regionen oder auch interessierte Bürger - vielleicht Bürger mit aber auch ohne Grundbesitz - Informationen bereitstellen, um diese Vorschläge entsprechend bewerten zu können.

Ich meine, daher muss man die Frage der Information gesondert behandeln und - das war auch schon Gegenstand der letzten AG-Sitzung - sich überlegen, wer diese Informationsplattform zum einen technisch zur Verfügung stellt und wer verpflichtet ist - zum Beispiel das BfE -, entsprechende Fachinformationen zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Nun Herr Jäger, bitte. Anschließend würde ich Herrn Hagedorn bitten, die Fragen zu beantworten, wie die Aufgabenstellungen ungefähr verortet sind, wenngleich natürlich eine abschließende Antwort auf das, was Herr Miersch fragt, erst gegeben werden kann, wenn wir die einzelnen Module durchgegangen sind. Man sollte das aber noch einmal hervorheben, denn ich habe bisher nur strukturell eingeführt und nicht auf 6.2.1 bzw. 6.2.2 Bezug genommen.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Mein Beitrag soll primär in die Richtung gehen, dass wir, bevor wir über Organisation sprechen - insbesondere, wer es denn tun soll - und darüber sprechen, wo wir diese Organisationseinheit verorten, darüber sprechen und ein gemeinsames Verständnis haben, was denn da gemacht werden soll.

Ich würde auch dafür werben wollen, dass wir vielleicht den Begriff „Stiftung“ im Moment ein Stück weit in den Hintergrund rücken, weil man damit immer automatisch bestimmte Dinge verknüpft. Nennen wir es „Organisationseinheit“, die für den Beteiligungsprozess verantwortlich ist.

Primäres Votum: Herr Hagedorn, bitte sagen Sie doch einmal: Was soll da gemacht werden? Ich könnte mir vorstellen - die Aufgaben sind hier schon angerissen -, man muss Strukturen schaffen. Zum Beispiel müssen die Gremien, die wir noch zu besprechen haben, etabliert werden. Es müssen Prozesse gestartet werden, es muss gesteuert werden. Es muss Information zur Verfügung gestellt werden, angefangen bei der Informationsplattform bundesweit bis hin zu einer Plattform, die lokal nutzbar ist. Das würde ich jetzt einmal stichwortartig als Aufgabe in diesem Kästchen, das mit Stiftung beschrieben ist, darstellen. Ich bin gespannt, was Sie dazu noch ergänzen. In der Folge sollten wir uns dann über die Organisationsfrage unterhalten.

Ich hätte noch zwei Hinweise, die dabei eine Rolle spielen. Mir kommt die Frage ein bisschen zu kurz: Woher kommen die ganzen Informationen? Herr Fox, als Sie das eben erläutert haben, konnte ich überall eine Haken dran machen. Sie haben primär BfE als den Informationslieferanten gesehen. Das sehe ich gar nicht. BfE ist eine Behörde, über deren Aufgaben wir noch einmal sprechen werden, was die Öffentlichkeitsarbeit angeht. Ansonsten ist der Vorhabenträger die Quelle für die meisten Informationen, die dort benötigt werden. Das heißt nicht, dass das BfE keine Rolle hat, aber die BGE spielt hier eine ganz zentrale Rolle, taucht aber nirgendwo auf.

Der zweite Hinweis, den ich geben möchte, ist folgender: Wenn wir über Prozesse und Organisationen und auch über neue Qualität sprechen, auch neue Qualität des Behördenhandelns - Frau

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Kotting-Uhl, ich kann sehr gut nachvollziehen, dass wir uns das durchaus als Zielsetzung vornehmen -, dann müssen wir bei den Prozessen auch immer differenzieren zwischen dem operativen Doing im Prozess - deswegen noch einmal die Aufgabe: Was ist da zu machen? - und einer Überwachung und Kontrolle. Wir haben in dem einleitenden Kapitel eine Kontrollinstanz bei dem AkEnd festgemacht und sagen, ja, das wollen wir ähnlich machen. Aber wir haben im Moment einen Vorschlag, wo einer etwas macht und sich gleichzeitig selbst kontrolliert. Das geht nicht.

Diese Trennung ist auch ein Qualitätsfortschritt. Wenn ich jemanden habe, der den Öffentlichkeitsbeteiligungsprozess organisiert - es ist umfangreich, was da gemacht werden muss -, dann muss ich dafür sorgen, dass ich daneben jemanden habe, der die Aufgabe hat, zu kontrollieren: Wird das genauso gemacht, wie es ursprünglich gedacht war und wie die Erwartungshaltung formuliert worden ist? Herr Sommer hat es einmal „Garant der Öffentlichkeitsbeteiligung“ genannt. Das sind die Regionalkonferenz, aber - jedenfalls nach meinem Verständnis - auch ganz entscheidend das Begleitgremium. Diese beiden Säulen müssen wir immer parallel sehen: Wer macht es, und wer ist zusätzlich noch beauftragt, dafür zu sorgen, dass es so gemacht wird, wie es denn laufen soll?

Hans Hagedorn (DEMOS): Zum Stichwort „Aufgaben“ wollte ich auch Stellung nehmen, denn ich glaube, wir haben gerade ein ganz großes Missverständnis im Raum. Die Zweiteilung in die zwei Verfahrensbestandteile suggeriert, dass dort unterschiedliche Akteure handeln würden. Dem ist gar nicht so, sondern das BfE ist ja ein ganz zentraler Teilnehmer dieses neuen Verfahrensbestandteils. Das BfE arbeitet mit den Regionalkonferenzen zusammen, beantwortet deren Fragen, nimmt dazu Stellung und kann in dieser Rolle als Teilnehmer des Beteiligungsverfahrens

genau dieses neue Verwaltungshandeln realisieren. Es soll dadurch von dieser organisatorischen Arbeit entlastet werden, die Beteiligung zu organisieren, und damit seine inhaltliche Arbeit und dieses neue Verwaltungshandeln realisieren können. Die Stiftung ist sozusagen nur der Mantel, damit dieses neue Verwaltungshandeln passieren kann.

Sie haben völlig recht: Wir müssen im Text irgendwie deutlicher machen, wo die Ergebnisse dieses Dialogprozesses zwischen regionalen Gremien und Behörden einfließen, wie sie berücksichtigt werden, wo das dokumentiert wird und wo letztendlich auch der Bundestag sehen kann, ob für seine Entscheidung die entsprechenden Vorarbeiten geleistet worden sind.

Aber es gibt keine harte Trennung zwischen diesen alten und neuen Verfahren, sondern die Behörde ist ein ganz wesentlicher Akteur des neuen Verfahrens. Das, was in dem klassisch vorgeschriebenen Teil ist, ist sozusagen noch eine zusätzliche Absicherung dieses Verfahrens.

Dasselbe gilt für die Informationsplattform. Auch dort ist es so, dass natürlich eine solche Stiftung - oder wie auch immer man eine solche Organisation nennt - nicht diese Informationsplattform komplett bespielen soll. Sonst würde sie genauso als parteiisch und nicht unabhängig wahrgenommen werden. Vielmehr organisiert sie lediglich die Rahmenbedingungen dafür, dass die verschiedenen Akteure in diese Informationsplattform ihre ganz unterschiedlichen Perspektiven einspielen können.

Von daher: Bitte verstehen Sie es so, dass dieses neue Verfahren wirklich all diese Akteure an einen Tisch bringt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Thomauske, bitte.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielen Dank. Ich denke, es ist Konsens, dass es nur ein Verfahren gibt. Damit ist dieses eine Verfahren am Ende auch ein Verwaltungsverfahren. Es ist nur ein Verwaltungsverfahren neuerer Art, im Unterschied zu dem alten. Gedanklich würde ich deswegen die beiden Äste wie folgt abschriften: Das eine ist, was übergeordnet vorgegeben ist, Europagesetzgebung usw., was gar nicht abänderbar ist, wobei dort neue Elemente der Beteiligung dabei sind. Das Zweite betrifft die zusätzliche Einbeziehung bzw. Einbindung der Öffentlichkeit mit bestimmten Rechten, über die wir uns noch unterhalten müssen. Insofern aus meiner Sicht ein Verwaltungsverfahren.

Wenn es ein Verwaltungsverfahren ist, dann ist es aus meiner Sicht auch eine Behörde, die für dieses Verwaltungsverfahren verantwortlich ist.

Wir haben schon dadurch eine gewisse Unabhängigkeit, dass es Regionalkonferenzen gibt, die eine gewisse Selbstorganisation haben. Warum ich darüber noch mal ein unabhängiges Gremium einer Stiftung einführen muss, erschließt sich mir nicht.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das Begleitgremium ist auch noch da.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, dazu komme ich noch. Ich habe Schwierigkeiten, mir inhaltlich vorzustellen, warum ich zwischen dem BfE und im Rahmen der Organisation dieses Verfahrens noch eine zusätzliche Stiftung einführen muss. Ich habe auch Schwierigkeiten, mir vorzustellen, wo da die Konfliktlinien liegen können, wenn sie unterschiedlicher Auffassung sind, und wie das regelbar sein soll, da das BfE nicht mehr unmittelbar mit den Teilgebietskonferenzen oder dem Rat der Regionen konferieren würde, sondern die Stiftung dazwischengeschaltet ist. Für

jemanden, der schon ein paar Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren hinter sich hat, ist es nur schwer vorstellbar, wie das gehen soll.

Insofern denke ich, dass wir uns zu der Alternative eine Meinung bilden müssen: Haben wir gewissermaßen das BfE für das alte Verfahren und die Stiftung für das neue, oder machen wir unter dem BfE eine Verzweigung, wer das organisiert? Denn es ist ein Verfahren. Wobei wir uns darüber noch keine Gedanken gemacht haben bzw. noch nicht dargestellt haben, wie es zeitlich ist. Das ist inhaltlich drin, aber es ist nicht dargestellt: Wie sind die Verfahren inhaltlich miteinander gekoppelt? Wie ist der zeitliche Ablauf? Wo ist da die Verzahnung?

Darüber hinaus haben wir noch das unabhängige Begleitgremium, das gewissermaßen eine Appellationsinstanz ist und das Einflussmöglichkeiten und Rechte hat. Insofern erschließt sich mir an dieser Stelle die Stiftung aus zweierlei Gründen nicht: Zum einen, was die Frage des Verwaltungshandelns anbelangt, und zum Zweiten, was die Frage der Zweckmäßigkeit einer solchen Zwischeninstanz anbelangt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Es stehen jetzt noch drei Redner auf der Wortmelde-liste. Danach würde ich ein Meinungsbild herstellen. Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Vielen Dank. Ich glaube auch, dass man noch nicht im Detail entscheiden kann, ob man eine solche Struktur braucht. Aber die Diskussion läuft schon ein bisschen länger, und insofern würde ich sagen, dass der jetzt vorliegende Zwischenstand aus meiner Sicht schon in die richtige Richtung geht. Wir hatten ursprünglich mal den Vorschlag, wir brauchen eine völlig unabhängige Stiftung neben dem klassischen Verfahren, die dann das neue Verfahren macht. Das ist in diesem Vorschlag - auch nach der Dis-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

kussion Anfang Januar - deutlich zusammengeführt worden, indem gesagt wird, es ist ein Verfahren. Das steht auch drin: Das BfE trägt die Gesamtverantwortung für das Verfahren. Jetzt stellt sich tatsächlich die Frage: Braucht man darunter noch etwas?

Ob wir eine Stiftung brauchen und ob wir sie genau für die Punkte brauchen, die da jetzt stehen, kann man, glaube ich, nicht abschließend entscheiden. Aber es gibt tatsächlich Aufgaben und Anforderungen aus diesem Verfahren, wo man aus meiner Sicht eine unabhängige Organisationsstruktur neben dem BfE braucht.

Herr Thomauske, Sie haben vorhin gesagt, dann organisieren sich die Regionalkonferenzen selbst. Aber mit welchem Geld? Da war relativ klar die Anforderung auch im Regionen-Workshop: „Das wollen wir nicht selber bezahlen.“ Das Gegenmodell, dass es die Genehmigungsbehörde sein soll, die die Gelder für diesen Prozess zur Verfügung stellt, scheint auch suboptimal zu sein. Ich glaube, deshalb braucht es da tatsächlich etwas, was die neuen Strukturen ermöglicht, ohne dass man gleich den Eindruck hat, das hängt direkt an der Genehmigungsbehörde.

Das betrifft auch den Gesichtspunkt „Augenhöhe“, wo es also nicht nur um das Schaffen dieser Strukturen geht, sondern tatsächlich darum, mit welchen Geldern die agieren können, wo sie sie herbekommen, wer das kontrolliert und Ähnliches.

Damit dieses Verfahren gut funktionieren kann, glaube ich, dass es hier eine unabhängige Struktur braucht. Ob die dann Stiftung heißt und ob sie dann genau so zugeschnitten ist, weiß ich nicht.

Was diese Struktur natürlich kaum noch leisten kann, ist das, was auch noch in dem Text steht, nämlich diesen Ewigkeitsanspruch abzudecken.

Dazu bräuchte man tatsächlich eine echte, unabhängige Stiftung. Wenn es das nicht ist, sollte man diesen Anspruch wahrscheinlich ein bisschen herunterfahren, denn sonst weckt man falsche Erwartungen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ausgangspunkt war Ihre Frage, Herr Gaßner, ob wir die Stiftung brauchen. Wir wollten darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, dass die Stiftung den rechten grauen Kasten der Abbildung 1 mehr oder weniger organisiert. Herr Miersch hakte gleich ein und sagte, er kann das nicht beurteilen, wenn noch nicht klar ist, was die Stiftung eigentlich organisieren soll.

Mein Vorschlag wäre deswegen, dass man erst einmal die kleinen Kästchen in dem grauen Kasten bearbeitet, wo wir eigentlich weitgehend einer Meinung sind. Ich glaube, es ist unstrittig, dass es die Regionalkonferenzen geben soll. Es ist unstrittig, dass es den Rat der Regionen geben soll und dass es Informationsbüros geben soll. Auch die Informationsplattform ist in meinen Augen unstrittig. Strittig sind noch die Teilgebietskonferenzen. Darüber können wir noch reden.

Ich würde erst einmal die einzelnen Abschnitte in dem Papier von DEMOS zum Rat der Regionen und den Regionalkonferenzen durchgehen, damit wir daran mal einen Haken machen können.

Ich weiß nicht, ob wir in der AG in Bezug auf die Stiftung zu einer einheitlichen Meinung kommen. Ich glaube, wir sollten einfach die zwei Möglichkeiten darstellen, die es gibt, damit in die große Endlagerkommission gehen und es dort noch mal diskutieren.

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Herr Becker hatte es auch schon angedeutet: Er ist sich nicht so sicher, was hier das wirklich Richtige ist. Ich bin mir auch nicht ganz sicher, ob es wirklich eine Stiftung sein muss oder ob man das nicht anders organisieren kann, zum Beispiel indem man es direkt dem BfE unterstellt.

Mein Plädoyer lautet, erst die kleinen Kästen im grauen Kasten abzuarbeiten, was sie inhaltlich machen und wie sie strukturiert sind, also Rat der Regionen, Regionalkonferenzen und Informationsbüros.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank.
Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Danke. Ich tendiere inzwischen dazu, falls wir ein Meinungsbild machen, mich trotz des Votums des Workshops gegen eine Stiftung oder überhaupt gegen eine zusätzliche Organisation, eine zusätzliche Struktur auszusprechen, weil ich inzwischen glaube, es ist nicht zu Ende gedacht.

Zum einen sind die Aufgaben tatsächlich nicht so klar. Wenn diese Stiftung - ich bleibe jetzt mal bei dem Wort „Stiftung“, weil es da steht, auch wenn es etwas anderes sein könnte - auch dazu da sein soll, einen Organisationsrahmen zu schaffen, damit das BfE seine inhaltliche Arbeit machen kann, dann vermischt sich da etwas völlig, finde ich. Es müsste eher umgekehrt sein: Das Organisatorische soll ja eher bei der Behörde sein. Zumindest habe ich es ursprünglich so verstanden. Ich glaube, wir sind uns - das ist zumindest mein Eindruck aus den Debattenbeiträgen - noch nicht darüber im Klaren, was diese Stiftung eigentlich ganz genau macht.

Grundsätzlich finde ich, wir müssen so viele Akteure für die Endlagersuche schaffen, wie wirklich nötig sind, aber bitte keinen, der nicht nötig ist. Eine Überfrachtung der Struktur hilft am

Ende niemandem. Man muss auch mal gucken, wo sich die Aufgaben überschneiden. Unter 6.2.2 - Stiftung - sind zum Beispiel zwei Aufgaben aufgeführt, die meiner Meinung nach woanders hingehören. Das eine ist die langfristige Perspektive der Stiftung. Das ist eigentlich Aufgabe des nationalen Begleitgremiums, das es auch noch geben muss, wenn das Endlager gebaut wird. Das ist eigentlich das übergeordnete Gremium, der Wächter, der schauen soll, ob diese Aufgaben entsprechend dem, was wir im Gesetz festlegen, entsprechend den Empfehlungen der Kommission und entsprechend dem, was aus der Öffentlichkeitsbeteiligung erwächst, tatsächlich auch gehandhabt werden.

Zum nächsten Abschnitt, wonach in dem leitenden Gremium der Stiftung Vertreter der Regionen oder Länder sein sollen, die von der Standortauswahl betroffen sind: Ja, das ist doch der Rat der Regionen. Wir schaffen Strukturen, wo sich ganz viel überschneidet, überlappt, wo Kompetenzen nicht mehr klar sind und wo Menschen in Doppelfunktionen geraten.

Zur Frage der Finanzierung, die vorhin angesprochen wurde, also von wem die Regionalkonferenzen und der Rat der Regionen ihr Geld bekommen: Auch wenn wir noch eine Institution in Form einer Stiftung haben - letztlich bekommen sie ihr Geld immer von demselben. Ob da jetzt zwei oder drei Übermittler drin sind - letztlich kommt es aus dem Bundeshaushalt. Ich finde, da brauchen wir keine großen Umwege, um tatsächlich die Unabhängigkeit derer, die das Geld empfangen, herzustellen. Das kann man einfach beschließen, dass die unabhängig sind, es gesetzlich so festlegen, und dann ist es auch so.

Vielleicht noch ein letzter Punkt. Mir ist in dem Schaubild von Anfang an ein bisschen aufgefallen, dass die Bürgerversammlungen auf der lin-

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

ken Seite stehen. Die Bürgerversammlungen erwecken für mich vom Wort her viel mehr als die Regionalkonferenzen den Eindruck, dass da wirklich jeder hingehen kann, den das interessiert, und mitreden kann. Das wäre für mich eigentlich ein originärer Bestandteil der Öffentlichkeitsbeteiligung, der Partizipation für jedermann und jede Frau. Das steht da jetzt links. Ich glaube, dass die Unstrukturiertheit, die einem da ins Gesicht springt, tatsächlich aus dieser Doppelstruktur entspringt, die nicht zu Ende gedacht ist.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Ich würde jetzt nach Herrn Miersch noch Herrn Sommer einschieben. Herr Sommer hat den Vorschlag bezüglich der Stiftung eingebracht. Dann soll er auch Gelegenheit haben, in der Runde noch etwas dazu zu sagen. Mein Vorschlag wird dann aber nicht sein, dass wir das jetzt abschließend diskutieren, sondern auch das mit aufnehmen, was gesagt wurde: Dass eine Diskussion über eine solche Organisationseinheit auch von der weiteren Diskussion abhängt. Ich möchte eine bestimmte Abschtimmung haben, dass wir dazwischen mal stoppmachen machen und sagen, das ist jetzt der momentane Meinungsstand. Der kann sich aber auch wieder ändern. Ich gebe auch noch einen Ausblick: Er kann sich auch noch einmal ändern, wenn ich mir überlege, wie der Rechtsschutz aussieht. Niemand von uns wird sicherlich sagen, dass das Bundesverwaltungsgericht einzeln die Arbeit der Regionalkonferenzen beurteilen soll. Auch da werden wir also noch mal Schleifen machen. Aber wir müssen einmal Zwischenergebnisse festhalten. Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ohne den Vorsitzenden in seiner Kompetenz beschneiden zu wollen, aber wenn man abschtimmt, kann man es, glaube ich, nur von unten. Jetzt haben wir von oben angefangen, und das ist das Problem.

Herr Kudla hat mich jetzt richtig wiedergegeben. Ich glaube, vieles löst sich auf, wenn wir uns einig sind, was zum Beispiel mit einer Regionalkonferenz passieren soll.

Herr Hagedorn, das, was Sie gesagt haben, macht mich dann wieder skeptisch, auch im Sinne von Herrn Fuder. Wenn Sie sagen, das Ganze soll als Mantel unter dem BfE liegen, dann wird doch sofort die Frage gestellt: Wo ist denn die Unabhängigkeit? Das Wort „Rechtsaufsicht“, das im Schaubild steht, kann ganz viel beinhalten. Wenn im Text „betreibt die Informationsplattform“ steht, stellt sich die Frage: Woher kommen die Informationen denn, von der Stiftung oder vom BfE? Wie unabhängig ist das denn alles? Da bekommen wir doch die gesamten Konflikte.

Deswegen könnte ich mir vorstellen, dass wir, wenn uns dieses Begleitgremium nicht ausreicht, neben dem Begleitgremium sogar noch etwas etablieren, was anzapfbar ist und ganz vom BfE weg ist. Das kann ich aber nur machen, wenn ich weiß, was vor Ort passieren soll.

Deswegen: Nur eine Stiftung als möglicherweise unabhängig darzustellen und da zwischenzulegen, halte ich augenblicklich eher für kontraproduktiv. Ich kann es aber nicht abschließend beantworten. Deswegen werde ich mich, wenn Sie jetzt ein Stimmungsbild herbeiführen wollen, enthalten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ceterum censeo: Inhaltsbefreite Strukturdiskussionen führen uns nicht zu Ergebnissen. Ich bin völlig bei Matthias Miersch. Ich bin tatsächlich Initiator einer Arbeitsgruppe gewesen, in der das erste Mal dieser Stiftungsgedanke formuliert wurde - vor allen Dingen von Herrn Fuder -, dem ich sehr viel abgewinnen kann. Aber in der Form, wie die Stiftung hier

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

verankert ist, ist sie in der Tat indiskutabel. Sie würde nicht einmal die Funktion erfüllen, wie Matthias Miersch gerade sehr deutlich herausgearbeitet hat, für Akzeptanz zu sorgen; denn diese Abhängigkeit wiederum vom BfE würde sie zum Erfüllungsgehilfen einer Behörde, der man in dem Konzept einen Generalverdacht zuschreibt, machen. Das würde insgesamt überhaupt nicht rund werden.

Ich plädiere deshalb entschieden dafür, diese Stiftungssache jetzt erst einmal komplett zu kasieren und zu fragen: Wie bekommen wir einen ordentlichen partizipativen Prozess hin? Dann müssen wir sehen, wer den verantworten muss, eventuell noch neben dem BfE oder auch nicht. Das nationale Begleitgremium ist ja gesetzt. Vielleicht reicht es da mit einer massiven Ausgestaltung, vielleicht auch nicht.

Es gibt trotzdem gute Argumente für eine Stiftung, auch im Sinne der Ewigkeitsfrage. Aber lassen Sie uns das zurückstellen. Wir können hier definitiv nicht weiterkommen, bevor der Partizipationsprozess nicht Gestalt angenommen hat.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hart, bitte.

MinDirig Peter Hart (BMUB): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte ganz kurz auf zwei Punkte eingehen. Das eine ist noch einmal kurz die Organisationsfrage, weil sie auch aus Sicht des Bundesumweltministeriums wirklich eine wesentliche Weichenstellung ist. Insofern ist es eigentlich ungewöhnlich, dass wir uns schon äußern, während Sie noch beraten. Aber der Punkt ist uns doch sehr wichtig.

Ich möchte noch einmal die Argumente aufgreifen, die wir beispielsweise auch von Frau Kottling-Uhl und Herrn Miersch gehört haben: Wir hätten durchgreifende Bedenken, den Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung, das Verwaltungsverfahren, auf zwei Träger zu verlagern, auf das

misstrauenswürdige BfE und eine vertrauenswürdige andere Institution. Dagegen hätten wir erhebliche fachliche Bedenken.

Es gibt auch einen rechtlichen Aspekt für Ihre weiteren Überlegungen. Wenn es das echte Verwaltungsverfahren ist, das Sie auf eine andere Stelle übertragen wollen, dann gibt es aus verfassungsrechtlichen Gründen Probleme, eine solche Stelle weisungsfrei auszugestalten, weil die Verwaltung im Prinzip immer einem Minister verantwortlich sein muss, der dem Parlament verantwortlich sein muss. So viel für Ihre Überlegungen zur Organisation.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich mit dem Folgen etwas spät komme, aber ich muss Sie gleich wieder verlassen. Deswegen schiebe ich das einfach dazwischen. Ich möchte noch kurz auf die Frage eingehen: Was sind, wie Sie es diskutiert haben, verwaltungsrechtliche oder formale Anforderungen? Was ist das darüber hinausgehende Programm? Nach dem Standortauswahlgesetz gibt es aufgrund europarechtlicher Vorgaben drei Etappen, wo ein formales Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben ist. Das ist zweimal eine strategische Umweltprüfung, jeweils vor den Gesetzen zur Festlegung der ober- und untertägigen Erkundungsstandorte. Das Dritte ist eine UVP vor dem Gesetz zur Festlegung des Standorts, das auch über standortbezogene Aspekte entscheiden soll und deswegen nicht nur einer SUP unterliegt, sondern auch einer UVP.

Die Verfahrensanforderungen, wie diese Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen ist - Auslegung von Unterlagen, Bekanntmachungen, bei UVP zwingend Durchführung von Erörterungsterminen -, sind nicht im Standortauswahlgesetz geregelt, sondern das Verfahren richtet sich nach dem UVP-Gesetz. Im Kern ist das, was Sie im

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Standortauswahlgesetz an Öffentlichkeitsbeteiligung haben, eigentlich jetzt schon ein Mehr, das wir modifizieren und noch weiter ergänzen.

Es erscheint aus meiner Sicht nicht sinnvoll, wenn Sie den Versuch unternehmen würden, im Standortauswahlgesetz abschließend alle Anforderungen der SUP und UVP zu regeln, weil Sie dann schon jetzt auf eine andere laufende Novellierung Rücksicht nehmen müssten. Es gibt eine neue UVP-Richtlinie, die Nuancen, die Verfahrensvorschriften, die die formalen Vorschriften für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen geändert hat und die dazu führt, dass das Bundesumweltministerium im Moment einen Gesetzentwurf zur Änderung des UVP-Gesetzes vorbereitet. Diese Verfahrensänderungen würden dann auch unmittelbar auf die Durchführung der formalen Schritte im Standortauswahlgesetz durchschlagen.

Es gibt eine Ausnahme, wo es einen Schritt im Standortauswahlverfahren gibt, der nach der Begründung des Standortauswahlgesetzes auch eine Funktion für die UVP hat, und das ist die Bürgerversammlung vor dem abschließenden Gesetz zur Standortfestlegung. Die hat nach dem jetzigen Recht auch die Funktion, den Erörterungstermin für diese Entscheidung darzustellen, im Sinne des UVP-Gesetzes. Aber auch da wären Sie letztlich in Ihren Überlegungen frei. Sie könnten dem auch eine andere Funktion zubilligen. Dann würde eben ein Erörterungstermin unmittelbar nach den Bestimmungen des UVP-Gesetzes durchgeführt.

Das Ganze war jetzt ziemlich viel auf einmal. Ich kann Ihnen zusichern, dass wir dazu noch eine schriftliche Ausarbeitung fertigen werden. Darum hatte die AG 2 auch gebeten. Diese Ausarbeitung werden wir spätestens Anfang des kommenden Monats vorlegen. Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Hart. Ich würde es noch einmal unterstreichen wollen, dass das kurzfristig vorgelegt wird, weil wir seit November darum gebeten haben, dass wir dazu etwas bekommen. Genau die Identifizierung, was Sie als Erörterungstermin einordnen und welche Bürgerversammlungen Sie wiederum freigeben würden, ist eine ganz entscheidende Fragestellung. Das ist das, was uns letztendlich bewegt, weil wir diesen Strang bislang nur am Rande behandelt haben.

Ich würde vorschlagen, dass wir über die Frage, ob wir ein Meinungsbild herstellen oder nicht, keine Diskussion eröffnen. Ich würde jetzt ein Meinungsbild herstellen wollen.

Ich hätte zwei Möglichkeiten; ich denke jetzt laut. Eine Möglichkeit wäre, zu sagen: Wer spricht sich eher für 2 aus? Wer spricht sich eher für 1 aus? Gibt es noch Überlegungen, 1,5 im Rennen zu halten? Das wäre aber wahrscheinlich, vorsichtig ausgedrückt, im Diskussionsstand schon zu differenziert aufgenommen. Ich würde deshalb nur die Meinung abfragen wollen, auch unter dem Eindruck dessen, was Herr Hart unter rechtlichen Aspekten ausgeführt hat.

Ich sage noch einmal: Ich sehe uns in einer Situation, in der wir absichten müssen. Aber selbstverständlich sind wir in der Lage, einen Rücksprung zu machen, wenn es sich aus der Erörterung der Kästchen ergibt. Ich nenne einmal ein Beispiel: Wer benennt die Mitglieder der Teilgebietskonferenz? Vielleicht ist das ein schlechtes Beispiel. Dann sage ich mal: Wer benennt die Mitglieder der Regionalkonferenz? Dann könnte es sein, dass einer Stiftung wieder eine Funktion anwächst, nämlich der Arbeitstitel „Unabhängig, ja oder nein?“.

Wir haben die Möglichkeit des Rücksprungs. Ich verteidige jetzt nur die Bitte, dass wir ein Mei-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

nungsbild herstellen, damit wir mal eine ungefähre Tendenz haben. Deshalb würde ich fragen wollen: Wer würde sich eher dahin orientieren, dass wir das Verfahren so strukturieren, dass die Gesamtverantwortung des BfE eindeutig zum Ausdruck kommt und dass eine unabhängige Instanz, die unter dem BfE oder neben dem BfE steht, nicht existiert? Damit würden wir zum Ausdruck bringen, wir wollen weder 2 noch 1,5. Wer ist dafür, dass die Grundstrukturierung wie folgt aussehen sollte: Dem einen Verfahren entspricht auch der eine Träger, und wir machen die Überlegungen eher in Richtung unter Rechtsaufsicht oder Verselbstständigung nicht? Wer ist für das Modell „stark BfE-getragen“?

Jörg Sommer: Herr Gaßner, Sie haben aber Herrn Miersch und mir schon zugehört, dass das gerade eine sehr sinnfreie Frage ist, die Sie stellen?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Wir können uns enthalten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich habe schon zugehört, ja. Wer ist für die Orientierung stark am BfE? Das wären momentan eindeutig drei. Wer würde dafür optieren, dass wir etwas suchen, was 1,5 oder 2 ist? 1,5 wäre die Überlegung, dass es ein Gremium gibt, das entweder ganz unabhängig ist oder das möglicherweise unter der Rechtsaufsicht des BfE steht. „Unter der Rechtsaufsicht“ ist ein Ausdruck dafür, dass ich der Rechtsaufsicht und nicht den Zweckmäßigkeitserwägungen unterliege. Das ist eine im Verwaltungsrecht gebräuchliche Organisationsform, in der es unmittelbare Weisungsverhältnisse nicht in Zweckmäßigkeitserwägungen gibt, sondern nur, wenn Rechtsverstöße vorliegen. Das ist also die Form, in der beispielsweise die Kommunalaufsicht über die Selbstverwaltung der Kommunen agiert, in der den Kommunen Freiheiten

eingräumt sind. Wenn die Kommunen aber gegen Rechte verstoßen, dann unterliegen sie der Aufsicht. Wenn die nachgeordnete Behörde einer Rechts- und Fachaufsicht unterliegt, dann ist jedes Schreiben, das der Übergeordnete an die Untergeordnete sendet, eine Weisung. Da ist es regelmäßig so.

Mir geht es nur darum, dass die Frage des Freiheitsgrades jetzt nicht im Vordergrund steht, sondern nur die Frage, ob wir überhaupt etwas haben wollen, was Freiheitsgrade hat. Wer ist dafür, dass es noch eine Struktur gibt, die bestimmte Freiheitsgrade unter oder neben dem BfE hat? Herr Fuder, Herr Ott und Herr Meister sind dafür. Wer würde sich enthalten wollen? Das ist die klare Mehrheit.

Das heißt, wir haben zu dieser Frage aktuell kein Meinungsbild, sondern wir haben einen Diskussionsstand, der durch die vielen Enthaltungen markiert, dass jetzt noch nicht der Zeitpunkt gegeben ist, zu einem Meinungsbild zu kommen. Wir werden also die weiteren Aufgabenstellungen, die sich in diesem Strang rechts stellen, durchdiskutieren, und im Verlauf dieser Diskussion werden wir dann erkennen können, ob es Sinn macht, diesen Punkt noch einmal aufzurufen, oder ob er in dem Sinn dann faktisch gelöst ist, weil die Bitte, etwas auf die Empfehlungsliste zu nehmen, momentan diesen Teil nicht auf der Empfehlungsliste hätte.

Ich würde vorschlagen, dass wir eine Pause machen, die vor 13 Uhr endet. Ist es realistisch, dass wir nur eine kurze Pause machen? Ich wäre für 15 Minuten? Wer ist dafür? Dann würde ich alle bitten, dass wir in 15 Minuten fortfahren, und bedanke mich erst mal.

(Unterbrechung 12.33 - 12.45 Uhr)

Tagesordnungspunkt 6 **Fortsetzung der Erörterung Bürgerbeteiligung** **nach StandAG**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Meine Damen und Herren, wir setzen fort, in der Hoffnung, dass die Schwingungen unserer Diskussion auch diejenigen erreichen, die noch nicht im Raum sind.

Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir mit den Aufgabenfeldern der regionalen Gremien im Sinne der Diskussion der Kästchen fortfahren, wiederum als Vorschlag, der von Herrn Kudla, von Herrn Miersch und von Herrn Thomauske kam, im Sinne von: Wer, wann, wie, und zu welcher Rechtsfolge? Mit der einzigen Maßgabe, dass wir noch vor Augen haben, dass wir den Einsatz der Gremien im Ablauf noch einmal gesondert in einer weiteren Darstellungsform finden.

Ich würde als Zweites vorschlagen, dass wir mit den Regionalkonferenzen beginnen, anschließend den Rat der Regionen erörtern und dann die Teilgebietskonferenz, mit dem einfachen Hintergedanken, dass es ein Grundverständnis gibt, dass die Konsolidierung unserer Diskussion auch in einer entsprechenden Abfolge erfolgt. Die Regionalkonferenzen sollte Herr Hagedorn bitte noch einmal kurz darstellen. Wir würden dann den Rat der Regionen erörtern und würden uns im Anschluss der Frage der Teilgebietskonferenz annehmen. Von mir dann der Vorschlag, das erst zu tun, wenn wir wiederum im Ablauf sind, weil es dann Sinn macht, dass wir da eine Überleitung finden und das nicht abstrakt diskutieren. Die Teilgebietskonferenz ist wiederum auf eine bestimmte Phase beschränkt.

Ich würde Herrn Hagedorn jetzt bitten, uns kurz in den Text zu den Regionalkonferenzen einzuführen. Dann können wir sehen, ob von der

Grundstruktur her - nicht vom Wording - Konsens besteht, sodass wir an diesen Aufgabenblock erst einmal einen Haken dranhängen können.

Hans Hagedorn (DEMOS): Der Absatz zu den Regionalkonferenzen auf Seite 11 befindet sich innerhalb des größeren Abschnitts „Regionale Gremien“, weil die natürlich eng zusammenhängen. Aber ich denke, der Aspekt der Regionalkonferenz ist der zentrale und vielleicht am ehesten konsensfähige.

Zentrale Aufgabe dieser Regionalkonferenzen ist es, die von der Auswahl betroffenen Einzelregionen zu vertreten. Dahinter steht der Gedanke, dass es nicht nur um Bürgerversammlungen geht, wo es immer vielstimmig ist, sondern dass den Regionen ein Instrument an die Hand gegeben werden muss, wo sie sich fachlich fundiert eine Meinung bilden können, wo sie sich artikulieren können und wo sie dem Anspruch der Augenhöhe ansatzweise entgegenkommen, dass man also nicht einem großen, fachlichen, staatlichen Apparat nur Einzelbürger gegenüberstellt, sondern ein qualifiziert arbeitendes Gremium.

Diese Regionalkonferenzen werden eingerichtet, sobald der entsprechende Vorschlag vom BfE veröffentlicht wird. Die Regionalkonferenzen arbeiten daran, wie ich gerade in meinem letzten Beitrag gesagt habe, in der Summe im Dialog mit den Behörden das Verfahren nachzuvollziehen, um überhaupt erst einmal den Stand zu erreichen, wie es dazu gekommen ist, dass dieser Vorschlag so vorliegt, wie er vorliegt, also das Stichwort „Kriterien“, aber „Anwendung der Kriterien“ zu diskutieren, und von diesem Plateau aus in die Details des Vorschlags hineinzugehen.

Sinn und Zweck der Regionalkonferenz in jeder Phase ist es, die Entscheidung, die am Ende der Phase ansteht - also den Meilenstein, der vom

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Bundestag beschlossen wird -, so weit in Zusammenarbeit mit dem BfE, der Vorhabenträgerin und den anderen Gremien zu qualifizieren und zu erarbeiten, dass dort eine fundierte Entscheidung möglich ist.

Die Regionalkonferenzen als Gremium sollen methodisch in einer Struktur von zwei bis drei Ringen aufgebaut sein. Das heißt, im inneren Kreis gibt es ein klassisches Gremium, wohin Vertreter entsandt werden, die nach dem jetzigen Konzept von den Kreistagen bzw. von den Räten der Gebietskörperschaften vorgeschlagen werden, die sehr kontinuierlich arbeiten und durch die Vergabe von Gutachten usw. eine sehr hohe inhaltliche Fachkompetenz erlangen.

Dieses Gremium, das sich regelmäßig trifft, soll sich auch in regelmäßigen Abständen erweitern durch eine erweiterte Regionalkonferenz treffen, wo interessierte Bürger, bürgerschaftliche Gruppen hinzukommen können. Sie können sich das ein bisschen so vorstellen: Die Kommission arbeitet im kleinen Kreis, hat aber in regelmäßigen Abständen größere Veranstaltungen wie zum Beispiel die Workshops der Regionen oder die Auftaktkonferenz im Sommer, wo sich das Gremium der Diskussion der breiteren Öffentlichkeit stellt, dabei einerseits informiert, andererseits aber auch immer Anregungen zurückbekommt.

Der dritte Ring wäre die Informationsplattform, wo das eben nicht nur in Präsenzveranstaltungen funktioniert, sondern wo kontinuierlich durch eine online-gestützte Informationsplattform noch weitere Kreise erreicht werden.

So weit in groben Zügen zu der Regionalkonferenz.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Besten Dank. Gibt es auf dieser Stufe Anmerkungen? Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Prinzipiell finde ich diese Ebene richtig. Allerdings fehlt mir jegliche Klarheit im Text. Punkt 1: Zusammensetzung. Wenn wir dem Bundestag und dem Bundesrat etwas vorschlagen, geht es nicht, dass wir irgendwie herumlavieren: „sollte berücksichtigt werden“, „Räte/Kreistage sollen entsenden“. Wer denn bitte? Das sind zwei unterschiedliche Gebietskörperschaften. Das muss schon klar sein. Wir werden das entscheiden können und der Bundesrat auch, wenn Sie es so hineinschreiben. Aber es ist einfach viel zu allgemein.

Dann heißt es, die Stiftung soll nach der Abgrenzung der räumlichen Betroffenheit entscheiden. Das wird ein spannender Diskurs. An der Stelle können wir uns schon schön zerlegen. Das ist aus meiner Sicht völliger Nonsens. Ich weiß auch nicht, wie es da hineinkommt. Das ist so fern der Praxis. Ich echauffiere mich jetzt ein bisschen, weil ich leider Kommunalpolitiker bin und das Ganze seit 25 Jahren mache. Wenn wir mit einem solchen Text herangehen, erklären die uns für verrückt. Na gut, ich bremsen mich jetzt.

Das Zweite: Die Aufgabe. Welche Kompetenzen sollen diese Regionalkonferenzen haben? Da steht drin, sie haben die Aufgabe, die Kriterien, die zur Auswahl der Regionen geführt haben, nachzuvollziehen. Was heißt das? Können die sagen: „Nein, finden wir nicht nachvollziehbar. BfE, leg was Neues vor.“, oder wie auch immer? Das muss definiert werden. Wenn die eine richtige Kraft und Macht haben, dann ist das ein Gremium, das unabhängig von der Stiftung sagen kann: „Ihr könnt uns mal. Das alles ist für uns nicht nachvollziehbar gewesen. Wir stoppen den Prozess jetzt.“ Wollen wir sie damit ausstatten? Ich wäre sogar dafür. Dann erledigt sich vieles an Misstrauen gegenüber den anderen Behörden etc. Aber dafür reichen diese Formulierungen leider in keiner Weise aus.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, ich kann das unterstreichen. Die Aufgabe muss definiert sein, und es muss auch eine Aufgabe sein, die tatsächlich schon Entscheidungsbefugnis hat. Sonst machen wir uns lächerlich.

Was jetzt zum ersten Mal passiert, ist, dass definiert wird, wie die gebildet werden. Da habe ich einen Dissens. Ich bin bisher immer davon ausgegangen - so habe ich unsere Debatten, soweit wir sie geführt haben verstanden; aber vielleicht habe ich es auch so verstanden, weil ich es mir so vorstelle; das will ich gerne zugestehen -, dass jeder sich beteiligen kann, der das möchte, im Unterschied zum Beispiel zu den Regionalkonferenzen, die wir in der Schweiz erlebt haben, wo wir in unserer Delegation doch eine weitgehende Kritik daran hatten, dass es Bürgermeister und sonstige Funktionsträger waren, vielleicht noch der Nachbar vom Bürgermeister, der als „ohne Funktion Öffentlichkeit“ - ich weiß den Fachbegriff gerade nicht mehr - bezeichnet wurde. Das fanden wir kritikwürdig und haben gesagt, wir wollen es so machen, dass sich wirklich jede Bürgerin und jeder Bürger, der das Bedürfnis hat, sich zu beteiligen, sich auch beteiligen kann.

Das findet jetzt in diesem zweiten Ring statt: „In regelmäßigen Abständen werden die Sitzungen des inneren Rings“, also der Funktionsträger, „um größere Veranstaltungen ergänzt, an der alle interessierten Bürger aus der Region teilnehmen können.“ Daraus schließe ich, die Entscheidungen, soweit Entscheidungsbefugnis da ist, fallen in dem inneren Ring, der von den Kreistagen und Räten benannt wird. Dabei sollen auch Vertreter bürgerschaftlicher Gruppen berücksichtigt werden. Mir persönlich ist das zu wenig. Ich verstehe das wirklich als eine Bürgervertretung nicht im Sinne von schon mal für andere Funktionen gewählte Vertreter, sondern das soll sich neu konstituieren, natürlich nicht fernab vom Kreistag usw. Die sollen da drin sein, aber die sollen das nicht beherrschen. Also nicht so, wie

jetzt der Workshop der Regionen lief, der nicht schlecht war - das will ich gar nicht mehr kritisieren -, der aber nicht ganz die Zielgruppe war, die wir ursprünglich meinten. Diese Zielgruppe darf hier nicht die Regionalkonferenz bilden. Ansonsten bekommen wir das, was wir eigentlich wollen, nämlich eine Akzeptanz in der breiten Bürgerschaft, nicht hin.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Mir liegt jetzt noch eine Reihe von Beiträgen vor. Ich werde natürlich noch alle zu Wort kommen lassen. Wir sollten überlegen, ob wir das noch mal untergliedern, weil es durchaus schon detaillierte Fragen sind. Ich deute das nur an. Nach den folgenden Rednern würde ich noch einmal die Frage aufwerfen, ob wir es etwas ausdifferenzieren, damit wir zum Beispiel die Frage der Zusammensetzung relativ bald fokussieren. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich hätte die Bitte, dass jeder Abschnitt, und zwar zum Rat der Regionen und zu den Regionalkonferenzen, Überschriften erhält, die da heißen: erstens Aufgabe, zweitens Besetzung, drittens Rechte, viertens Pflichten und fünftens Finanzierung. Das hatte ich eigentlich in der letzten Sitzung schon mal vorgeschlagen.

Punkt 1. Jeder Abschnitt muss so untergliedert werden, dass jeder Parlamentarier sofort sieht: Wie sollen Regionalkonferenzen finanziert werden? Wie sollen sie besetzt werden? Die Besetzung muss klar geregelt werden. Da muss hier mal einer einen Vorschlag machen, und dann müssen wir diskutieren. Wir müssen sagen, wie viel Prozent freie Bürger hineinkommen und wie viel Prozent aus Kreisträten oder sonstigen Vereinen aufgenommen werden sollen. Wir müssen auch eine ungefähre Größenordnung für die Besetzung der Regionalkonferenz angeben.

Punkt 2. Wer ist überhaupt in der Regionalkonferenz? Dazu ist es notwendig, dass wir uns auf eine Definition der Regionen einigen. Ich habe dazu einen Vorschlag in dem Papier gemacht, welche Landkreise dazugehören sollen. Diesen Vorschlag muss man einfach mal diskutieren. Es ist für mich ein pragmatischer Vorschlag, aber man muss ihn diskutieren und hier mal ansprechen. Deshalb die Bitte an Sie, Herr Gaßner, dass er möglichst bald einmal angesprochen wird.

Punkt 3. Herr Miersch hat gerade angesprochen, welche Rechte die Regionalkonferenzen haben sollen. Auch dazu haben sich zumindest drei Personen schon intensiv ausgetauscht, nämlich Herr Sommer, Herr Jäger und ich. Mit diesem Thema haben wir teilweise unsere Weihnachtszeit verbracht und haben dazu auch ein Papier vorgelegt. Dieses Papier möchte ich dringend empfehlen, weil darin genau das schon mal aufgeschrieben steht. Immerhin haben sich drei aus der AG 1 schon mal auf dieses Papier geeinigt.

Herr Sommer, vielleicht können Sie die Nummer der Drucksache sagen. Das ist als AG 1-Drucksache von Herrn Jäger hier eingeführt worden. Diese Drucksache enthält mehrere Diagramme, wo mit Pfeilen dargestellt ist, wie die Beziehungen zwischen BfE, Regionalkonferenzen und einem eventuell vorhandenen Beteiligungsträger sind. Ich bitte darum, dass wir dieses Papier hier entweder einmal diskutieren oder dass es in den Bericht von DEMOS aufgenommen wird, damit man es wenigstens einmal im Rahmen der allgemeinen Berichtsdiskussion diskutiert.

Ich glaube, dass wir dann relativ schnell zum Ziel kommen, gerade was die Nachprüf-, Informations- und Prüfrechte angeht. Darauf haben sich immerhin schon mal drei unterschiedliche Akteure geeinigt. Vielen Dank.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Eine ganze Anzahl wichtiger Aspekte ist genannt worden. Ich möchte zwei konkrete Anmerkungen machen, zum einen zum Thema der Aufgaben. Dass die Regionalkonferenzen lernen müssen, ist doch selbstverständlich. Zu fordern, dass sie irgendetwas inhaltlich nachvollziehen sollen: ich, kann nicht verstehen, warum man das hier hineinformuliert. Wichtig ist letztlich, dass sie auch die Aufgabe haben, die Auswahlentscheidungen zu begleiten und zu überprüfen. Es geht ja um die Entscheidungen.

Das gehört auch zum zweiten Absatz, wonach die Aufgabe darin besteht, eventuell auftretende Mängel im Verfahren zu benennen. Nur im Verfahren? Oder nicht vielleicht auch in Bezug auf die Entscheidungsvorschläge, die in der jeweiligen Phase vorliegen? Das müsste auf jeden Fall hinzugefügt werden: „im Verfahren und in den Entscheidungsvorschlägen“. Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn (DEMOS): Nur eine methodische Anmerkung: Wir sind wirklich sehr daran interessiert, alles aus den Sitzungen herauszusaugen, was wir irgendwie in Papierform gießen können. Es gibt aber einfach sehr viele Unstimmigkeiten. Wenn im Papier bestimmte Sachen noch weich ausgedrückt werden, dann bitte ich darum, zu verstehen, dass das kein Unvermögen von Frau Simic und mir ist, sondern dass diese Härte einfach nicht vorhanden ist und dass wir uns in einer Situation befinden, wo wir quasi in Phase 1a oder 1b des Standortauswahlverfahrens sind, wo es gerade mal völlig unscharfe Teilgebiete gibt und wo wir jetzt langsam abschichten.

Wenn Sie eine konkrete Anweisung haben, wie wir das hineinschreiben sollen - sehr gerne. Aber eine größere Schärfe als das, was hier steht - bisher hat mir noch niemand gezeigt, was hier kon-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

sensfähig ist. Ich bitte wirklich darum, wenn jemand Alternativvorschläge macht oder eine stärkere Konkretisierung fordert, dann auch gleich einen Vorschlag mitzuliefern, der konsensfähig hineingeschrieben werden kann. Sonst können wir unsere Arbeit einfach nicht machen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde gerne insoweit eine Anmerkung machen, als durch diesen relativ kurzen Text, der jetzt sehr kurzfristig vorgelegt wurde, zumindest dieser Ansatz aus dem Kudla-Jäger-Sommer-Papier, dass es dreimal das Nachprüfungsrecht gibt, nur verbal abweicht, weil es nicht „Interventionsrecht“, sondern „Nachprüfungsrecht“ genannt wird. Von daher ist das auf jeden Fall ein Teil, der aufgenommen ist.

Was die Abgrenzung der Regionalstruktur angeht, möchte ich sagen, Herr Kudla, dass dieses Papier seinen Schwerpunkt natürlich in der Teilgebietskonferenz hat und dass wir es deshalb momentan nicht aufgerufen haben. Aber es ist natürlich notwendig, sich darüber zu verständigen. Ich glaube, die Formulierung „die Betroffenenkreise plus Puffer“ ist eine Formulierung, die hier zwar mit dem Wort „Puffer“ noch keine Verwendung gefunden hat, die aber grundsätzlich schon andiskutiert wurde. In dem Papier ist noch mehr drin, aber es ist nicht so, dass das Papier nicht schon auf der Abstraktionsebene, auf der wir uns bewegen, teilweise mit eingeflochten ist.

Ich würde sagen, die Aufgabe des Nachvollziehens von Herrn Fox ist nicht pädagogisch zu verstehen, sondern war immer ein bisschen der Gegenbegriff dazu, dass der Standortauswahlprozess in der Anwendung der Kriterien als fair und gerecht empfunden werden soll im Nachvollziehen des Vorgehens - mit allen kritischen Implikationen - und eben nicht mehr selbst die Kriterien zum Gegenstand hat. Das ist jetzt teilweise tatsächlich schon prozesshafte Kurzsprache, wo

Ihr Hinweis dann auch deutlich hilft, zu sagen, natürlich ist das Wort „nachvollziehen“ an sich eher ein pädagogischer Begriff. Es sollte hier eher ein Abgrenzungsbegriff sein. Herr Ott, bitte.

Erhard Ott: Wir führen die Diskussion ja nicht im luftleeren Raum, nachdem wir uns in einer Reihe von Workshops sowie Exkursionen mit unterschiedlichsten Vorschlägen und Überlegungen auseinandergesetzt haben. Ich nehme als Beispiel einmal die Frage der Zusammensetzung der Regionalkonferenzen. Aus meiner Sicht ist es zwingend und nicht nur im Ermessen der Kreistage - oder wer auch immer benennt -, dass, wie es hier heißt, bürgerschaftliche Gruppen - wir reden eigentlich von gesellschaftlichen Gruppen - in den Regionalkonferenzen vertreten werden.

Soweit ich es in Erinnerung habe, war es im Workshop Junge Erwachsene und in den Diskussionen in den Regionalworkshops Thema, dass es auch die Möglichkeit geben soll, dass in den Regionalkonferenzen eine gewisse Anzahl von Zufallsbürgern, wie es genannt wurde, vertreten sein können, um das Anliegen, die freie Mitarbeit in den Regionalkonferenzen zu ermöglichen, tatsächlich auf den Weg zu bringen. Es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, diese Vorschläge bzw. Anregungen nicht allgemein zu verkleistern, sondern nebeneinander zu stellen und zu sagen: Das müssen wir in der Arbeitsgruppe bzw. anschließend in der Kommission entscheiden. - Ich glaube, dann wären wir deutliche Schritte weiter, auch dem Anliegen entsprechend aus den Workshops Anregungen, Vorschläge und Ideen, die dort eingebracht werden, in der Arbeitsgruppe mit zu verarbeiten und es nach außen gegenüber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Workshops entsprechend transparent zu machen. Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Hagedorn, zunächst möchte ich Ihnen dezidiert widersprechen, dass es der richtige Weg wäre, wenn Sie sagen, dass

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Sie keine andere Chance haben, als es auf eine Abstraktionsebene zu bringen, die Abstand nimmt von den unterschiedlichsten Vorstellungen bzw. die offenen Punkte umschiffen. Damit kommen wir überhaupt nicht weiter.

Ich möchte eine gewisse persönliche Enttäuschung zum Ausdruck bringen, ohne dass das bitte missverstanden wird. Mir geht es nicht um Autorenschaft oder darum, wer hier welchen Beitrag geleistet hat. Aber wenn sich drei Akteure die Mühe gemacht haben, zu einem bestimmten Thema die Dinge mal zu konkretisieren, und es auch zur Verfügung gestellt haben, dann hätte ich erwartet, dass man sich als Erstes damit mal auseinandersetzt und sagt: Jawohl, das kann man jetzt mal diskutieren. Möglicherweise gibt es noch Alternativvorschläge, und wir reden konkret über diesen Vorschlag. Dieser Vorschlag war sehr präzise - jedenfalls war das die Intention - auf die Frage gerichtet: Welche Rechte sollen denn die zu Beteiligten haben, und welche Wirkung entfaltet das auf den Prozess?

Ich finde, das waren fundamentale Fragen bei der Gestaltung des Beteiligungsprozesses. Hätten wir das mal überarbeitet, wären wir sicherlich zu dem Punkt gekommen, dass wir einige Dinge noch zurückstellen müssen, nämlich zum Beispiel: Wer ist der Träger des Beteiligungsprozesses? Das ist hier offengehalten. Aber wir wären jetzt bei der Frage der Regionalkonferenzen relativ zügig zu der Antwort gekommen: Was hat die Regionalkonferenz an Aufgaben, und was hat sie an Kompetenzen? Was soll sie machen? Welche Möglichkeiten hat sie im Rahmen des Prozesses? Das steht hier explizit und detailliert drin. Sie haben wieder etwas anderes daraus gemacht. Sie haben zum Beispiel den Rat der Regionen die Definition machen lassen, welche Nachprüfung denn tatsächlich passiert. Das ist aus meiner Sicht nicht zu Ende gedacht. Das steht in Ihrem Papier so drin. Vielleicht habe ich es aber auch missverstanden. Die Zeit war knapp.

Darum geht es mir jetzt aber primär nicht, sondern mit dem Blick nach vorne sollten wir jetzt wirklich Themen, Probleme und Aufgaben identifizieren und versuchen, sie zu lösen. Ich würde den Vorschlag von Herrn Kudla aufgreifen und sagen, wenn wir uns jetzt richtigerweise Regionalkonferenzen als ein Thema vorgenommen haben, dann sollten wir die Regionalkonferenz durchdeklinieren mit den folgenden Stichworten bzw. Einzelpunkten: Welche Aufgabe soll sie haben? Wie ist sie zusammengesetzt? Wer setzt sie zusammen? Wir sollten festhalten, was wir heute schon an Vorstellungen auf dem Tisch haben und was wir noch diskutieren müssen.

Insofern, Herr Gaßner, würde ich den Vorschlag machen, dass wir die weitere Diskussion vielleicht insofern absichten, als dass Sie das einmal aufrufen und sagen: „Jetzt reden wir über die Aufgabe und versuchen mal, das, was wir dazu bisher auf dem Tisch haben, hier zusammenzubringen und einen Konsens hinzubekommen.“

Dann kommen wir zu der nächsten Aufgabe: Wie soll die Regionalkonferenz zusammengesetzt werden? Da stellen wir fest, dazu haben wir noch keinen Vorschlag. Wir können aber möglicherweise mal in die Schweiz gucken und können aus unseren Beteiligungsformaten mal ein paar Ideen sammeln und sagen, dass wir bis zum nächsten Mal daraus einen konkreten Vorschlag machen. In dieser Reihenfolge sollten wir da herangehen.

Meine Empfehlung wäre wirklich, dass wir jetzt keine Generaldebatten zur Regionalkonferenz führen und das in der Folge für die anderen Gremien auch machen, sondern dass wir uns an dieser Struktur sukzessive abarbeiten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich habe das Papier vor mir. Ich kenne das Papier. Ich weiß auch darum, dass die Struktur mit den Pfeilen usw. in nicht unwesentlichen Stellen Probleme aufwirft,

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

die wir heute lösen wollen. Von daher ist es völlig klar. Ich kenne auch den Text zum Interventionsrecht.

Ich sage noch einmal: Ich bin nicht der Autor dieses Papiers, nicht dass es missverstanden wird. Aber wo Herr Hagedorn letztendlich irgendwo in der Spur dessen ist, was wir gemeinsam diskutiert haben, sollten wir das auch markieren.

Die Formulierung des Interventionsrechts ist nur stilistisch anders als die Formulierung des Nachprüfungsrechts. Dort heißt es: „Die Einordnung des Nachprüfungsrechts mit seinem Ziel der Gestaltung eines partizipativen, zielorientierten Suchverfahrens mit umfassenden Einflussmöglichkeiten der Beteiligten, welche alle vier Dimensionen gelingender Beteiligung“ - Fußnote Sommer - „fördert, sodass sich das Risiko von Abbruch und nachhaltiger Verzögerung des Prozesses durch Konfliktlösung senkt.“ (Zitat nicht geprüft) Ich glaube, dass dieses Ziel an verschiedenen Stellen beschreibbar ist, uns aber qualitativ nicht nach vorne bringt, ob man das jetzt so oder so formuliert.

Dann steht hier: „Wann möglich, Vorschlag für übertägige Erkundung, Vorschlag für untertägige Erkundung und Standortvorschlag für BfE?“ (Zitat nicht geprüft). Das hat das Papier Hagedorn eins zu eins abgebildet. Die Nachprüfungsrechte haben nur einen anderen Namen, sind aber dreimal genannt.

Dann ist ein Missverständnis entstanden. Das ist jetzt ein Vorgriff. Ich kann Ihnen immer nur Vorschläge machen, wie wir diskutieren. In den Phasen wird dann deutlich, das Nachprüfungsrecht ist momentan so gedacht, dass es, wie in dem Papier vorgeschlagen, von der Regionalkonferenz wahrgenommen wird. Der nächste Schritt: Es wird von Regionalkonferenzen vorgenommen.

Dann war die Überlegung - die ist jetzt tatsächlich neu zu diskutieren; jetzt bin ich unsystematisch, aber um Ihre Verärgerung eine Nuance zurückzunehmen -, ob es denn, wenn sechs Regionalkonferenzen sechs unterschiedliche Nachprüfungsaufträge auslösen könnten - nach dem Papier Sommer/Kudla/Jäger und der Diskussion Meister/Sommer -, als Vorschlag zwei Konsequenzen haben könnte. Die eine Konsequenz ist: Auch der Rat der Regionen sollte das auslösen können. Das Zweite ist: Wenn der Rat der Regionen es auch könnte, hat er vielleicht die Möglichkeit aus den Nachprüfungsanträgen noch etwas herauszusaugen, ohne die Autorität zu bekommen, die Nachprüfungsaufträge der einzelnen Regionen zu verändern. Daran machten Sie gerade Ihre Verärgerung fest. Die würde ich ein Stück zurücknehmen wollen.

Ich sage noch einmal: Zwei Schritte. Der erste Schritt ist: Macht es Sinn, dass der Rat der Regionen ein Stück weit noch einmal die Substanz herauszieht, aber dann als eigene Stellungnahme, als eigenes Nachprüfungsrecht, ohne die Regionalkonferenzen overrulen zu dürfen? Die zweite Übersetzung haben wir tatsächlich noch nie diskutiert, weil wir so tief und fein noch nicht waren: Sollte neben den sechs Regionalkonferenzen nicht auch der Rat der Regionen ein Nachprüfungsrecht haben? In diesem Sinne erweitert dieser Vorschlag den Vorschlag Kudla/Sommer/Jäger und negiert ihn nicht.

Das war jetzt noch mal diskussionsleitend.

Ich würde Sie fragen wollen, ob wir in der Abfolge, die von Herrn Kudla als Diskussionsstruktur vorgeschlagen worden ist, mit den Aufgaben beginnen wollen, weil sich die Aufgaben eher aus der Phasenbetrachtung ergeben, und dass wir deshalb jetzt auf dieser Stufe, um nicht unterbrechen zu müssen, die Frage der Besetzung, die Frage der Rechte, nach meinem Beitrag auch noch mal die Frage der Pflichten - ich weiß noch

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

nicht hundertprozentig, was Sie darunter verstehen - und die Frage der Finanzen ansprechen. Wenn ich das Kopfnicken so nehme, dann würde ich mit der Besetzung einsteigen wollen und würde jetzt die Rednerliste zur Besetzung mit folgendem Hinweis eröffnen:

Es gibt eine Überlegung, die stark kommunalrechtlich geprägt ist. Der Workshop Regionen, der richtigerweise relativ stark als Vertreter von Regionen charakterisiert wird, hat ein Verständnis gehabt, dass sich die Regionalkonferenz in einer starken Anlehnung - ich sage es mal sehr vorsichtig - an die Kommunalgremien bildet. Oder sagen wir es weniger umschreibend: Wer in der Regionalkonferenz ist, wird vom Kreistag gewählt. Matthias Miersch hat gerade relativ heftig gesagt, es muss klar sein, und Herr Hagedorn sagt, es ist gar nichts klar. Da muss man jetzt relativ schnell wieder das Lot finden.

Würden wir es so ausgestalten, dass das Standortauswahlgesetz den Kreistagen das Vorschlags- und Benennungsrecht für das Standortauswahlgesetz zubilligt, hätten wir zwei Probleme. Erstens: Wollen wir wirklich ausschließlich die Kreistage? Da ist der Vorschlag von Herrn Hagedorn momentan ein starkes Prä: Ja, allerdings wiederum mit der Organisationseinheit Stiftung als Einladende. Wenn ich die Organisationseinheit Stiftung als Einladende herausnehme, was wir deshalb machen, weil wir es vor zwei Stunden erst einmal so abgeschichtet haben, brauchen wir jemand anderen, der einlädt. Wenn der Einladende das BfE wäre, müssen wir jedenfalls Obacht geben, dass die Kreistage nicht in einer Weise in unsere Diskussion eingebunden werden, dass wir Kommunalrecht schaffen. Wir können jetzt nicht Kommunalrecht schaffen, denn der Bund kann schlecht bestimmen, wie Kreistage zu agieren haben. Deshalb sollte das eine Nuance weicher sein. Es sollte ein bisschen weicher sein, aber ist das aus den Regionen aufgehängt? Wenn ich das so leidenschaftlich sage,

heißt es noch nicht, dass es meine Meinung ist. Ich stelle nur dar, wo es herkommt.

Der Workshop der Regionen hat ein klares Verständnis gehabt: Es geht durch den Filter des Kreistags, und deshalb ist dort noch mal gesagt worden: „Dann müssen wir denen aber ins Stammbuch schreiben, dass sie nicht nur Funktionäre benennen.“ Daher kommt das, was Matthias Miersch zu Recht ein Stück weit kritisiert. Nicht alles, was durch Gremien geht, ist schlecht, aber selbst dort war das Verständnis gewesen, es muss irgendwie plural sein. Das Weitere, wie dieses Plurale sein soll, hat Herr Hagedorn deshalb noch nicht aufgeschrieben, weil wir ihm noch nicht gesagt haben, in welche Richtung wir denken.

Wir brauchen also, wenn wir jetzt weiterdenken, eine Struktur der Benennung. Oder wir haben den Vorschlag von Frau Kottling-Uhl, der dahin gehen würde, dass sich dieses Gremium selbst findet und dass sich in dieser Selbstfindung dieses Gremiums dann Strukturen herausbilden, die große Freiheitsgrade haben.

Wir müssen jetzt schlicht und einfach die nächsten 20 Minuten diskutieren: Wie ist die Regionalkonferenz zusammengesetzt? Wie wird diese Zusammensetzung institutionell gewährleistet? Ist es ein selbstorganisierender Prozess? Lädt der Kreistag ein, und alle, die da sind, können sich dort letztendlich tummeln? Allerdings schon mit dem Hintergedanken, dass wir als nächsten Punkt die Rechte besprechen, wo wir dieser Regionalkonferenz durchaus auch Rechte zubilligen wollen, und zwar finanzieller Art bzw. in Bezug auf die Beteiligung, also Einsichtsrechte, Zitierrechte, wo also das BfE oder der Vorhabenträger auch mal antanzen müssen - ganz freundlich gemeint -, dass da also ein Dialog notwendig ist.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Diese Regionalkonferenz soll durchaus Rechte haben. Das ist jetzt wieder mein Verständnis, und dann höre ich auch auf: Mein Verständnis ist, dass es jetzt aber nicht für jede Regionalkonferenz auf den Prozentsatz genau vorbestimmt wird, denn in der einen Struktur ist vielleicht die Kirche ein Stück weit involviert, während die Kirche in einer anderen Region vielleicht gar keine Rolle spielt usw. Sie haben gesagt, wir müssen 30/70 machen oder 45/65. Das wäre eine starke Einschränkung der Regionalen.

Gut, das waren jetzt viele Beiträge. Also bitte: Wer hat eine Meinung: Wie wird besetzt, und wie wird die Besetzung geregelt? Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Punkt 1: Dass dieser Workshop der Regionen, der hauptsächlich aus Funktionsträgern aus Landkreisen und Landräten bestand, der Meinung ist, dass es am besten so bleiben soll, ist ja jetzt nicht sehr verwunderlich. Wir müssen schon aufpassen, dass wir nicht dadurch Strukturen schaffen, dass wir jetzt eine bestimmte Form von Workshop hatten, die hier so auch nicht beschlossen war, sondern die sich aufgrund des Auslagerns der Entscheidungen, wie das gemacht wird, ebenso ergeben hat. Das darf jetzt nicht stilbildend dafür sein, wie wir die Öffentlichkeitsbeteiligung in diesem Verfahren festlegen.

Dann mein Wunsch, den Herr Gaßner gerade noch einmal skizziert hat: Niemanden von der Beteiligung auszuschließen, hat nichts mit Selbstfindung zu tun, Entschuldigung. Das heißt nicht, dass es ein strukturloser Chaoshaufen ist. Da hätte man sich in der Anhörung der Großprojekte dann mal mit dem Partizipationsverfahren Triplex befassen sollen. Das beschreibt nämlich genau das, was ich meine. Das ist ein Verfahren, wo niemand ausgeschlossen wird, das eine klare Struktur hat und das auch einen klaren Weg aufzeigt, wie man zu Ergebnissen kommt.

Ich hätte nichts dagegen, das in dieser ersten Phase, in der Phase Ib, wo sich die Regionalkonferenzen schon ein erstes Mal zusammenfinden sollen, durch die Kreistage oder Kreisträte in irgendeiner Weise berufen zu lassen. Später allerdings - in den Phasen II und III - hätte ich schon etwas dagegen.

Dann haben wir natürlich das Problem: Wir haben bereits installierte Regionalkonferenzen - auch in den Regionen, die dann in die nächste Phase gehen -, und wie tauscht man die dann aus? Es ist nicht wirklich vorstellbar, dass man sagt: „Okay, ihr wart jetzt in der ersten Phase dabei, alle durch Kreistag berufen, aber jetzt geht bitte. Jetzt öffnen wir das für die breite Beteiligung.“ Also muss man irgendein Konstrukt wählen, das sich durch diese unterschiedlichen Phasen durchziehen kann.

Meine Vorstellung wäre, um diese erste Regionalkonferenz zusammenzubekommen - da habe ich eigentlich das Wort „Bürgerversammlung“ passend gefunden -, zu einer Bürgerversammlung einzuberufen und dort darzustellen: Um was geht es? Was fängt jetzt an? Wer hat ein Interesse, sich zu beteiligen? Anhand dieser Größe - das muss natürlich eine Zeitlang offen bleiben; es kann nicht sein, dass man sich beim ersten Mal melden muss, Finger heben, und wenn man das nicht getan hat, ist man ausgeschlossen - muss man dann schauen: Wie strukturiert man das? Wenn in dieser Region 200 oder 300 Menschen sind, was dann zu viel ist, um in dem Gremium zu arbeiten, wie strukturiert man das? Auch dazu verweise ich auch noch mal auf das Triplex-Verfahren, das das gut beschreibt. Das ist alles machbar.

Ganz klar: Mit einer sauberen Struktur, nicht chaotisch, aber noch einmal mein Plädoyer dafür, niemanden davon auszuschließen. Wir bekommen sonst im Laufe des Verfahrens genau

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

mit denjenigen Probleme, die keine Chance hatten, in einer solchen Konferenz Mitglied zu sein, sondern sich nur ab und zu mal bei einer erweiterten Sitzung beteiligen konnten. Mit genau denen bekommen wir dann die Probleme, weil sie das Verfahren nicht akzeptieren werden. Wenn wir das von vornherein vermeiden wollen, müssen wir jedem und jeder die Möglichkeit eröffnen, sich zu beteiligen, und zwar nicht, indem sie irgendwann mal irgendwo hingehen, wo öffentlich eingeladen wird, sondern aktiv in dieser Regionalkonferenz.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank.
Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich denke, es wäre durchaus überlegenswert, dort Anleihen zu nehmen, wo so etwas schon einmal gemacht worden ist, ohne es eins zu eins zu übernehmen. Frau Kotting-Uhl, Sie haben es angesprochen: In der Schweiz. Das ist sicherlich nicht optimal gelaufen, aber es gibt doch durchaus gute Erfahrungen.

Ich habe es so verstanden - das wäre auch mein grundsätzlicher Vorschlag -, dass der Träger des Beteiligungsprozesses, der noch zu nominieren ist, mit einem Startteam, das dann sicherlich aus den Kommunalstrukturen kommen muss, die Regionalkonferenz bildet - das ist sozusagen die Entstehung -, und dass man dann einen gewissen Rahmen vorgibt, wie denn die Zusammensetzung aussieht.

In der Schweiz ist es so, dass etwa 30 bis 50 Prozent der Mitglieder aus Vertretern der Gemeindebehörden bestehen sollen und 30 bis 50 Mitglieder wiederum von organisierten Interessenvertretern kommen sollen, wobei es sicherlich schwierig ist, das dann, in der Region angepasst, einigermaßen ausgewogen hinzubekommen. Da ist viel Gestaltungsspielraum je Regionalkonferenz. 10 bis 30 Prozent der Mitglieder sollen Vertreter

der Bevölkerung sein, also offene Einladungen. Das hielte ich für praktikable Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass dieser Prozess gehandhabt werden kann. Das heißt, es werden Akteure nominiert, die die Entstehung der Regionalkonferenzen tatsächlich sicherstellen können, und auch eine Zusammensetzung, die so pluralistisch und so offen ist, dass jeder die Chance hat, da mitzumachen.

Das vielleicht als einfacher Aufschlag. Damit würden zum Beispiel schon die Wünsche, die in den Foren artikuliert worden sind, durchaus berücksichtigt werden. Vielen Dank.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Marchand, bitte.

Cécile Marchand: Wir hatten auch besprochen, dass es gut ist, dass jedermann mitmachen kann, wenn er das möchte. Entscheidend ist aber auch, dass die Vertreter der allgemeinen Bevölkerung befähigt werden. Es reicht nicht, zu sagen, das Gremium ist pluralistisch besetzt, sondern wir müssen auch festlegen: Wie arbeiten sie zusammen? Wie erreichen wir die Bürger, die sich beteiligen wollen, mit ausreichender Information und Unterstützung?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank.
Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ich finde das, was Sylvia Kotting-Uhl gesagt hat, sehr wichtig. Uns ist in der Tat die Triplex-Methode vorgestellt worden, und wir haben sie hinterfragen können. Ich finde das deshalb sehr zentral. Wir werden es in diesem Prozess und auch am Ende, wenn ein hohes Konfliktpotenzial in einer Region da sein wird, mit zwei Arten von kritischen Kräften zu tun haben: Wir haben es mit kritischen Kräften zu tun, die sich von Anfang an diesem Prozess verweigert haben, aus mehr oder weniger gutem Grund, aufgrund von Erfahrungen etc. Das erleben wir ja

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

auch hier in der Kommission. Und wir können es mit kritischen Kräften zu tun haben, die sich an diesem Prozess beteiligen wollten und es nicht konnten.

Wir sind sehr gut beraten, die Gruppe, die ich zuerst genannt habe, zu akzeptieren und der zweiten Gruppe Angebote zu machen und sie nicht zusätzlich noch aus diesem Prozess auszuschließen, weil dann am Ende wieder ein Potenzial an Konflikten auftritt, mit dem sehr schwer umzugehen sein wird.

Deshalb denke ich, dass der Begriff der Beteiligungsbereitschaft aus dem AkEnd heraus, der da allerdings ein bisschen anders besetzt war, uns noch einmal eine Diskussion wert sein sollte. Das heißt: Wollen wir tatsächlich, unabhängig von dem Ziel, eine bestimmte Quotierung zu erreichen - da bin ich im Grunde genommen auch bei Ihnen; das kann zum Beispiel das Triplex-Konzept durchaus abbilden -, wann immer es uns möglich ist, nicht jedem, der beteiligungsbereit ist, auch eine Beteiligungsoption geben? Sollte das nicht eine Maßgabe unserer Bemühungen sein? Vielleicht gelingt es uns, dazu einen grundsätzlichen Konsens herzustellen. Dann können wir bei den Einzelfaktoren wie bei den ersten Regionalkonferenzen schauen: Wie können wir das umsetzen? Ich plädiere dafür, dazu - wenn überhaupt - ein Meinungsbild zusammenzustellen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Wir könnten hier sicher diskutieren, wie die Regionalkonferenzen zusammengesetzt sein werden. Ich empfehle aber jedem, dazu mal in die Schweizer Richtlinien hineinzuschauen. Dort hat das BfE zu den Regionalkonferenzen Richtlinien herausgegeben; Herr Jäger hat es teilweise schon diskutiert. Ich

werde sie nochmals heraussuchen und als Kommissionsmaterial einstellen lassen. Wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden.

Wie kommen wir weiter? Ich glaube, wir können lange diskutieren, ob 30 Prozent Bürger mit dazukommen sollen oder ob es eher 40 oder 50 Prozent sein werden. Um einen Vorschlag zu erarbeiten, hielte ich es für sinnvoll, dass vielleicht drei Mitglieder der AG 1 bis zur nächsten Sitzung einen Vorschlag ausarbeiten und ihn auch begründen und vorstellen. Die drei sollten möglichst pluralistisch zusammengesetzt sein. Der Vorschlag muss aber dann bis zur nächsten Sitzung am 11. Februar 2016 vorliegen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Das ist jetzt kein abschließender Vorschlag. Wir haben ja nicht nur den Gesichtspunkt, dass wir eine Offenheit brauchen, dass also möglichst jeder, der sich beteiligen will, das auch kann, sondern wir wollen dieses Gremium auch mit bestimmten Rechten ausstatten. Dafür brauche ich dann tatsächlich auch eine Legitimation. Ich finde, das sollte man nicht vergessen. Sonst wird es nachher nicht funktionieren. Deshalb: Wenn es nur funktioniert, wenn ich es über die Kreistage oder Ähnliches mache, dann lieber so, als dass ich auf die verbindlichen Rechte verzichte.

Wir brauchen außerdem Kontinuität. Ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Wie man das gewährleisten kann, in welchem Rhythmus, muss vielleicht auch noch mal neu bestimmt werden, weil bestimmte Leute ausscheiden oder Ähnliches.

Außerdem brauchen wir Offenheit. Ich glaube, das ist tatsächlich zentral. Wenn es so läuft, dass wir eine Gruppe definieren, und die ist dann die Regionalkonferenz, und die anderen lesen nur

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

noch in der Zeitung, was da passiert ist, das kann es nicht sein. Es ist im Moment in dem Text mit diesen Ringen noch relativ offen beschrieben, aber das Ziel ist klar. Ich glaube, da muss man noch ein bisschen nachjustieren, damit es auf der einen Seite eine Gruppe gibt, die tatsächlich eine Legitimation in dem Prozess nachweisen kann, sodass wir diese Gruppe auch mit verbindlichen Rechten ausstatten können, dass es aber kontinuierlich in dem Prozess die Möglichkeit gibt, als Betroffener einer Region nicht nur zuzuschauen, sondern tatsächlich auch aktiv auf dieses Gremium einzuwirken und sich zu beteiligen.

Insofern, ohne die Lösung im Kopf zu haben, glaube ich, wir sollten eine konkrete Lösung - meinetwegen Prozentsätze oder Ähnliches - für die Zusammensetzung vorschlagen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es sinnvoll ist, das jetzt offen zu lassen und zu sagen, das soll dann irgendwann die Stiftung, wenn es sie denn gibt, oder sonst wer entscheiden, oder jeder Kreistag macht es anders. Das ist, glaube ich, kein sinnvolles Verfahren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde diesem Punkt gerne noch fünf bis zehn Minuten einräumen, denn wenn wir bei der Zusammensetzung der Regionalkonferenz ein Stück weiterkommen, ist es für den Arbeitsprozess nicht schlecht, glaube ich.

Herr Kudla, natürlich ist das ein nahe liegender Vorschlag. Aber wenn ich mir vorstelle, wir ziehen morgen in die Kommissionssitzung und sagen, wir haben uns jetzt darauf verständigt, dass wir die Frage der Zusammensetzung der Regionalkonferenz auf eine Arbeitsgruppe delegiert haben, ist das nicht gerade prickelnd, um es vorsichtig auszudrücken. Deshalb würde ich versuchen, eher in die Richtung zu gehen, wie sie Herr Sommer und Frau Kotting-Uhl vorgeschlagen ha-

ben, und diese Beiträge ein wenig mit den Beiträgen von Matthias Miersch kontrastieren, der eigentlich eine relative Verbindlichkeit verlangt hat, verbunden mit der Überlegungen, dass irgendwie Prozentsätze eingerückt werden sollen.

Dann doch noch meine Frage: Sind wir momentan schon weiter als dieses Ringmodell? Wir sind dann weiter als das Ringmodell, wenn wir uns für die Formel entscheiden, jeder soll sich beteiligen können, der sich beteiligen will.

Geht die Meinung eher in die Richtung, wir sollten den Prozess vergleichsweise sehr offen gestalten? Ich tue mich jetzt deshalb mit der Formulierung ein wenig schwer, weil diese Formulierung mit dem ersten und zweiten Ring nicht die einzige legitimierte war, und die anderen sind nicht legitimiert, sondern die einen haben mehr Sitzfleisch, während die anderen weniger Sitzfleisch haben. Dann sollten diejenigen, die weniger Sitzfleisch haben, auch eine offene Tür finden. Das war eher der Gedanke.

Das heißt, wir haben da jetzt unterschiedliche Aspekte. Sind wir schon reif für ein Meinungsbild? Ich versuche es mal: Wer würde stärker dazu tendieren, dass die Strukturierung vergleichsweise offen ist und sich hauptsächlich daran orientiert, dass möglichst alle, die sich beteiligen wollen, sich auch beteiligen können? Wer wäre eher für diese Formel? Die andere Formel wäre mehr in die Richtung: Wir brauchen eine bestimmte Konturierung im Hinblick auf Rechte und im Hinblick auf Legitimation.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber das ist doch nicht der Unterschied, Entschuldigung. Das eine ist konturiert und das andere ist irgendwie frei, das ist jetzt nicht der Unterschied. Der Unterschied ist: Werden die in der Regionalkonferenz benannt, oder kann sich jeder beteiligen, der möchte? Das ist der Unterschied. Wie man die Struktur gestaltet, das kommt anschließend.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Vom Prinzip her bin ich auch dafür, dass sich jeder beteiligen kann, der möchte. Aber es muss noch handhabbar sein. Wenn ich mir vorstelle, eine Standortregion besteht aus vier Landkreisen, und hier sind beispielsweise Vertreter des Kreistags sowieso drin, da sind die Bürgermeister der Gemeinden drin, Vertreter von Vereinen, Vertreter von lokalen Umweltverbänden, Vertreter von Kirchen, die da hoffentlich Barmherzigkeit und Vergabung reinbringen - das sollte immer noch pragmatisch handhabbar sein. Eine Regionalkonferenz kann in meinen Augen nicht mehr als 150 Leute umfassen. Das ist das absolute Maximum. Wenn dort zu viele mitarbeiten wollen, dann geht das schlicht und ergreifend nicht. Von daher muss es irgendwie pragmatisch begrenzt werden. Wie, weiß ich auch noch nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das Biprisma aus meiner Sicht wäre einerseits: Wir legen fest, wie viele. Die zweite Alternative wäre: Wir legen das Verfahren fest, wie es gewissermaßen organisiert werden soll. Ich glaube, dazu haben wir aber noch weniger eine Vorstellung, wie das entstehen kann. Deswegen würde ich dafür plädieren, dass man sagt, wir geben Kontingentbereiche an, geben aber auch der Regionalkonferenz gewissermaßen eine gewisse Flexibilität, was die Gesamtanzahl der Personen anbelangt, und auch, was die relative Zusammensetzung anbelangt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Arab, bitte.

Adrian Arab: Kontingente festzulegen oder festzulegen, wer sich beteiligen darf und wie viele, fände ich als Maßnahme fatal. Ich glaube, es gibt wenig, was man tun könnte, um Bürger mehr zu demotivieren, als wenn man von vornherein

sagt: first come, first choice. Ich aus Sicht eines Bürgers würde sagen, Kontingente festzumachen geht gar nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Daran würde ich gerne direkt anschließen. Vielleicht sehen Sie das Risiko als zu hoch an. Jedenfalls nach meiner Einschätzung bewerten Sie das möglicherweise über. Die Erfahrung aus der Schweiz war - wiederum meine Erinnerung; sie mag nicht richtig sein, bitte korrigieren Sie mich -, dass es schwierig war, Bürger dafür zu gewinnen, sich zu beteiligen. Das heißt „first in“ wird da nicht das große Problem werden, sondern im Gegenteil: Es wird problematisch sein, wenn man 10 bis 30 Prozent sagt, was ja eine weitere Range ist, die dann auch durchaus unterschiedlich ausgestaltet ist, dann überhaupt Bürger zu finden, wobei man dann auch wieder differenzieren muss. Ich würde auch das Prinzip absolut oben drüberschreiben: Jeder, der sich beteiligen möchte, sollte möglichst auch die Gelegenheit haben, sich zu beteiligen.

Dann gibt es aber unterschiedliche Intensitäten der Beteiligung. Wenn ich jetzt mal in Ihrem Bild bleibe, dem inneren Zirkel, der Kontinuität darstellt, der das Ganze trägt: Das ist auch eine Verpflichtung. Wenn ich als Bürger da hineingehe, dann muss ich da hin. Das ist eine große Verpflichtung, und es wird nicht ganz einfach sein, dafür viele Leute zu finden, jetzt mal als Bürger. Es gibt ja noch die anderen Interessenvertreter, die sicherlich mit anderen zeitlichen Budgets ausgestattet sind und die das machen. Das ist die eine Art der Mitwirkung.

Die andere Art ist: Ich würde dieses Ringmodell gerne sehen, dass es immer wieder die Möglichkeit gibt, sich dort einzubringen, ohne die Verpflichtung, als Mitglied der Regionalkonferenz die Termine alle wahrzunehmen und sich auch

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

entsprechend darzustellen. Ich glaube durchaus, dass man dann dem Anspruch, jeder, der möchte, kann in den Prozess einsteigen und sich artikulieren, sehr gut gerecht werden kann.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich würde dafür votieren, an diesem Prinzip festzuhalten, dann aber eine gewisse Orientierung bei der Zusammensetzung zu geben, bis hin zu der Größe. Das muss man sicherlich abhängig machen von der Größe der Regionen. Bevölkerungsreiche Regionen sind sicherlich anders zu sehen als dünner besiedelte.

Zu dem Prozess, wie er entstehen kann, sollten wir uns auch verhalten. Ich glaube, das können wir ohne weiteres tun. Der Träger des Beteiligungsprozesses muss sich dann - es geht gar nicht anders, weil man es sonst gar nicht legitimieren kann - mit den Vertretern der Gebietskörperschaften zusammensetzen und muss das auf den Weg bringen. Damit hätte man eine handhabbare Größe.

Es sind sicherlich noch viele Fragen offen: Was ist die Größenordnung dazu? Aber diesbezüglich kann man auch Anleihen zum Beispiel in anderen Ländern nehmen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank.
Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde das Ringkonzept gerne auch noch einmal positiv aufgreifen. Ja, das ist richtig. Ich schließe da an Herrn Jäger an. Es gibt sicherlich große Unterschiede innerhalb der Bevölkerung: Wer will sich da wirklich beteiligen? Wer nimmt auch die Verpflichtung auf sich? Die müssten dem inneren Ring auch zugeordnet sein. Ich glaube, da haben wir das mit den Pflichten relativ schnell aufgelistet. Kontinuität gehört in erster Linie dazu. Und wer will zwar informiert werden und auch mal mitreden

können, aber eben nicht verpflichtend und beständig dabei sein? Deswegen ist das mit den Ringen ein richtiges Bild.

Nach wie vor geht es mir aber so, dass ich den inneren Ring nicht mit einem Kontingent sehen möchte. Was Herr Arab sagte, ist völlig richtig. Das Kontingent - ob es jetzt nach dem Windhundprinzip ist oder ob man es erst mal suchen muss - schließt auf alle Fälle Menschen aus, und das, was nicht erreichbar ist, wird immer zum Zankapfel. Wenn wir es von vornherein für jeden erreichbar machen und sagen, jeder kann da rein, hat dann aber auch die Verpflichtung, dabei zu sein, Zeit zu investieren, sich mit der Sache vertraut zu machen und auch möglichst bis zum Ende durchzuhalten - das kann man nicht verpflichtend vorschreiben, aber dass zumindest der Anspruch da ist -, dann wird das nicht überrannt werden. Das glaube ich auch nicht.

Ich glaube, es wird anders sein als in der Schweiz, aber es wird nicht so sein, dass die gesamte Bevölkerung der Kommunen vor der Rathaustür steht und sagt: „Ich will da aber mitdrinsitzen.“ Wenn wir das nicht machen, wenn wir sagen, 30 Prozent von 100 Menschen, die da maximal drin sein können, können aus der Bevölkerung kommen, dann haben wir sicher mehr als diese 30 Prozent, die mitmachen wollen. Was tun wir dann? Die Offenheit ist viel eher eine Garantie dafür, dass das im überschaubaren Rahmen bleibt, als ein Kontingent. Davon bin ich überzeugt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Daran kann ich gleich nahtlos anschließen. Ich finde, jetzt diskutieren wir langsam in der richtigen Reihenfolge, wenn wir sagen, wir kommen vom Prinzip, dass jemand, der sich beteiligen möchte, eine Option braucht.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Eine Option muss nicht eine dauerhafte Mitgliedschaft in einer Konferenz bedeuten. Wir müssen uns ein bisschen davon verabschieden, dass eine Regionalkonferenz die Strukturen einer Endlagerkommission hätte, in der beständig Menschen im großen Kreis zusammensitzen und diskutieren, was im Übrigen auch in der Schweiz nicht der Fall ist. Wenn wir sagen, wir wollen jedem eine Option geben, dann ist die nächste Situation genau die: Die Frage, wie intensiv man sich beteiligt hängt ein Stück weit davon ab, wie sehr man auch bereit ist, sich zu verpflichten.

Man wird also Angebote haben müssen, die auch Diskontinuitäten aushalten. Wir reden hier von einem sehr langen Prozess. Jemand, der vielleicht heute für sich sagt: „Das ist mir so wichtig, dass ich lange mitarbeiten möchte“, kann das aus privaten Umständen vielleicht schon drei Monate oder sechs Jahre später nicht mehr. Da wird der Prozess immer noch am Laufen sein.

Deshalb ist natürlich die Frage nicht die, wie wir kontingentieren, sondern die Frage lautet: Wie bieten wir den unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten adäquate Optionen? Da ist Triplex eine der Optionen. Wenn es ein Zwiebelschalenmodell geben soll, finde ich das auch ganz spannend. Ich sehe da auch gar keinen Widerspruch. Vielleicht kann man auch eine Synthese herstellen. Ich glaube, wir müssten tatsächlich - das habe ich der Diskussion entnommen - Herrn Hagedorn und denen, die bereit sind, sich daran zu beteiligen, die Chance geben, das noch mal so auszudifferenzieren, dass dieser Anspruch von uns eingelöst wird: Wer eine Option wahrnehmen möchte, muss auch eine angeboten bekommen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Dann würde ich darum bitten, dass sich Herr Arab und Herr Jäger konkret darauf beziehen, weil es in dem Sinne ein Vorschlag ist, der nicht durch weitere Beiträge relativiert werden sollte in dem Sinne,

dass das ein Vorschlag ist, mit dem wir die weitere Arbeit strukturieren können. Herr Arab, bitte.

Adrian Arab: Ich finde, eine Art - ich nenne es auch mal so - Kontingent über die Qualifikation herzustellen, also über den Willen, sich zu beteiligen, ist sinnvoller, als eine reine Zahl festzulegen. Ich glaube, dass die Qualität, wenn man nur eine Zahl festlegt, eine ganz andere ist, als wenn man sie an einer Qualifikation festmacht und darüber eine Art Kontingent schafft.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde gerne insbesondere auf den Beitrag von Frau Kotting-Uhl zurückkommen, weil sie sich - wie andere auch - kritisch zu den Kontingenten geäußert hat. Ich habe den Eindruck, dass man das möglicherweise doch überbrücken kann. Diese Medaille hat nämlich zwei Seiten. Die eine Seite ist angesprochen worden: Wenn man Kontingente festlegt, läuft man Gefahr, Leute auszuschließen. Das Ganze geht natürlich auch in umgekehrter Richtung: Wenn man keine Kontingente festlegt und das alles freilässt, dann hat man zwei Risiken. Das erste Risiko ist, man bekommt eine nicht handhabbare Größe. Das wird davon abhängen, wie häufig man tagt, wie attraktiv man das gestaltet usw. Man muss im Auge haben, wie man dem begegnet.

Das Zweite scheint mir allerdings gravierender zu sein. Ich bilde mal ein Szenario: Wir sagen zum Beispiel, jeder kann an der Regionalkonferenz teilnehmen. Dann bekommen wir 500 Nominierungen von Bürgern und stellen fest, mehr als 500 werden wir nicht bedienen können, und stellen dann noch fest, wir haben aber keinen Platz mehr für einen Bürgermeister. Dann haben wir ein Problem. Das heißt, im Umkehrschluss ist es durchaus eine Notwendigkeit, die Zusam-

mensetzung doch in irgendeiner Form so zu gestalten, dass es ein Stück weit repräsentativ ist, dass die Aufgaben erfüllt werden können und - Stichwort Qualifikation - dort auch wahrgenommen werden können.

Die Schlussfolgerung, die ich daraus ziehen würde, wäre: Diese Quoten mit diesen großen Bandbreiten, die ich eben genannt habe, würde ich nicht als verpflichtend sehen, sondern als Orientierung an die Regionalkonferenzen geben, und die sollen dann damit umgehen. Sie sollen dann selbst definieren oder feststellen, was sie noch als handhabbar in ihrem Umfeld ansehen, was also die richtige Größe ist, und dann auch erst mal sehen: Was passiert denn da? Reden wir über ein theoretisches Problem, oder ist es wirklich ein praktisches Problem?

Noch einmal: Ich halte es für wichtig, dass man doch am Ende eine Mischung hat und nicht der Dynamik erliegt und eine ungeeignete Zusammensetzung in der Regionalkonferenz hat.

Langer Rede kurzer Sinn: Orientierungsquoten sollten wir durchaus vermitteln. Es ist auch ein Stück weit durch Erfahrungen hinterlegt, dass eine solche Zusammensetzung am besten die Arbeit der Regionalkonferenz prägt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Besten Dank. Herr Ott, bitte.

Erhard Ott: Das geht eigentlich in eine ähnliche Richtung. Wir haben noch nicht über die Konstituierung der Regionalkonferenzen gesprochen, wer da die Initiative ergreift. Das wird die weitere Diskussion noch ergeben. Ich gehe von gesetzten Mitgliedern der Regionalkonferenz aus. Das ist im weitesten Sinne die Kommunalpolitik, also Landräte, Bürgermeister, oder wen auch immer die Kommunen bzw. die Landkreise entsenden; das müssen ja nicht immer die obersten Repräsentanten sein. Insofern haben wir aus meiner

Sicht zumindest schon mal Größenordnungen, die je nach Region gesetzte Mitglieder in der Regionalkonferenz sein werden.

Dann stellt sich in der Tat die Frage der offenen Ausgestaltung. Da tendiere ich auch zunächst mal in die Richtung, zu sagen, das muss so offen gestaltet sein, dass jeder, der mitarbeiten will, auch die Chance zur Mitwirkung hat. Es wird dann den engeren Kreis geben, dem auch Bürger angehören müssen und nicht nur die Repräsentanten beispielsweise der Kommunalpolitik. Auch in den Entscheidungsgremien, womit sich die Regionalkonferenzen beschäftigen - soweit es nicht durch Initiativen des BGE oder BfE vorgegeben ist -, muss dieser enge Kreis letztendlich vorschlagen und es auf den Weg bringen. Insofern halte ich das Zufallsprinzip oder das Offenheitsprinzip, was den zweiten großen Kreis angeht, für unabdingbar notwendig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Als ich von Kontingierung sprach, habe ich nicht die Festlegung der absoluten Zahl gemeint, sondern eine Orientierungsgröße für die relativen Verhältnisse, also beispielsweise die Größenordnung ein Drittel Gemeinde, ein Drittel Stakeholder, ein Drittel Bürger. Das holt uns an einer anderen Stelle wieder ein, wenn es darum geht: Wenn in dieser Regionalkonferenz ein Beschluss gefasst wird, ist es dann die Anzahl der anwesenden Personen, die beschließt? Sprich: Wenn es eine Organisationsgruppe gibt, die in der Lage ist, 100 Leute zu mobilisieren, und wenn von den anderen nur 30 da sind, dominiert die gewissermaßen den gesamten Prozess? Oder sagt man, es gibt an der Stelle gewissermaßen eine Drittelung der Stimmen? Ich denke, dass wir das im Zusammenhang denken müssen, und dass alleine die Frage, jeder kann

hin, jeder kann mitentscheiden oder mitbestimmen, noch nicht hinreichend ist. Am Ende muss der Prozess auch noch handhabbar sein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Ich würde vorschlagen, dass wir davon ausgehen, dass der Vorschlag von Herrn Kudla und Herrn Sommer, dass wir quasi ein Stück weit eine Delegation machen, schon deshalb eine Mehrheit findet, weil wir hier nicht zu einem Endergebnis kommen werden.

Ich glaube aber, dass die Überlegungen, ob die Grundformel ist, dass sich jeder beteiligen soll, der sich beteiligen möchte, ein wenig den Konturierungen - so hatte ich das vorhin formuliert - entgegenstehen, die meinen, es sollte Zielquoten geben. Ich möchte das jetzt nicht mit meinen eigenen Worten wiederholen; ich beziehe mich dabei auf das, was Herr Thomauske gesagt hat. Es kann sinnvoll sein, dass wir noch einmal eine Orientierung für eine solche Arbeitsgruppe mitgeben.

Deshalb würde ich gerne ein Meinungsbild herstellen. Wer würde es eher in die Richtung entwickelt sehen, dass wir eine große Beteiligungsbereitschaft haben. Ich hatte den Begriff „Selbstorganisation“ verwendet. Der ist wahrscheinlich nicht konsensfähig, weil er als Chaos identifiziert würde. Aber das meine ich nicht, sondern es geht darum, ob wir davon ausgehen, dass das große Primat, dass sich jeder beteiligen können soll, der sich beteiligen möchte, als Gegensatz zu einem Konzept verstanden wird, das versucht, an Interessen ausgerichtet über Kontingente, über Orientierungswerte eine Strukturierung vorzunehmen.

Zu diesen zwei Sichtweisen würde ich gerne noch mal ein Meinungsbild haben. Wer wäre dafür, dass eine möglichst breite Offenheit gegeben ist und dass Eingriffe im Sinne von Kontingierung oder Orientierungsgrößen nicht gegeben

werden? Wer wäre für ein solches Modell oder Bild? Entschuldigung, das muss ich kurz durchzählen.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das heißt, ohne jegliche Orientierung?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Bitte legen Sie mich nicht fest. Ich habe jetzt keine Anträge formuliert. Ich habe wiederum nur Orientierungen abgefragt. Acht sind dafür. Wer würde sich dagegen aussprechen? Das heißt jetzt für die, die sich zusammensetzen, dass sie selbstverständlich die Bedenken und Überlegungen, die hier angestellt worden sind - es ist jetzt an der Stelle die Minderheit -, aufgreifen und sich natürlich Gedanken machen - das ist auch schon aufgegriffen worden -, ob und inwieweit es über das Triplex-Modell in Verbindung mit dem Ringmodell zu einer Arbeitsfähigkeit dieses Gremiums kommen soll. Sie müssen sich nochmals überlegen, ob beispielsweise, was auch genannt wurde, die Pflichtigkeit eine denkbare Strukturierung ist. Herr Arab hat noch die Qualifikation genannt. Das klingt elitärer, als er es wahrscheinlich meint. Es ist schlicht und einfach, dass man neben der Bereitschaft, eine solche Pflicht zu übernehmen, auch eine bestimmte Nähe zum Thema verlangt. Das habe ich durchaus so verstanden.

Dann würde ich darum bitten, dass wir aus dem Kreis derer, die etwas stärker für Offenheit plädieren, eine Person finden, und dass wir eine Person aus dem Kreis derer finden, die eher für eine Zielorientierung eintreten. Die sollten sich dann mit Herrn Hagedorn zusammensetzen. Das würde ich gerne als Zwischenschritt festhalten.

Herr Thomauske, ich schaue Sie an, damit wir Herrn Kudla nicht überlasten. Würden Sie sich mit Herrn Hagedorn zusammensetzen?

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich bin dafür, es Herrn Kudla zu überlassen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, das ist mir schon klar.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das geht nicht. Ich kann keine Termine mehr annehmen. Das geht nicht mehr.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich wollte jetzt auch nicht Herrn Sommer benennen, nicht wegen der Person, sondern weil er auch so viel zu tun hat. Gibt es noch jemanden, der sich anstelle von Herrn Sommer melden würde?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich habe ja nichts zu tun.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann frage ich im Sinne der Offenheit - das meine ich jetzt nicht rhetorisch -, ob noch jemand Drittes mitmachen wollen würde, ohne die Gewichte irgendwie zu verlagern? Herr Arab würde gerne mitmachen. Herzlichen Dank. Dann bitten wir Frau Kotting-Uhl, Herrn Arab und Herrn Thomauske, sich dieser Frage noch mal näher anzunehmen, unter Berücksichtigung von Triplex, unter Berücksichtigung des Ringmodells und unter Berücksichtigung der Frage der Legitimation. Das haben wir genügend diskutiert.

Ich würde jetzt gerne noch kurz die Frage aufrufen, die Matthias Miersch ganz am Anfang angesprochen hat; andere auch. Ich nehme jetzt die Formulierung von Herrn Jäger, die lautet: Die Regionalkonferenz wird von dem Beteiligungsträger in Kooperation mit den Kommunalgremien eingeladen. Ich brauche jemanden, der das konstituiert und dazu zwei, drei Beiträge leistet. Ein Benennungsrecht im Sinne einer kommunalrechtlichen Wahlzuordnung die Kreistage wählen, würde, glaube ich, niemand sagen.

Die Formulierung, die in dem Text von Herrn Hagedorn steht, lautet sinngemäß, die Trägerorganisation lädt die Kreistage ein, zu benennen. Das ist eine Formel, die wir schon einmal beim Workshop der Regionen versucht haben. Diese Formel gibt den Regionen relativ starkes Gewicht und versucht dann wiederum durch eine Art Vorstrukturierung, die wir gerade delegiert haben, das - ich sage das mal vorsichtig - ein bisschen in den Griff zu bekommen. Das wollen wir jetzt nicht noch mal neu diskutieren, aber man braucht eine Ausrichtung: Macht das nur die Organisationseinheit? Lädt sie nur ein und ist dann dort ein Dienstleister, der alles organisiert, was sich die Arbeitsgruppe überlegt? Ich nenne mal Triplex als Stichwort. Das müssten wir noch einen Moment konturieren.

Gibt es Vorstellungen dazu, die das, was jetzt hier steht, nämlich die Einheit lädt die Kommunen ein, Vertreter vorzuschlagen, konsensfähig und konkreter machen? Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich will versuchen, vom Prozessgedanken her zu kommen. Wenn ich mal gedanklich aufrufe, welchen Vorschlag Herr Kudla gemacht hat, dann kommen wir aus geologischen Flächen und müssen die Brücke zu den kommunalpolitischen Gebietskörperschaften schlagen. Das ist der Prozess, der zwischen BGE und BfE läuft. Betrachten wir diesen Prozess jetzt mal als abgeschlossen. Dann müssen wir uns noch festlegen: Ist bei allen Kreisen, die geschnitten worden sind - wenn ich jetzt nur mal von den Kreisen ausgehe; es gibt noch andere Gebietskörperschaften -, identifiziert, welche Regionen tatsächlich betroffen sind? Wie gesagt, es gilt noch, Kreise, die möglicherweise zusätzlich einzubinden sind, zu definieren. Das aber an anderer Stelle.

Dann müsste der Träger des Beteiligungsprozesses in der Tat diese betroffenen Kreise anschrei-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

ben und ihnen mitteilen, es steht jetzt die Bildung der Regionalkonferenz an. Er müsste einladen. Das kann dann eigentlich nur eine klar definierte Delegation sein, die der Kreistag - möglicherweise der Landrat, wer auch immer - plant. Das muss klar definiert werden. Es wird eingeladen, und dann wird der Prozess besprochen, wie man denn jetzt zu einer Regionalkonferenz kommt. Das Ergebnis von hier wird dort mitgegeben. Dieser Prozess sollte schon von dem Träger des Beteiligungsprozesses begleitet werden, und zwar aus dem einfachen Grund, weil es auch Erfahrungstransfer geben soll, wie das an der einen oder anderen Stelle läuft. Oder er soll schon Hilfestellungen geben können, wie das an anderer Stelle gelaufen ist, bzw. sagen, wo es nicht gut gelaufen ist. Das heißt, er soll ein Stück weit begleiten, bis dann die Regionalkonferenz selbst entstanden ist.

Die Hoheit, die Regionalkonferenz am Ende zusammenzusetzen und zu bilden, sollte in der Region liegen. Aber die Verantwortung, dass in einem bestimmten Zeitraum auch eine Regionalkonferenz da ist, muss bei dem Träger des Beteiligungsprozesses liegen; denn es kann durchaus sein, dass so etwas ins Leere läuft. Es sind ja keine einfachen Prozesse, die da ablaufen. Deswegen muss es jemanden geben, der diesen Prozess begleitet und sicherstellt, dass er zum Ergebnis führt, der Informationen hineingibt von der Konzeption her, was die Rahmenbedingungen sind, die eingehalten werden müssen, und der einen Transfer von Erfahrungen, der an anderer Stelle gemacht worden ist, sicherstellt. Ansonsten würde die inhaltliche Gestaltung von den Vertretern der Regionen vorgenommen werden. In diesem Sinne - rudimentär - würde ich mir den Prozess vorstellen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich würde das unterstützen. Ich will nur noch mal auf einen Punkt hinweisen - da müssen wir überlegen, wie stark wir ins Detail gehen; ich glaube, ich habe das auch in der Kanzlei bei Ihnen gemacht -: Wenn wir eine Region haben, dann kommt die Frage: Wenn ein Kreis A nur ein kleines Zipfelchen an dem Gebiet hat, und ein anderer Kreis ist ganz massiv betroffen, wie viel entsendet er denn dann? Jetzt kann man das eine von dem anderen nicht ganz trennen. Wenn es zum Beispiel um klare Interventionsrechte geht und man in der Regionalkonferenz eine Mehrheit braucht, und man hat jetzt die Konstellation, dass ein Landkreis ganz massiv betroffen ist, aber ganz viele nur ein bisschen drum herum, und die drum herum sagen, damit können sie eigentlich ganz gut leben, und sie finden das von den Kriterien her alles super, dann wird es sicherlich massive Auseinandersetzungen geben.

Ich weiß nicht, wie tief wir da einsteigen wollen, aber ich will es einfach nur sagen: Da ist noch ein bisschen Detailarbeit zu leisten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Der momentane Zwischenstand, der natürlich um das ergänzt werden muss, was Herr Miersch gerade gesagt hat, ist der Satz, der von Matthias Miersch vor einer halben Stunde als sehr schwammig eingeordnet wurde, und zwar aufgrund der Tatsache, dass wir schaubildmäßig die Frage der Landkreise von Herrn Kudla aufgemalt haben und dass wir beide Fälle gestreift haben. Für den Fall, dass nur ein Zwanzigstel des Landkreises betroffen ist, war in der weiteren Darstellung angedacht, dass es dafür eine Art zweiten Ring geben sollte, einen Pufferring. Und weil sich das nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Ausarbeitung von Herrn Kudla als etwas dargestellt hat, was in seiner Darstellung zeigt, wie mathematisch es werden kann, und uns damit hilft, es gleichzeitig in die Hand der Organisationseinheit gegeben, dass wir im Standortauswahlgesetz nicht in der Lage

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

sein werden, das abschließend zu programmieren. Das ist eine These, und daraus ergibt sich dieser schwammige Satz. Das müssen wir jetzt noch mal aufrufen:

Gibt es eine Definition der Regionalkonferenzen - ich greife jetzt vor - in der Phase, in der sie sich bilden, und zwar in der Phase Ib, mit potenziell einer Mehrzahl von untertägig zu erkundenden Standorten, die ausgeschwitzt werden, für die wir keine Zahl verwenden wollen, in der die Ausarbeitung von Herrn Kudla - ich bin jetzt bei Standortregionen; ich bin jetzt nicht bei dem anderen Thema -, wo wir dazu kommen, dass, wenn wir fünf, sechs, sieben Landkreise haben plus einen umliegenden Ring. Da können wir manchmal eben zu vielem kommen, aber da stellt sich wieder die Frage: Nehme ich eine ganze Stadt, wenn es eine Stadt wäre? Wahrscheinlich ja. In welchem Verhältnis wäre es, wenn es ein bevölkerungsarmer Landkreis ist, der tatsächlich nur mit 10 Prozent berührt ist? Würde ich dann sagen, da kommt es auch nicht mehr drauf an, oder sage ich, das sind aber Leute, die sich sehr stark mit den Themen identifizieren?

Der momentane Zwischenstand - Papier Hagedorn - ist, die abschließende Konturierung des Flächenumgriffs für die Zusammensetzung der Regionalkonferenz demjenigen zu überlassen, der die Regionalkonferenz am Anfang konstituiert. Klammer auf: Wir könnten auch noch den Satz reinschreiben, dass wir das selbstverständlich im Sinne eines selbstlernenden Prozesses auch noch mal erweitern können. Aber was wäre der Auftrag an die Organisationseinheit? Können wir das näher programmieren, ja oder nein? Daher kommt dieser Satz. Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ja, und ich bleibe bei dem Vorwurf der Schwammigkeit und würde darauf verzichten und stattdessen sagen, das muss

dann im weiteren Verfahren im Zweifel der Gesetzgeber klären. Das kann das Gremium im Zweifel hier nicht tun. Ich finde, ein solcher Satz geht nicht. Eine Stiftung oder wie auch immer kann da nicht entscheiden, Stadt A oder Kreis A darf so und so viel entsenden oder Kreis A und Kreis B so viel. Ich hatte den Eindruck, dass mein Einwand jetzt wegmoderiert werden soll. Der bleibt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich meine, wenn jemand eine dreiviertel Stunde nicht dabei ist, ist es auch schwierig.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ja. Aber ich wurde mit meiner Aussage konfrontiert, und da war ich noch dabei. Deswegen wollte ich sagen: Ich bleibe dabei.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay. Die Frage, wer die Einladungen für die Regionalkonferenz ausspricht, ist im Sinne der Ausführung von Herrn Jäger der Trägereinrichtung zugeordnet gewesen. Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir die Definition der Trägereinrichtung momentan nicht weiter fortsetzen, und haben das abgebrochen. Deshalb gerade der Hinweis, es gibt momentan keine Stiftung. Es gibt jetzt nur einen Träger, der eher in Richtung - Klammer auf - BfE geht. Darüber haben wir jetzt wirklich mehrere Stunden diskutiert.

Jetzt war die Frage im Anschluss an das, was Herr Jäger sagte, dass wir jemanden brauchen, der auf die kommunalen Vertretungen zugeht und mit denen gegebenenfalls darüber spricht, auch - so habe ich Sie verstanden - unter der Maßgabe dessen, was aus der von uns gebildeten Unterarbeitsgruppe herauskommt, ob denn mit dieser Matrix, die entwickelt wird, noch mal Regionalspezifika möglicherweise walten können. Da war jetzt die Frage: Ist es dann so, dass man denen auch noch eine bestimmte Frage zugeben kann, wen man alles beteiligt? Die hat Matthias

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Miersch klar beantwortet. Er hat gesagt, er würde dann vorschlagen, dass entweder wir oder der Gesetzgeber solche Fragen nach örtlichen Zipfeln abschließend geklärt sein muss.

Wenn man das jetzt als Forderung im Raum hat, dann haben wir einfach zwei unterschiedliche Ansätze. Aufgrund der - in Anführungszeichen - Vehemenz, und um die Konflikte da herauszunehmen, ist die Frage: Gelingt uns das? Dann müssten wir Herrn Kudla ansprechen und müssten sagen, wenn wir uns zur Maßgabe machen würden, dass jeder Landkreis, der in irgendeiner Weise betroffen ist, plus die Frage, ob es auch noch eine Art Puffer geben soll, dass man sagt, es sollen dann nicht diejenigen, die quasi nicht betroffen sind, aber als Stadt nur drei oder fünf Kilometer entfernt sind, nicht beteiligt sein soll. Also: Schaffen wir diese Programmierung, ja oder nein? Ich glaube, das ist eine offene Frage. Herr Meister, bitte.

Vorsitzender Ralf Meister: Nur ergänzend zu dem, was Herr Hagedorn geschrieben hat: Ich stimme dem zu. Das sind - so habe ich es verstanden - die Dinge, die weitestgehend einen Konsens gefunden haben, was Sie dort momentan fixieren. Deswegen würde ich vorschlagen: „Die Zusammensetzung liegt in regionaler Verantwortung und folgt praktischen Gerechtigkeitsprinzipien.“

Ich halte es für eine komplette Überforderung - mit hoher Wertschätzung Ihrer Arbeit, Herr Kudla -, dass wir ein generelles, allgemeingültiges Verfahren für ein Fairness-Prinzip vorab benennen können. Ich glaube, das gelingt nicht. Aber ich habe Sie auch nicht so verstanden, dass Sie das wollen. Ich glaube, das aufzubauen, ist eine komplette Überforderung. Es geht mir jetzt nicht um irgendeinen transzendentalen Gerechtigkeitsbegriff, sondern um einen, der sich an praktischen Verfahren orientiert, und der kann

tatsächlich in einer Region wirklich deutlich anders aussehen als in einer anderen. Dieses gerechtigkeitspraktische Verfahren ist allerdings auch in der Verantwortung des Trägers der Öffentlichkeitsbeteiligung. Der muss dafür stehen. Ich glaube, mehr geht an dieser Stelle nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich glaube, jetzt ist zwar Herr Kudla angesprochen worden, Herr Miersch aber mehr gemeint gewesen.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Nein, ich habe nichts gesagt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nein, gemeint gewesen, weil Herr Kudla angesprochen gewesen war. Er hat uns die methodische Grundlage geliefert, aber er hat es in diesem Punkt noch nicht bewertet. Herr Thomauske hat sich gemeldet.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich hatte mich deswegen gemeldet, weil ich dachte, irgendwo habe ich irgendetwas verpasst, nachdem Herr Miersch sich diesbezüglich geäußert hat. Vorhin haben wir darüber diskutiert. Ich glaube, da haben Sie sogar dagegen gestimmt, dass man eine Kontingentierung vornimmt. Oder haben Sie nicht dagegen gestimmt?

Abg. Dr. Matthias Miersch: Machen Sie erst mal weiter.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Und jetzt reden wir darüber, ob wir relative Anteile haben, ob ein Zipfel betroffen ist, ob die Hälfte des Landkreises betroffen ist. Das kann doch gar nicht funktionieren.

Ich glaube aber auch, Herr Meister, weil Sie an der Stelle nicken, dass das Gerechtigkeitsprinzip an dieser Stelle nicht funktionieren kann; denn wie würde es denn laufen, wenn ich mal die Kudla'sche Grundlage nehme? Wir haben ir-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

gendwo einen Kreis - nicht einen Landkreis, sondern eine Region -, und diese Region überstreicht mehrere Landkreise. Da wissen wir nicht à priori, wenn es jetzt eine Tonformation ist, ob die möglicherweise ähnlich geeignet sind. Dann setzt entweder ein Run auf das Endlager ein - wir wollen das haben! - oder - was viel wahrscheinlicher ist - die Abwehrbewegung.

Auch die Akzeptanz spielt eine Rolle: Ist derjenige, der die größte Abwehrhaltung organisiert bekommt, dann auch derjenige, der stärker in diese Regionalkonferenzen hineingeht, sich hindelegieren lässt und dann ein entsprechend größeres Gewicht bekommt? Im Hinblick auf die Festlegung, die eine Regionalkonferenz trifft, brauchen wir in einem gewissen Umfang eine Kontingentierung der relativen Anteile.

Zur Frage der Zusammensetzung: Ich hatte mir das so vorgestellt, dass die Einladung - gewissermaßen als Initialzündung - der Träger vornimmt, zum Beispiel das BfE. Das lädt ein. Dann melden sich so und so viele von den Bürgermeistern, Landräten, so und so viele von den Bürgern und von den verschiedenen Stakeholder-Organisationen. Dann setzt sich die Regionalkonferenz auf diese Weise zusammen, und anschließend beginnt die Selbstorganisation der Regionalkonferenz. Ich habe es nicht so verstanden, dass das BfE beispielsweise immer einlädt, wenn die Regionalkonferenz zustande kommen soll, sondern da ist dann eine Selbstorganisation.

Insofern hätten wir am Anfang die Initialzündung durch den Träger und dann, wenn sich die Regionalkonferenz etabliert hat, die Selbstorganisation.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Noch einmal zu dem, was Sie gesagt hatten, Herr Meister. Vielleicht habe ich es auch missverstanden. Ich bin

schon der Meinung, dass es eine regionale Abgrenzung geben muss, wer betroffen ist oder nicht. Das brauchen wir einfach. Sonst kann man das pragmatisch nicht händeln. Es ist eben manchmal so: Da wohnt man an einer Landkreisgrenze und ist abstimmungsberechtigt, und wenn man 100 Meter weiter wohnt, ist man nicht mehr abstimmungsberechtigt. Manchmal wohnt man in Hessen, manchmal in Baden-Württemberg. Einmal ist es so, und einmal ist es so.

Jetzt hierzu: Dieses Verfahren ist relativ einfach und mathematisch klar. Man könnte, wenn eine Region festgelegt ist - das sei zum Beispiel der grüne Bereich -, einen Puffer herumziehen. Ich wäre auch für einen Puffer, aber man sollte ihn nicht groß wählen, zum Beispiel 3 Kilometer.

Jetzt kann man natürlich sagen: Na ja, da ist so ein Zipfel, der gerade noch reinfällt. Auch dem kann man begegnen. Man könnte sagen, der Zipfel muss mindestens 3 Quadratkilometer groß sein oder so ähnlich, damit es sich nicht gerade um 10 Quadratmeter handelt. Da gibt es durchaus Methoden - die kann man sich auch noch überlegen -, damit eine klare Abgrenzung der betroffenen und der nicht betroffenen Gebiete zustande kommt.

Ich glaube, das brauchen wir einfach, um eine gewisse Pragmatik in das Verfahren hineinzubekommen. Habe ich Sie vorhin so verstanden, dass Sie das nicht wollten?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Eine Zwischenmeldung von Herrn Meister, bitte.

Vorsitzender Ralf Meister: Das ist für mich ein praktisches Gerechtigkeitsprinzip, was Sie anwenden. Meine Relativierung in dem ganzen Verfahren ist nur, ob tatsächlich von einem Kommissionsbericht erwartet wird, dass wir dieses Detail an diesem Punkt einschärfen. Daran habe

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

ich Zweifel. Das würde ich - mit hoher Wertschätzung für Ihre Arbeit und auch für Ihre Ergebnisse - geflissentlich an die später verantwortlich Ausführenden delegieren, unter dem Gesichtspunkt, den praktischen Gerechtigkeitsanforderungen zu genügen, die Sie beispielhaft gezeigt haben. Mehr nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich schließe mich dem an. Das, was wir dem Bundesrat und dem Bundestag vermitteln wollen, ist, dass wir eine Regionalkonferenz gründen wollen. Wir haben auch gesagt, wie sie gebildet wird. Dann wird es noch vieler Feinarbeit bedürfen, auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, die ich an dieser Stelle nicht weiter vertiefen will. Darüber könnten wir noch monatelang leidenschaftlich diskutieren. Deswegen, Herr Gaßner, habe ich mich gegen die Aussage in dem Entwurf von Herrn Hagedorn gewendet, alle methodischen Fragen - zum Beispiel zur Abgrenzung der räumlichen Betroffenheit - sind von der Stiftung zu entscheiden. Ich glaube, egal wie dieses Gremium aussieht, ob es eine Stiftung ist oder etwas anderes - ich würde das dem Gesetzgeber überlassen, weil es an der Stelle nach meiner Auffassung so nicht geht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich kann es natürlich auch akzeptieren, dass wir uns damit nicht befassen müssen. Mir ist nur Folgendes aufgefallen: Wenn wir uns diese Arbeit von Herrn Kudla einfach nur mal anschauen, um uns selber darüber klar zu werden, wo vielleicht noch Gerechtigkeitsprobleme auftreten, dann zeigt sich daran, wie schwierig es ist, auf dieses Format der Landkreise zurückzugreifen. Natürlich wäre eigent-

lich die Betroffenheit an diesem Kreis festzumachen, nicht an den Landkreisen, die da noch zu 90 Prozent dranhängen.

Es wäre ja durchaus vorstellbar, dass sich eine Regionalkonferenz nicht über einen gesamten Landkreis, der an irgendeinem Zipfel betroffen ist, erstreckt, sondern dass der Zipfel zur Regionalkonferenz mit herangezogen wird. Dann müsste die Regionalkonferenz natürlich eine Struktur entfalten, die jenseits der Landkreisstruktur und auch dieser großen Einflussnahme durch den Landkreis ist. Ich finde, es wäre noch mal überlegenswert, ob wir so sehr auf diese Landkreisstruktur abstellen wollen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Finden wir einen Kompromiss, wenn ich es so abstecke, dass ich sage: Für den Bericht geben wir die Empfehlung einer Regionalkonferenz ab. Wir werden, was die Besetzung angeht, bestimmte Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe haben, und wir werden bezüglich der Frage, wie die betroffene Region definiert wird möglicherweise drei, vier Kriterien nennen, die dann von denjenigen instrumentalisiert werden müssen, die das anwenden. Da würde die Anlehnung an die Landkreise deshalb formiert, um das Nächste verständlich zu machen, dass es nämlich nicht schwerpunktmäßig um die Landkreisgrenzen gehen sollte, sondern dass es um die zweckmäßige Implementierung einer Regionalkonferenz geht, die wesentliche Teile der betroffenen Bevölkerung oder die gesamte betroffene Bevölkerung abdecken sollte.

Als dritten Spiegelstrich hätten wir auch noch - jetzt als Arbeitstitel; das ist nicht eins zu eins - die Überlegung praktischer Gerechtigkeit. Ich habe jetzt ein bisschen versucht, es in Richtung Betroffenheit und Interessen, die in der Region repräsentiert sein müssen, zu umschreiben.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Wenn wir da auf drei, vier oder fünf Spiegelstriche kommen, würde das der Gruppe ausreichen, dass wir die Verfeinerung dann dem weiteren Prozess überlassen? Wären Sie damit einverstanden, wenn wir Herrn Hagedorn bitten, bezüglich der Frage der Eingrenzung einerseits nicht nur den Satz hinzuschreiben, damit haben wir uns nicht befasst? Das wäre die eine Möglichkeit. Ich glaube, das war nicht die Intention. Die andere Möglichkeit wäre, ein paar Kriterien anzugeben, die wir aber selber noch nicht umsetzen, also auch sprachlich nicht weiter umsetzen. Wären Sie damit einverstanden? Dann hätten wir da ein Zwischenergebnis.

Ich würde darum bitten, dass Herr Hagedorn noch einmal die Rolle wechselt und uns den Rat der Regionen vorstellt. Ach so, Moment! Entschuldigung, ich bin jetzt etwas aus der Struktur. Wir sind dann natürlich bei den Rechten der Regionalkonferenz. Es ist am besten, wenn Sie es noch einmal vorstellen.

Hans Hagedorn (DEMOS): Rechte der Regionalkonferenz, okay. Die Erörterungen einer Regionalkonferenz werden in Berichtsform verfasst und werden einerseits während der laufenden Arbeit an die Behörden - an das BfE - gegeben, die dazu Stellung nehmen. Das sollte nach Möglichkeit in einem hochfrequenten Dialog hin- und hergehen, sodass dort alle offenen Fragestellungen geklärt werden und vielleicht auch ohne große Konflikte einfach ausgeräumt werden, dass da Lücken gefüllt werden.

Soweit dieser Prozess zum Erfolg führt, ist das super. Es wird in einem solchen Prozess natürlich Restfragen geben, die konfliktbehaftet sind, wo es eindeutige Interessenunterschiede gibt, auch zwischen den Regionen, also nicht nur zwischen Regionen und BfE, sondern auch zwischen den Regionen. Dort haben dann die Regionalkonferenzen das Recht, einen Bericht zu erarbeiten, der diese Nachprüfung genau spezifiziert. Das ist

sozusagen das formelle Ergebnis der Regionalkonferenz.

Da es mehrere Regionalkonferenzen gibt, war der Zwischenvorschlag mit den Vorsitzenden abgestimmt, dass der Rat der Regionen diese Berichte zusammenführt, allerdings nicht in dem Sinne, dass er irgendetwas wegstreicht, sondern dass er seine Funktion als Clearingstelle ein wenig erfüllt, dass dort Dopplungen vermieden werden, dass gegebenenfalls auch an die eine oder andere Region die Rückfrage gestellt wird: „Meinst du das wirklich so, oder wie können wir das gemeinsam formulieren?“, damit die Nachprüfaufträge, die aus den Regionen kommen, eine gewisse Konsistenz haben. Aber wenn eine einzelne Regionalkonferenz darauf besteht, dass genau dieser Punkt so formuliert wird, dann ist es auch ihr gutes Recht, es genauso stehen zu lassen.

Dieser zusammengefügte Bericht aus den verschiedenen Regionalkonferenzen wird über den Rat der Regionen an die einzelnen Adressaten dieser Nachprüfung gegeben, dort bearbeitet, beantwortet und fließt letztendlich in die Entscheidungsgrundlagen ein, die dem Bundestag bzw. der Bundesregierung vorgelegt werden, die darüber aus den verschiedenen Quellen entscheiden und letztendlich zu dem Beschluss über den Meilenstein kommen, das heißt, die Regionen zum Beispiel für die obertägige Erkundung zu beschließen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Jäger, noch eine Stellungnahme? Bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Hagedorn, zumindest für mich war ein bisschen unklar, wie sich die Rechte in den Prozess einordnen. In dem Papier, das wir eben schon angesprochen haben, waren diese Rechte ganz klar jeweils an den Meilensteinen verortet, wenn die Vorschläge für obertägige/untertägige Erkundung um den Standort

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

vorliegen, dass dann ein sehr klarer Prozess mit klaren Rechten und Wirkungen einsetzt. Wenn das so zu verstehen war, dann d'accord. Dazu verweise ich noch mal auf das Papier. Da wäre es aus meiner Sicht gut greifbar, was dann passiert. Das wäre auch ein sehr wirksames Recht der Regionalkonferenz.

Zu der Idee, das in dem Rat der Regionen noch mal zu konsolidieren: Da bin ich sehr skeptisch. Ich möchte an dieser Stelle vielleicht noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen: Ich hatte schon mal einen Vorschlag gemacht, wonach die Regionalkonferenzen dieses Recht haben sollten, dass aber das nationale Begleitgremium am Ende bei BfE und BGE landet. Dazu gab es durchaus kontroverse Vorstellungen. Frau Kotting-Uhl hat, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, interveniert, dass damit die Regionalkonferenzen abgewertet würden. Andere Akteure haben das ähnlich gesehen.

Das hat mich am Ende in den Diskussionen, die wir, also Herr Kudla, Herr Sommer und ich, dazu geführt haben, dazu gebracht, zu sagen: Ja, dann sollte man in der Tat die Regionalkonferenzen in dem Sinne stärken, dass sie das unmittelbar machen können, allerdings immer mit dem Verweis, dass man in dem Kontext auch noch sehen muss, welche Rechtsschutzmöglichkeiten gegeben sind.

Deswegen würde ich mich jetzt ungern der Vorstellung nähern, dass statt des nationalen Begleitgremiums nunmehr der Rat der Regionen wieder eine Konsolidierung macht und möglicherweise sogar noch ein eigenes Interventionsrecht bekommt. Wenn ich mir das praktisch vorstelle, liegt es wahrscheinlich im Rat der Regionen, den wir nachher noch diskutieren werden. Vielleicht können wir es auch mal abschieben und sagen, wir reden jetzt nur über die Regionalkonferenzen und lassen das Zusammenwirken mit dem Rat der Regionen ein Stück weit zurück.

Wenn sich der Rat der Regionen in großen Teilen auch aus den Regionalkonferenzen rekrutiert, dann kann ich mir vorstellen, dass die Vertreter der Regionalkonferenzen unter einem enormen Druck stehen, wenn sie im Rat der Regionen das Votum aus der Regionalkonferenz vertreten müssen. Dann haben wir wieder die ähnliche Situation, dass dort Entscheidungen repräsentativer Gremien getroffen werden.

Ich würde dafür votieren, dass wir das jetzt noch mal zurückstellen, bis wir den Rat der Regionen diskutiert haben, und die Rechte jetzt nur auf die Regionalkonferenz beziehen, dort aber bis auf weiteres unterstellen, dass dieses Recht dann direkt wirkt - dreimal im Prozess.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das deckt sich weitgehend mit dem, was Herr Jäger gesagt hat. Der Rat der Regionen ist für mich nur ein Austauschforum von Informationen zwischen den Regionalkonferenzen. Die Regionalkonferenzen an sich müssen aber immer direkt mit dem BfE bzw. eventuell mit dem Vorhabenträger kommunizieren. Da soll nicht noch irgendein Gremium - sei es Rat der Regionen oder das nationale Begleitgremium - dazwischen sein. Die Regionalkonferenzen sollen, wenn sie ein Nachprüferecht wahrnehmen, das nicht erst in ein nächsthöheres Gremium einbringen, sondern direkt an das BfE weitergeben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Meister, bitte.

Vorsitzender Ralf Meister: Zustimmung zu den beiden Voten zuvor und gleichzeitig noch einmal kurz ein Hinweis, wieso es zu dieser Veränderung gekommen ist. Ich glaube, dass tatsächlich eine Kollision mit dem Gesellschaftlichen Begleitgremium entstehen könnte. Der Rat der Regi-

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

onen - so heißt es ja - kann regionenübergreifende Fragen hervorheben. Die Prüfaufträge der einzelnen Regionen werden dabei nicht verändert. Das steht ja dezidiert drin. Es geht nicht darum, dass da etwas Neues entsteht. Darin ist allerdings eine Gemeinwohlorientierung, die verstärkt in den übergreifenden Regionen wahrgenommen werden soll, beschrieben.

Es hat schon etwas damit zu tun - Herr Jäger, wir müssten uns dann noch mal überlegen, wie denn das Gesellschaftliche Begleitgremium aussehen soll -, dass diese für mich entscheidende Gemeinwohlorientierung des gesamten Verfahrens über Jahrzehnte gewährt wird. Mir fehlt da viel Fantasie, muss ich sagen. Ich habe allerdings deutlich mehr Fantasie, dass diese Grundsatzfragen in den Regionen zur Sprache kommen und auf einer anderen Ebene noch mal klarer, pointierter reklamiert werden, nämlich im Rat der Regionen.

Als Konsequenz aber jetzt auch zu diesem Textentwurf, zu den beiden Voten von Ihnen und Herrn Kudla: Wir haben unter der Regionalkonferenz formuliert, die Prüfaufträge werden vom Rat der Regionen zusammengefasst, siehe oben, also im zweiten Absatz bei den Regionalkonferenzen. Diese Interventionsrechte, wie Sie sie nennen, oder Nachprüfrechte müssen unter den Regionalkonferenzen eingeführt werden. Wir hatten sie in den Rat der Regionen zurückgestellt. Sie müssten auch schon in den Regionalkonferenzen aufgeführt werden, übrigens mit weitestgehender Zustimmung zu dem Verfahren, wie Sie es beschrieben haben. Wir haben noch nicht im Detail darüber gesprochen. In diesen Fragen wird sicherlich noch eine Debatte notwendig sein. Aber im Kern müsste dies an dem Punkt unter den Regionalkonferenzen als die zentrale Option auftauchen.

In der Exegese des Textes haben wir übrigens bei den Regionalkonferenzen zwei Absätze. Der erste

Absatz sagt - dazu habe ich bisher auch keinen Widerspruch gehört -: Dezidiert ein Aufgabenportfolio, das weitestgehend Akzeptanz gefunden hat, und sie bekommen im zweiten Absatz mit dem Interventionsrecht und den Nachprüfungsrechten noch mal die schärfste Waffe mit an die Hand.

Für mich ist das weitestgehend - jedenfalls so, wie ich die Debatte verstanden habe - in einem breiten Konsens, wie die Regionalkonferenz bisher besprochen worden ist.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Das ist ein bisschen schwierig. Ich glaube, ich hatte schon mal erwähnt, dass Struktur- und Inhaltsdiskussionen schwer zu trennen sind. Ich komme wieder damit. Ich weiß, dass ich nerve, aber das ist hier mein Job.

Ich stelle mir schon die Frage - das hängt elementar mit der Frage der Ausgestaltung der Rechte zusammen -: Woran beteilige ich denn diese Regionalkonferenzen, auch in welcher Phase? Beteiligte ich sie zu den Kriterien? Da war mal eine relativ breite Äußerung immer: Nein, auf gar keinen Fall. Die Kriterien an sich sind gesetzt. Dann darf sie auch nicht der Beteiligung unterlegen. Ich darf nicht Beteiligung zu einem Kriterium simulieren, wenn ich sie als gesetzt empfinde. Da muss ich die Courage haben und muss sagen, über die Kriterien an sich findet keine Beteiligung statt.

Beteiligte ich zu der Anwendung der Kriterien? Mit Sicherheit bei der Frage: Wie komme ich zu immer weniger Regionen? Beteiligte ich später dann letztlich bei Anwendung der Kriterien, wenn es nachher um einen oder wenige finale Standortregionen geht? Beteiligte ich dann bei den ober-/ untertägigen Erkundungen, also bei der Ausgestaltung dieser Erkundung? Gibt es da

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Beteiligungsmöglichkeiten, oder können wir uns das nur angucken, und das zählt nicht zum Beteiligungsportfolio? Wenn es eine Standortentscheidung gegeben hat, beteilige ich dann wieder zu der Frage: Wie wird die Realisierung stattfinden, also die Ausgestaltung des Endlagers, die Umsetzung?

Das alles sind ganz elementare Fragen. Wenn ich weiß, wann ich zu welchen dieser Dinge tatsächlich ernsthafte Beteiligungen anbieten will, muss ich die dazu passenden Rechte packen. Das hängt schon sehr elementar miteinander zusammen. Um diese Diskussionen werden wir spätestens jetzt eigentlich nicht mehr herumkommen. Wir müssen schon schauen, was die Regionalkonferenzen in welcher Phase tatsächlich inhaltlich zu sagen haben, und dann muss man schauen wie wir das, was wir an Beteiligung haben, auch in ein Rechteportfolio dieser Regionalkonferenz gießen. Das kann nämlich changieren; es kann am Anfang ganz anders aussehen als am Ende.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir haben uns im Verlaufe der Arbeit bezüglich der Zwischenberichte gegenüber Herrn Hagedorn in unterschiedlicher Weise geäußert. Als wir mehrere Entwürfe hatten, die mit dem Ablauf starteten, haben wir ihm aufgegeben, er solle zunächst mal die Akteure identifizieren. Jetzt sind wir momentan in der Situation, dass wir auf Seite 11 die Regionalkonferenzen beschrieben haben, auf Seite 13 dann den Ablauf, und dass wir auf Seite 14 wiederum beschrieben haben, was die Regionalkonferenz in den verschiedenen Phase macht. Es ist einfach der Moderation schwer möglich, letztendlich diese Überbrückung hinzubekommen. Wir haben den Text schon einmal genau rezipiert in den Phasen und hatten in den Phasen dann gesagt, es macht keinen Sinn, die Phasen zu betrachten, solange wir nicht eine Vorstellung davon haben, wer als Akteur auftritt und welche Strukturen wir haben.

Ich glaube, dass wir aus unserem eigenen Arbeitsprozess ableiten können, dass es da unterschiedliche Zugänge gibt. Wir haben jetzt einen, und wenn wir 15 Uhr überschreiten, werden wir das auch in den Phasen diskutieren und werden, wie gesagt, uns immer über Verdichtungen und über Rücksprünge unsere jeweiligen Zwischenergebnisse versichern wollen.

Wir hätten für die Regionalkonferenzen jetzt die Überlegungen, die Herr Meister dargestellt hat, für die Aufgaben, die wir zunächst zurückgestellt hatten, den ersten Absatz einmal als relativ handlungsleitend anzusehen, und wir hätten die Frage der Rechte für die Regionalkonferenz als Recht der Nachprüfung/Intervention als innerhalb der Regionalkonferenz verankert. Wir haben als Ausblick auf den Ablauf auch schon gesagt, dass das an drei Stellen auftaucht, würden das aber noch mal aufgreifen, wenn wir die Abläufe durchsprechen, dass wir es da auch noch mal verankern. Wir haben jetzt für einen Moment die Frage zurückgestellt, ob und inwieweit der Rat der Regionen a) ein eigenes Nachprüfungsrecht hat und b) noch in irgendeiner Weise etwas vor die Klammer zieht. Jedenfalls stand hier auch schon, dass sie redaktionell unbearbeitet bleiben. Also haben wir das Nachprüfungsrecht als das wesentliche und schwerpunktmäßige Recht.

Jetzt ist die Frage, ob und inwieweit wir unter „Rechte“, redaktionell gesehen, auch solche Sachen wie die, die ich vorhin angedeutet habe, noch stärker konturiert haben wollen, also Akteneinsichtsrechte, Zitierrechte. Ich würde sagen, darüber brauchen wir jetzt nicht lange zu diskutieren: Ja, das sollte noch mit aufgenommen werden, damit man es noch mal abschließend diskutieren kann. Danach kämen wir zu der Frage des Budgets.

Sind Sie damit einverstanden, dass wir jetzt die Frage der Finanzierung ansprechen? Dann wäre bei der Finanzierung jetzt die Frage: Wie sollte

die Regionalkonferenz mit den Mitteln ausgestattet sein, die ihr eine organisatorische Struktur bieten und die unter dem Schlagwort „Waffengleichheit“ bzw. „gleiche Augenhöhe“ zu finden sind? Waffengleichheit finden wir hier nicht wieder. Es steht im letzten Absatz zur Regionalkonferenz, dass es eine bestimmte Finanzierung geben sollte. Diese Finanzierung ist - das ist nahe liegend - von der Organisationseinheit zu gewährleisten.

Es gibt auch Vorstellungen - die sind nicht von mir; das sage ich gleich -, dass es sehr ähnlich wie die Asse-Begleitgruppe sein könnte, also dass man eine Geschäftsstelle schafft und dass man diese Geschäftsstelle mit den Mitteln ausstattet, die notwendig sind, um Gutachter zu benennen, Räume anzumieten usw.

Bezüglich der Finanzierung ist von uns eigentlich nur zu diskutieren: Ist das noch mal ein Gesichtspunkt, der uns in Richtung Unabhängigkeit vom BfE führt, oder ist das eine rein technische bzw. finanzielle Angelegenheit, die mit einer bestimmten Aufgabenbestimmung, die an der Stelle dem BfE zugeordnet wird, eigentlich keine weiteren Probleme aufwirft? Ich selber würde da keine weiteren großen Probleme sehen, muss aber reflektieren, dass andere - nicht zuletzt auch die Frage, wer das Geld hat, der bestimmt die Struktur - Bedenken dagegen angemeldet haben. Deshalb dazu vielleicht noch zwei, drei Beiträge. Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Ich nehme das erst einmal zurück und führe später aus.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay. Dann wäre die Frage: Ist die Finanzierung noch ein Problem oder letztendlich kein Problem? Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich stelle mir auch vor, dass jede Regionalkonferenz eine Geschäftsstelle hat. Wie viele Personen dann dort sitzen, kann ich jetzt nicht sagen. Vielleicht zwei, würde ich mal meinen.

Zur finanziellen Ausstattung: Auch ich bin der Meinung, da müsste jemand einen Vorschlag machen, der sich schon mal mit ähnlichen Fragen beschäftigt hat. Ich bin kein Spezialist für die Finanzierung von Geschäftsstellen. Das muss jemand machen, der sich damit besser auskennt. Da stelle ich mir auch vor: Zwei oder drei aus dem Kreise machen einen Vorschlag, auch für die Finanzierung der anderen Gremien, die wir noch haben. Wir haben ja noch mehr.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich möchte es mal so sagen: Solange Ihr Bauchgefühl nicht in die Richtung geht, dass da ein Problem wäre, das andere hier gesehen haben mit Blick auf Ihr Bauchgefühl - die rein technische Umsetzung der Ausstattung einer Geschäftsstelle sollten wir hier nun wirklich nicht diskutieren. Es geht ausschließlich um die Frage, ob ein Finanzfluss, der sich aus einem Budget des BfE ergibt, irgendwo noch Probleme aufwirft. Ich möchte jetzt wirklich keine Probleme herbeireden, die nicht mehr gesehen werden. Wenn es also so gesehen wird, dass es eine Regionalkonferenz mit der Ausstattung von bestimmten Geschäftsstellen gibt, und diese Geschäftsstellen werden schon nicht ausgehungert werden, dann brauchen wir darüber jetzt wirklich keine halbe Stunde zu diskutieren. Ich muss es nur aufrufen. Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Man muss daraus ja kein Problem konstruieren, aber ich glaube, dass das jetzt tatsächlich ein Punkt ist, wo wir im Bericht sehr präzise sein müssen, also jetzt nicht nur: Da sollte man, und das wird dann schon. So ähnlich liest sich der Absatz im Moment. Das muss von mir aus kein Problem sein, aber ich glaube, es

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

braucht tatsächlich einen sehr konkreten Vorschlag. Ich kenne nicht viele Beispiele, wo das tatsächlich schon funktioniert hat und wo man jetzt probiert, ähnlich zu agieren. Im Asse-Begleitkreis scheint es dann ja doch ein relativ schwieriges Aushandeln zu sein, konkret: Welches Budget? Welche Gutachter? Ich glaube, das jetzt offen zu lassen, wäre schwierig.

Was die Aufgabe ist: Ich habe auf der einen Seite im Regionalworkshop sehr stark dieses Interesse: Ihr gebt uns da eine Aufgabe, und dann finanziert die bitte auch ausreichend. Ich glaube, das muss unbedingt abgesichert werden. Nicht, dass da ein Interesse ist: Wir würden uns ja vielleicht öfter treffen oder mehr Leute einbeziehen, aber wir können es uns gar nicht mehr leisten. Das macht ja keinen Sinn.

Das andere ist tatsächlich eher unter dem Gesichtspunkt „Augenhöhe“. Von mir aus eigenes Know-how aufbauen, eigene Gutachter beauftragen, wenn es darum geht, einen eigenen Teil auf dieser Informationsplattform zu bearbeiten. Das kann ich aber nur machen, wenn ich dafür ein entsprechendes Budget habe. Insofern braucht es einen sehr konkreten Vorschlag, für welche Aufgaben tatsächlich und wie - wenn man es direkt macht - aus dem Bundeshaushalt Geld zur Verfügung zu stellen ist.

Es ist als ein zentraler Aspekt auch schon im AkEnd genannt worden, dass das für die Beteiligung ganz wichtig ist. Deshalb sollten wir das jetzt nicht insofern offen lassen wie jetzt diese sehr schwierige, im Einzelfall zu entscheidende Geschichte, welche Regionen konkret einzubeziehen sind, wenn es um bestimmte Standorte geht. Ich glaube, hier sollten wir sehr präzise sein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde Sie beide bitten, möglicherweise das folgende Vorgehen zu unterstützen: Kein Problem herbeireden,

klare Vorgaben machen, könnte so aussehen, dass wir sagen, es muss eine angemessene Ausstattung sein, und wir überlegen uns, welche drei, vier Kriterien wir an die Hand geben, was „angemessen“ heißt. Das würde wahrscheinlich der Weg sein, der uns einerseits absichert, dass nicht nichts dasteht, dass wir andererseits wir aber auch nicht einen Haushaltsplan für eine Geschäftsstelle aufstellen. Das wäre nicht möglich. Das wäre mein Vorschlag.

Wenn Sie Ihre Beiträge machen, nennen Sie vielleicht gleich schon mal ein, zwei, drei Spiegelstriche für die Fragestellung: Was könnte eine angemessene Ausstattung sein? Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Zunächst mal hätte ich zur Mittelbegrenzung angeregt, dass formuliert wird, dass wir die Bundeshaushaltsordnung zugrunde legen. Damit ist gewährleistet, dass nicht allzu viel erfolgt - wie wir erfahrungsgeprägt aus dieser Kommission heraus wissen. Jetzt aber zu etwas mehr Seriösem.

Ich würde zwischen der Durchführung der Konferenzen, also zwischen all dem, was im Hinblick auf Regionalkonferenz oder Zusammentreten des Rats der Regionen notwendig ist, differenzieren. Dafür braucht man eine Geschäftsstelle und gewissermaßen eine gewisse Erstattung. Dagegen würde ich den Teil abschieben, der die Gutachten, die in Auftrag gegeben werden können, betrifft. Ich denke mal, es kann nicht so sein, dass man zu jeder Ausarbeitung des Vorhabenträgers parallel ein spezifisches Gutachten durchführen lässt. Da bedarf es einer gewissen Relativierung dessen, was im Rahmen der Überprüfung am Ende ausgegeben werden kann.

Was die Frage der finanziellen Höhe anbelangt, müsste man dazu eine Vorstellung entwickeln: Wie häufig tagt ein solcher Rat der Regionen?

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Wenn ich mir vorstelle, dass es drei bis vier Veranstaltungen pro Jahr sind, kann man sich überlegen, wenn man solch eine Veranstaltung organisiert, dass man zum Beispiel von etwa 25 000 Euro pro Veranstaltung ausgeht. Wenn wir dort Gelder als Entschädigung für die Leute, die teilnehmen, ähnlich wie in der Schweiz vorsehen, wären wir in einer Größenordnung, die pro Region ca. 100 000 Euro beinhalten würde. Wenn wir dann fragen, was das im Hinblick auf eine Begutachtung bedeutet, wird man, was Einbindungssachverstand und was die Einbindung von Gutachtern anbelangt, mit diesem Betrag nicht allzu weit kommen. Ich denke, dass man an dieser Stelle vermutlich nicht für jede Region gewissermaßen parallel die Gutachten vergeben muss, sondern dass das dann über den Rat der Regionen zentralisiert oder koordiniert werden könnte.

Kurzum: Auf der Ebene der Begutachtung würde ich eine Größenordnung von 400 000 bis 500 000 Euro pro Jahr für eine angemessene Größe halten, um die Augenhöhe an dieser Stelle zu rechtfertigen. Für die Veranstaltung und die Begleitung durch eine entsprechende Geschäftsstelle würde ich von einer Größenordnung von 250 000 Euro ausgehen; denn es sind zwei Leute plus die Organisation etc., die erforderlich ist, sodass man bei fünf oder sechs Standorten in eine Größenordnung von 3 bis 4 Millionen Euro pro Jahr kommt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder, bitte.

Michael Fuder: Ich halte mich hier seit einiger Zeit ziemlich zurück. Das hat mit dem Zusammenhang dessen zu tun, was jetzt diskutiert wird, und mit dem, was vor der Pause diskutiert wurde.

Wir sind in der Notwendigkeit - so wird gesagt -, auf der einen Seite sehr konkret zu sagen, was notwendig ist, damit es nicht beliebig ist. Auf

der anderen Seite stellt sich hier Schritt für Schritt, glaube ich, für jeden heraus, dass das überhaupt nicht geht. Wir können hier nicht andeutungsweise so konkrete Vorgaben machen, Herr Becker, wie Sie gesagt haben, wie sie andererseits aber irgendwie notwendig sind. Wir können hier nicht andeutungsweise auch nur eine Idee davon entwickeln, was in den nächsten 30 bis 40 Jahren in diesem Prozess für Partizipation notwendig sein wird, jetzt nur auf der materiellen Seite. Drei bis vier Kriterien zu nennen und zu sagen, ja, es muss natürlich so etwas wie eine Geschäftsstelle geben, ja, es muss natürlich so etwas wie eine fachliche Unterstützung geben, ja, es muss eine Aufwandsentschädigung für die im inneren Zwiebelring geben. Nebenbei gesagt: Ich glaube, das ist bisher noch nicht erwähnt worden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Doch, in der Bundeshaushaltsordnung.

Michael Fuder: In der Bundeshaushaltsordnung? Ja, danke.

Ja, so etwas kann hier geleistet werden. Ich glaube, spätestens jetzt wird jedem langsam bewusst, dass es im laufenden Prozess Hunderte oder Tausende von kleinen Einzelentscheidungen geben müssen. Ich will an dieser Stelle nicht die Diskussion aufmachen, was das für die Trägerschaft bedeutet, denn ich glaube, diese Frage entsteht in jedem Kopf von ganz alleine.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Niehaus, bitte.

Gerrit Niehaus: Gerade diesen Punkt finde ich wichtig. Allein „angemessene Ausstattung“ reicht nicht aus. Das haben wir auch schon im Standortauswahlgesetz gesehen. Da gibt es gerade bei den Bürgerbüros ausdrücklich die Formulierung, dass Geld für fachliche Beratungen da sein soll, weil wir da auch schon der Meinung

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

waren, allein die angemessene Ausstattung einer Geschäftsstelle reicht als Hinweis nicht aus, weil das eben gerade ein Problem ist. Deswegen würde ich formulieren: „Angemessene Ausstattung mit Geschäftsstelle und Finanzierung einer eigenständigen fachlichen Beratung“, um die Formulierung aus dem Standortauswahlgesetz wieder aufzunehmen.

Das ist natürlich ein praktisches Problem, weil die Behörde selbst den Job hat, umfassend auch kritische - sie darf hier nicht einfach einer Mehrheit folgen - Wissenschaftler hinzuziehen. Die Kapazität der Sachverständigen wird wahrscheinlich begrenzt sein. Wir erleben es jetzt schon, dass vielfach der kritische Sachverstand von den Behörden eingekauft wurde, weil das ihr Job ist, und dass die damit für solche Verfahren befangen sind. Aber das würde ich mal außen vor lassen. Das können wir hier nicht zu Ende erörtern.

Deswegen mein Vorschlag: Angemessene Geschäftsstelle und Möglichkeit der finanziellen Ausstattung für die fachliche Beratung. Wahrscheinlich stimmt das von den Zahlen her, was Herr Thomauske sagt, aber das sollten wir nicht in unseren Vorschlag aufnehmen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde Herrn Hagedorn, etwas erweiternd zu Herrn Niehaus, bitten, Folgendes mitzunehmen: Wir sind der Auffassung, dass wir eine Darlegung brauchen, was die angemessene Finanzausstattung ausmacht, die sowohl die Aufteilung in organisatorische Mittel als auch in fachliche Unterstützung meint. In dieser Darlegung sollten möglicherweise noch ein, zwei wichtige Punkte aufgezählt werden, aber es sollte klargestellt werden, dass im Übrigen letztendlich die Zweckverfolgung im Vordergrund steht.

Die Formulierung „um zu gewährleisten“ heißt insbesondere, dass eine gleiche Augenhöhe möglich ist. Da muss man auch mal ein, zwei andere Formulierungen finden können, sodass wir jetzt nicht nur die Kostenpositionen aufzählen, sondern auch die Zweckverfolgungen, die mit den Kostenpositionen verbunden ist. Aus dieser Mischung, aus den Kostenpositionen und aus den Zweckverfolgungen insgesamt, wird dann hoffentlich eine sprachliche Matrix entstehen, die das Gewollte beschreibt.

Ich nehme von Herrn Niehaus mit, dass „angemessen“ nicht ausreicht. Es war auch nicht so intendiert. Ich nehme aber auch nicht an, dass wir jetzt nur schreiben wollen: „Angemessene Geschäftsstelle und fachliche Begleitung“, sondern insbesondere auch, um etwas zu gewährleisten. Das soll auch eine vornehme Formulierung sein, damit nicht der Eindruck entstehen kann, dass Mittelknappheit zu inhaltlichen Einflüssen führt. Das müssen sich dann die Nachfolgenden überlegen, wie sie das ausgestalten.

Können wir uns darauf einigen? Müssen wir dazu noch etwas sagen? Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das ist ungeheuer motivierend.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nun zum nächsten Punkt.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Einverstanden, Herr Gaßner. Nur, um uns spätere Diskussionen zu erleichtern: Sehr einverstanden. Keine Beträge nennen, sondern den Rahmen, die Zielvorstellung formulieren.

Da die Hauptdiskussion bekanntermaßen am Ende bei dem Stichwort Augenhöhe landen wird: Was bedeutet das denn? Heißt es, da gibt es Leute, die erwarten, dass man zu jedem fachlichen Gutachten ein Gegengutachten hat, sodass

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

man das sozusagen in der vollen Bandbreite doppelt? Da wäre meine Anregung, Herr Hagedorn, dass Sie versuchen, in Ihren Beschreibungen zu adressieren, dass das eben nicht gemeint ist. Wenn das gemeint wäre, dann hätten wir ein Riesenthema hier. Ich würde uns empfehlen, dass wir das direkt adressieren, damit es in der Folge möglichst schon klargestellt ist. Das führt eher zu Missverständnissen als einzelne Beiträge, die wir hier möglicherweise austauschen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wenn ich darauf hinweisen darf: Herr Thomauske hatte gerade gesagt, dass wir das unter anderem auch regionenübergreifend machen sollten. Es müsste also natürlich auch ein Spiegelstrich sein, keine Doppelarbeit und Synergismen zu produzieren. Das hatte ich schon so verstanden, dass wir da jetzt nicht zu abschließenden Formulierungen kommen können. Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Es sollte deutlich werden, dass Augenhöhe nicht meint, dass das Genehmigungsverfahren dann darüber geführt wird.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Eben. Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn (DEMOS): Ganz konkrete Rückfrage: Kann ich denn schreiben, dass es dem Rat der Regionen zugeordnet wird, diese Gutachten untereinander zu koordinieren?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Nein.

Hans Hagedorn (DEMOS): Aber das wäre es ja eigentlich.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nein. Wir wollen eine hohe Unabhängigkeit der Regionalkonferenz, und wir müssen dem Rat der Regionen eine zusätzliche Aufgabe zuweisen, wenn wir sie

identifizieren. Aber wir sollten die Regionalkonferenzen als das wesentliche Gremium ansehen und, da das hier ja auch einstimmig ist, erst mal eigenständig ausstatten, und zwar sowohl mit Rechten als auch mit Finanzen. Wir sollten jetzt also keine Verknüpfung machen.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Man könnte das rein praktisch, weil wir eben auch das Thema Pflichten hatten, auch als Pflicht der Regionalkonferenz definieren, dass sie, wenn sie ein Gutachten vergibt, verpflichtet ist, das zu kommunizieren, und wenn dann im Umkehrschluss zu einem bestimmten Thema in einer Regionalkonferenz schon ein Gutachten vorhanden ist, dass die Regionalkonferenzen gehalten sind, das nicht zu doppeln.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dazu würde ich dann noch eine Rückfrage an Herrn Kudla richten: Haben Sie noch andere Vorstellungen als diese Überlegungen mit den Pflichten, wie wir das für die Regionalkonferenz diskutieren sollten? Dann würde ich Sie bitten. Ich will Sie jetzt nicht festlegen, dass Sie dazu auch schon Inhalte vor Augen zu haben, aber wenn Sie welche hätten, könnten Sie diese freundlicherweise noch einmal benennen?

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Wer Rechte hat, der hat in meinen Augen auch Pflichten. Die Pflicht besteht mehr oder weniger darin, sich überhaupt zu äußern und in einer bestimmten Zeit zu einem Ergebnis zu kommen. In meinen Augen muss den Regionalkonferenzen auch ein gewisses Zeitlimit vorgegeben werden, damit sich die Diskussion nicht über Jahre hinzieht. Insofern hat die Regionalkonferenz die Pflicht, in dem gesetzten Rahmen zu einem Ergebnis zu kommen und dieses Ergebnis auch zu kommunizieren. Das sehe ich als wesentlich an. Es kann nicht sein, dass das immer in einem schweben-

den Zustand gehalten wird. Da geht das Verfahren nicht weiter. Dass kein schwebender Zustand entsteht, ist die Pflicht der Regionalkonferenz.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das war jetzt gut allgemein, würde ich sagen, und deshalb auch sicher zu übernehmen. Ich will es nicht bewerten, sondern ich finde, das ist ein gutes Abstraktionsniveau.

Michael Fuder: Da standen jetzt noch die Zahlen. Herr Jäger, Sie hatten es auch noch mal ausdrücklich gesagt: Bitte keine konkreten Zahlen benennen. Die bitte ich doch zu streichen. Das halte ich für zu spekulativ.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich hatte die Zahlen auch nicht genannt, damit sie hier reinkommen - das halte ich nicht für sinnvoll -, sondern damit wir eine Größenordnung entwickeln oder uns vorstellen können, worüber wir reden.

Michael Fuder: Wir sind uns also einig, dass keine Zahlen auftauchen? Denn das wäre eine Extradiskussion. Wollen wir die wirklich anfangen? Ich glaube nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich übernehme den Vorschlag und mache die nicht ganz ernste Anmerkung, dass dann die Frage entsteht, welcher Barwert für den Betrag gilt. Es ist die andere Kommission, die sich mit Auf- und Abzinsungsfaktoren beschäftigt. Das sollten wir hier jetzt nicht machen, wie diese finanzielle Entwicklung von Budgets in 30 Jahren aussieht. Deshalb in Klammern gesetzt.

Dann bitte ich Herrn Hagedorn, dass er uns etwa in der Struktur, die ich noch mal als Diskussionsgrundlage nehme - Aufgaben, Besetzungen, Rechte - einmal den Rat der Regionen vorstellt. Bitte, Herr Fox.

Andreas Fox: Ich hatte darum gebeten, die vorhin zurückgestellte Äußerung hier doch noch mit einzubringen, und zwar bezieht sich das auch zum Teil auf das, was Herr Sommer schon als offene Frage formuliert hat: Welche Aufgaben haben wir eigentlich? Welche Aufgabe hat die Regionalkonferenz? Herr Kudla hat gerade in Bezug auf die Pflichten noch einmal hervorgehoben, dass es darum geht, Stellungnahmen zu erarbeiten. Ich hatte eingangs doch etwas erweitert, dass die Auswahlentscheidungen begleitet werden und dass möglicherweise auch Überprüfungen in Gang gesetzt werden. Das bedeutet letztlich auch, dass die Regionalkonferenzen in diesem Prozess eine kontinuierliche Aufgabe gegenüber der Öffentlichkeit und auch im Entscheidungsprozess selbst haben. Ich denke, das wäre dann zu beschreiben, was letztlich in einem kontinuierlichen Prozess von den Regionalkonferenzen erwartet wird.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay. Ich würde darum bitten, dass wir das aufnehmen, dass die Frage der Aufgaben in der Kurzfassung noch nicht die Ausbreitung gefunden hat und hinreichend beschreibt, welche Detaillierungen im Prozess von der Regionalkonferenz erwartet werden.

Ich sehe es auch so, dass die Beschreibung in dem Wechselspiel zwischen Beschreibung unter der Überschrift „Regionalkonferenz“ und Beschreibung in den einzelnen Phasen noch mal wieder zur Abstraktion führen wird, die wir bei den Regionalkonferenzen einsetzen, damit der Leser dann auch sieht, was das gesamte Aufgabenportfolio ist, aber weiterhin in der Situation sein wird, dass man das Portfolio nur versteht, wenn man auch den Ablauf kennt. Das wird also ein Wechselspiel sein. Sie werden gleich merken, wenn wir die Ablaufskizzen erörtern, dass dort nichts mehr stehen würde, wenn alles hier schon stehen würde, und umgekehrt können hinten keine Aufgaben ausgeschwitzt werden, die

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

vorne nicht zumindest in einer bestimmten Abstraktion auch aufgeführt sind. Von daher ist es ein sehr wichtiger Hinweis von Herrn Fox, den wir sowohl inhaltlich als auch redaktionell lösen müssen.

Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt etwa in der Struktur Aufgaben, Besetzung und Rechte auch den Rat der Regionen von Herrn Hagedorn zunächst vorgestellt bekommen. Ich würde die Punkte „Pflichten“ und „Finanzen“ im Übrigen im Rahmen der Diskussion aufrufen. Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn (DEMOS): Rat der Regionen, Stichwort: Aufgaben. Am besten kann man sich das vielleicht vorstellen, wenn man sich den Rat der Regionen erst einmal komplett wegdenken würde und sich nur die zwei oder sechs - oder wie viele auch immer - Regionalkonferenzen vorstellt. Das würde bedeuten, dass sich jede Regionalkonferenz, jede Region letztendlich als Einzelkämpfer versteht. Die Gefahr, die gesehen wurde - so habe ich es bisher in der Diskussion verstanden -, ist, dass eine Verhärtung in der Debatte stattfindet: Wir als Region gegen das große, böse Staatswesen, das uns den Atommüll überhalsen wird.

Um genau diese Verhärtung auszuräumen und auszugleichen, ist die Idee, die damals durch Herrn Renn vorgebracht wurde, dass sich die möglicherweise Betroffenen an einem Tisch zusammensetzen, ihre Perspektiven gegenseitig spiegeln und einerseits als Gesamtheit die Interessen der verschiedenen Regionen vertreten, aber dadurch, dass sie zusammenkommen auch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf das Problem entwickeln.

Um genau das zu machen, müssen sie die einzelnen Bedenken, die aus den Regionen kommen, natürlich auch erörtern. Sie können in die ein-

zelnen Regionen auch wieder Rückfragen hineinstellen, damit die Diskussion dort nicht zu sehr auf Partikularinteressen geht, sondern gemeinsam ein Umgang mit dieser Herausforderung gefunden wird: Wie gehen wir in Deutschland mit den radioaktiven Abfällen um?

Die Idee, wie sie zusammengesetzt werden, ist, dass sie grundsätzlich aus den Regionalkonferenzen delegiert werden.

Jetzt kommen wir schon ein bisschen in Richtung Teilgebietskonferenz. Die Idee ist, dass die Funktion des gesamtgesellschaftlichen Perspektivenwechsels auf diese Problematik schon in dieser frühen Phase gemacht wird, zu einem Zeitpunkt, wo die Zuspitzung der Standortbenennung noch nicht vorhanden ist. Dadurch, dass wir dort dann Leute haben, die sich über einige Zeit mit diesem Problem auseinandergesetzt haben, bilden diese Leute den Grundstock an Personen, die in dem Rat der Regionen zusammenarbeiten. Damit wird die gesamtgesellschaftliche Perspektive sehr stark auch in die regionale Debatte hineingetragen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Und noch mal der Annex, obwohl Sie es schon dargestellt haben: Die Rechte.

Hans Hagedorn (DEMOS): Jetzt haben wir das, was wir eben zurückgestellt haben, die Frage, inwieweit es Sinn macht, dass das harte Interventionsrecht in dem Sinne, dass man Nachprüfungsaufträge formuliert, auch dem Rat der Regionen zugestanden wird, sei es als Formulierung eigener Nachprüfungsaufträge oder als Unterstreichung und Fokussierung von Nachprüfungsaufträgen, die aus der Region heraus kommen.

Letztendlich wäre die Idee, dass der Rat der Regionen sehr ähnliche Rechte und Pflichten hat wie die Regionalkonferenzen, aber dadurch, dass sie diese gemeinsame Perspektive entwickeln,

auch untereinander schon erste Probleme ausräumen können und auch als ein gewisser Filter von reinen regionalen Egoismen dienen, wodurch die Debatte auf eine etwas gemeinwohlorientiertere Ebene gehievt wird.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Da war Herr Hagedorn an einer Stelle ein bisschen vorsichtig. Ich hatte es vorhin schon mal in der Moderation gesagt: Ich wäre der Auffassung oder stelle das zur Diskussion, wenn sechs Regionalkonferenzen ein Nachprüfungsrecht haben, dass es der Rat der Regionen auch haben sollte. Da kann man natürlich auch anderer Meinung sein, aber das sollten wir dann so konkret und klar diskutieren.

Das Zusammenführen war eher ein anderer Aspekt, um noch mal zu unterstreichen, dass der Rat der Regionen, wenn er etwas vor die Klammer zieht, möglicherweise etwas mehr Autorität hat. Aber das sollte jetzt nicht im Zentrum stehen. Wir haben den sechs Regionalkonferenzen klar ein Nachprüfungsrecht eingeräumt. Soll der Rat der Regionen auch eines haben, ja oder nein? Das sollten wir bitte diskutieren: Aufgaben, Besetzung und Rechte.

Herr Jäger ist der Erste, der sich gemeldet hat.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Im Kontext der Aufgaben. Sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich dazu noch einmal eine sehr grundsätzliche Frage habe. Meine Frage lautet: Gibt es an irgendeiner anderen Stelle schon mal ein Beispiel, wo ein vergleichbares Gremium so gewirkt hat, wie Sie es eben beschrieben haben, wo also Betroffene - es sind alles Betroffene - zusammenkommen und diesen Spagat zwischen Betroffenheit einerseits und Gemeinwohlinteressen andererseits in dem Sinne bewältigt haben, wie Sie es gerade geschildert haben, Herr Hagedorn? Gibt es dazu ein praktisches Beispiel?

Hans Hagedorn (DEMOS): Den Bundesrat?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Bitte?

Hans Hagedorn (DEMOS): Den Bundesrat?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Kotting-Uhl. Dann würde ich auch gerne etwas zu dieser Frage sagen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich kann die Frage von Herrn Jäger nicht beantworten. Bundesrat passt sicher nicht. Erstens besteht er nur aus regionalen Egoismen, und zum anderen ist da ja ganz Deutschland abgebildet. Eigentlich könnte da eine nationale Verantwortung entstehen. Das tut es auch manchmal in den Sternstunden, aber eher selten.

Ich halte den Begriff der nationalen Verantwortung auch für dieses Gremium für überheblich. Ich glaube, das klappt nicht. Es sind letztlich, wie Herr Jäger gerade ausgeführt hat, alle Betroffenen, und wir müssen versuchen, herauszudestillieren, was aus dieser jeweils individuellen Betroffenheit der einzelnen Regionalkonferenzen sinnvollerweise an gemeinsamen Aufgaben erwachsen kann. Ich glaube, den Rat der Regionen nur als ein Austauschgremium ohne eigene Kompetenzen zu definieren, das wird nicht so richtig überzeugend sein. Wenn wir das als zusätzliches Gremium durchsetzen wollen, zum Beispiel bei uns im Bundestag, dann muss da schon irgendetwas dahinterstehen, wo man sagt: Ja, das ist notwendig.

Ich finde zum Beispiel, eine Aufgabe könnte sein, zu entscheiden oder zu definieren, wie denn der Ausgleich stattfinden soll. Das ist auch eine Frage, die wir bisher ausgeklammert haben, und zwar aus gutem Grund, weil sie recht diffizil ist und immer gleich so interpretiert wird: Wie kauft man die Regionen? Deswegen bin ich nach wie vor der Meinung, das darf auf keinen Fall aus der Politik heraus beantwortet werden, auch

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

nicht vom BfE, sondern das müssen die Betroffenen selber tun. Und da kann der Austausch helfen. Ich finde, das ist etwas, was im Rat der Regionen letztlich ventiliert werden könnte: Wie kann denn ein Gesamtkonzept aussehen, das die Übernahme dieser unglaublichen Verantwortung und das Schultern dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe - ja, wir nehmen das Endlager für hoch radioaktiven Müll in unserem Gebiet hin - regelt?

Dazu sollten sich die Regionen im Austausch miteinander äußern. Ich finde, dafür ist der Rat der Regionen eigentlich der richtige Ort, um so etwas letztlich zu debattieren und vielleicht sogar zu einem Vorschlag oder zu einer Entscheidung zu kommen. Dass das nicht ausreicht, ist mir völlig klar. Aber ich finde, man darf die Aufgabe nicht unterschätzen. Sie muss irgendwo geleistet werden, und sie muss eben von den Betroffenen geleistet werden, aber so, dass etwas möglichst Breites dahintersteht. Nicht aus eigener Erfahrung, aber aus dem, was ich von Dritten in annähernd vergleichbaren Verfahren gehört habe, ist es ja immer so, wenn es um solche Kompensationen geht: Je größer der Einzugsbereich derer ist, die sich darüber auseinandersetzen, umso weniger haben irgendwelche wahnwitzigen Vorstellungen tatsächlich Boden, sondern das ist dann am Ende wirklich vernünftig. Das muss aber trotzdem, finde ich, von den Betroffenen selbst entwickelt werden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich glaube, dass der Begriff der nationalen Verantwortung oder der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung viel zu weitreichend ist. Er ist ein Platzhalter dafür, dass ich keine Lokalbornierung habe. Dann muss man sagen, das ist sprachlich noch nicht getroffen. Das würde ich auch so sagen. Der Rat der Regionen soll einen über die Regionen hinausragenden Blickwinkel haben.

Wo ich es mir besser vorstellen kann, wäre die Aufgabe, auch den Verlauf des Standortauswahlprozesses, der Phase, in der wir ihn jeweils agieren sehen, nachzuzeichnen und es durchaus auszuhalten, dass die Betrachtungen in der Regionalkonferenz eher darauf gerichtet sind, zu sagen, wie kann ich es begründen, dass dieser Standort nicht auftaucht, und das mal zu spiegeln, ob ich mit den Argumentationen, die ich als einzelne Regionalkonferenz verwenden würde, auch einen Kompromiss auf einer Ebene finde, in der sechs Regionalkonferenzen repräsentiert sind. Denn bei Standortauswahlverfahren ist es nicht selten so, dass ich für meine einzelne Region möglicherweise die Anwendung von Kriterien in Frage stelle, wo die nächste Region sagen würde: „Moment, ich weiß schon, was du im Hinterkopf hast. Aber so geht es nicht, denn das würde den schwarzen Peter sehr schnell zu uns schieben.“

Diese Art nicht von lokaler Borniertheit, sondern von dem Aushalten der Einzeldarlegungen, das mal institutionell auch aushalten zu müssen und sich nicht nur auszutauschen - wir machen drei Bürgerversammlungen und ihr macht nur zwei -, sondern zu sagen: „Jetzt lasst uns auch mal ran, wir holen uns auch mal das BfE ran, und jetzt holen wir uns auch mal das unabhängige Begleitemium und diskutieren noch mal“, das ist aus meiner Sicht eine bestimmte Art, sich als Gremium zu verstehen, das sich eine eigenständige Meinung bildet. Die Meinungsbildung ist dadurch vorprogrammiert, dass ich eben nicht nur eine Standortregionen-Vorlage übernehme, sondern dass ich es aushalten muss, dass eine bestimmte Sichtweise möglicherweise bei anderen anders aufschlägt. Oder noch banaler ausgedrückt: Es kann wirklich sein, dass man ein Schwarzer-Peter-Spiel dergestalt verhindert, dass ein Rat der Regionen zu einer gemeinsamen Einschätzung kommen soll; denn sonst hat das Gremium keine Funktion. Dann kann man es auch in sich zusammenfallen lassen, wenn er sich nur

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

als ein reiner organisatorischer Austausch verstehen würde.

Also Anfangspunkt: Gesamtgesellschaftlicher Blickwinkel, nationale Aufgabenstellung sind überhöhende Begriffe. Es geht darum: Wie kann ich jenseits von Standorteigeninteressen bzw. Einzelinteressen dazu kommen, dass ich eine Institution habe, die qua Zusammensetzung bei dieser Aufgabe zu einer eher übergreifenden Sichtweise - nennen wir es mal so - kommt? Wenn die in einer reinen Ablehnungsfront aufgeht, dann war es das eben. Wenn eine übergreifende Behandlung, eine übergreifende Sichtweise dazu führt, die einzelnen Regionalbefindlichkeiten ein bisschen zu korrigieren - gerade auch im Hinblick auf weitere Bearbeitungen -, dann stelle ich mir vor, dass dieser Rat der Regionen eine gute Aufgabe wahrnehmen kann.

Abg. Eckhard Pols: Die Niedersachsen unter uns werden das kennen, Herr Miersch. Wir haben gerade das Dialogforum Schiene Nord in Celle gehabt. Da geht es um eine neue Eisenbahntrasse, die die Güterverkehre aus dem Hamburger Hafen und aus dem JadeWeserPort ableiten soll. Auch hier gab es eine Bürgerbeteiligung, um die Regionen zusammenzubringen: Wo führen wir diese Strecke entlang? Man hat sich letztendlich aus fünf oder sieben verschiedenen Alternativen, die es gab, mehr oder minder auf eine Strecke geeignet, die aber auch nicht konfliktfrei ist. Man könnte das, was dort in Celle passiert ist, als Beispiel für eine Beteiligung von verschiedenen Regionen und auch verschiedenen Interessensgruppen nehmen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das bewerten Sie positiv?

Abg. Eckhard Pols: Ja, ich bewerte das positiv, wobei das Ergebnis für viele nicht positiv war. Letztendlich ist es genau wie bei der nuklearen Entsorgung: Irgendeinen wird es treffen. So ist es

da auch. Da hat es auch eine Region betroffen, und das ist die Region zwischen Hamburg und Uelzen. So wird es hier letztendlich auch sein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank, Herr Pols. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Herr Gaßner, Sie haben vieles schon gesagt. Ich würde es vielleicht so ausdrücken: Das nationale Begleitgremium muss gemeinwohlorientiert sein, und der Rat der Regionen muss übergreifend regionenorientiert sein. Es sind Regioneninteressen, die hier zusammen vertreten werden. Ich würde vom Rat der Regionen nicht einmal verlangen, dass er unbedingt gemeinwohlorientiert ist. Das ist in meinen Augen eine Überforderung.

Den Rest haben Sie eigentlich schon gesagt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Zwei Komponenten, einmal anknüpfend an das, was Sylvia Kotting-Uhl gesagt hat. Wenn ich es das richtig in Erinnerung habe, hatte auch Herr Renn gesagt, dass aus einem solchem Gremium auch Möglichkeiten der Akzeptanzvoraussetzung geboren werden können. Deswegen würde ich es positiv formulieren wollen, dass man vielleicht auch den Entscheidungsfindungsprozess der Standortfindung in irgendeiner Form mit Voraussetzungen bzw. Akzeptanzbrücken befähigen kann.

Dann würde ich zweitens, wenn hier „spezifiziertes Nachprüfungsrecht“ steht, noch einmal auf das Grundproblem zu sprechen kommen. Ich kann mir vorstellen - dafür brauchen wir wieder die Zeitschiene -, dass für den Fall, dass beispielsweise die Regionalkonferenzen die Nachprüfungsrechte geltend gemacht haben und dann wieder etwas kommt, zum Beispiel noch einmal ein Rat der Regionen das Recht hätte, zu einem

späteren Zeitpunkt durchaus noch mal den Finger in die Wunde zu legen. Das ist nicht gemeinwohlorientiert das große Ganze, aber es kann sein, dass die betroffenen Regionen in diesem Rat doch eine Mehrheit bekommen, um noch mal an einer Stelle zu intervenieren.

Ich weiß nicht, ob das deutlich genug ausgedrückt ist. Das kann ich jetzt aber noch nicht entscheiden. Ich würde das Nachprüfungsrecht jedenfalls nicht auf gleicher Ebene sehen wie die Regionalkonferenzen, sondern würde dort noch mal eine Interventionsmöglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt sehen. Dazu muss man aber das gesamte Portfolio der Prüfung noch einmal vor Augen haben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Wenn man sich überlegen will, welche Aufgaben man dem Rat der Regionen im Unterschied zu den Regionalkonferenzen zuweisen kann, dann könnte man sagen, die geowissenschaftlichen Kriterien zu bewerten, das könnte im Rat der Regionen liegen, die Anwendungen dann wiederum spezifisch bei den jeweiligen Regionalkonferenzen.

Aber wir haben noch andere Dinge wie beispielsweise die Regionalentwicklung. Betrifft das Programm für die Regionalentwicklung, wenn ich dann auch in Richtung der planungswissenschaftlichen Abwägung gehe, nicht Themenfelder, bei denen man sich überlegen kann, dies dem Rat der Regionen als Aufgabe zuzuweisen, anstatt es von vornherein bei dem spezifischen Blickwinkel der Regionalkonferenzen anzusiedeln, die dazu natürlich ihren Beitrag leisten werden, also dies als eine Aufgabe im Rat der Regionen anzusiedeln? Das wäre eine Überlegung, weil ich glaube, dass man dem Rat der Regionen auch inhaltliche Zuständigkeiten geben sollte.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Thomauske. Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Spannend, Herr Thomauske. Das finde ich sehr überlegenswert. Es ist aber natürlich wieder eine etwas merkwürdige Diskussion, die wir führen - erst über die Struktur -: Wir haben einen Rat der Regionen. Jetzt suchen wir für ihn eine Aufgabe. Andersherum wird ein Schuh daraus, aber ich sage das heute nicht zum ersten Mal.

Zum jetzigen Zeitpunkt der Debatte ist für mich der Rat der Regionen nicht erkennbar mit irgendeiner sinnvollen Funktion auszustatten. Ich halte ihn beim jetzigen Stand der Debatte für völlig überflüssig, nicht unbedingt im Verfahren. Das hat etwas damit zu tun - ich glaube, Herr Kudla sagte es gerade -: Gemeinwohl ist eigentlich der Begriff, um den wir da gerungen haben, und der Rat der Regionen wird nicht Gemeinwohl produzieren. Ich glaube, ich habe es schon einmal zitiert. Der geschätzte ehemalige Oberbürgermeister meiner Landeshauptstadt, OB Rommel, hatte mal diesen schönen Satz geprägt: „Aus der Summe von Einzelinteressen entsteht nicht Gemeinwohl, sondern Chaos.“ Zu glauben, diese einzelnen Regionalkonferenzen, über deren Inhalt der Beteiligung wir auch noch nicht diskutiert haben, zu einem Rat der Regionen zusammenzuführen, und da würde dann irgendwie qua höherer Kraft ein Gemeinwohl entstehen, davon dürfen wir uns, glaube ich, verabschieden. Es kann für den Rat der Regionen einen Sinn geben, in der Tat, aber ich für meinen Teil kann erst darüber diskutieren, wenn ich über den Sinn und deshalb auch zunächst über den Inhalt der Beteiligung auf der Ebene der Regionen diskutiert habe.

Wir drehen uns permanent im Kreis, weil wir es heute geschafft haben, uns in knapp sechs Stunden Debatte - trotz meines händeringenden Apfels am Anfang - immer wieder über die Inhalte

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

der Beteiligungen herumzudrücken. Ich habe für meinen Teil nicht mehr die geringste Lust, bei dieser Debatte mitzumachen, und werde das auch nicht mehr tun. Ich werde meinen Koffer packen und werde die AG 1 verlassen, und zwar jetzt. Ich werde dann wiederkommen, wenn man bereit ist, über die Inhalte der Beteiligung zu diskutieren. Das können Sie mir gerne schriftlich oder mündlich mitteilen. Vielen Dank.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Ich hätte diesen Beitrag gerne schon ein wenig früher geleistet. Herr Thomauske sucht jetzt nach Aufgaben für den Rat der Regionen. Herr Gaßner spricht über den über die Region hinausgehenden Blickwinkel, den der Rat der Regionen einbringen könnte. Das Ziel seien dann übergreifende Sichtweisen und Einschätzungen jenseits von Einzelinteressen und Einzelperspektiven.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fox, wenn ich Sie einen Moment unterbrechen darf. Es gibt mehrere, die sich gerne noch an Herrn Sommer wenden würden. Deshalb würde ich Herrn Sommer bitten, dass er die Höflichkeit hat, noch einen Moment da zu bleiben. Ich kann jetzt wiederum Herrn Fox nicht unterbrechen, damit andere sich an Sie wenden können. Wenn Sie so freundlich wären, noch fünf Minuten hier zu bleiben, damit diese Möglichkeit erwächst. Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Genau. Es steht auch genau in dem Zusammenhang. Darauf könnte Herr Sommer vielleicht direkt reagieren. Diese Arbeitsthese passt nämlich genau zu dem, was Herr Sommer jetzt als Problem eingebracht hat.

Arbeitsthese: Wäre es nicht vernünftig, dass aus den regionalen Konferenzen jeweils ein oder

zwei Vertreter in das eigentlich schon strukturierte und schon vorgesehene nationale Begleitgremium entsandt werden? Mit welchen Rechten auch immer; darüber muss man sich dann unterhalten. Aber diese könnten dort im nationalen Gesellschaftlichen Begleitgremium, diese organisierte regionale Perspektive einbringen und auch zur Diskussion stellen. Dann wäre der Rat der Regionen möglicherweise verzichtbar - als Arbeitsthese.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla und Frau Kotting-Uhl wollen sich, glaube ich, direkt mit dem Vorschlag von Herrn Sommer beschäftigen. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Herr Sommer, ich würde Sie bitten, zu bleiben, schlicht und ergreifend deshalb: Ich verstehe es nicht ganz. Wir reden doch hier über Aufgaben und Rechte der verschiedenen Beteiligungsorganisationen, von der Regionalkonferenz, vom Rat der Regionen. Das sind doch Inhalte, oder? Die Aufgaben und die Rechte, die die verschiedenen Institutionen haben, gehören doch zu den Inhalten der Beteiligung. Ich dachte, wir haben jetzt mit unserem Papier ein paar Mal kommuniziert, dass wir uns da annähern. Ich verstehe Sie jetzt in diesem Fall nicht, muss ich ganz ehrlich sagen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich verstehe es schon, und ich teile auch das, was dahintersteht: Dass man natürlich in einem sinnvollen Aufbau zunächst einmal hätte definieren müssen: Was ist eigentlich der Inhalt? Was ist das Ziel der Beteiligung? Ich war eigentlich der Meinung, in unseren bisherigen Brainstorming-Runden haben wir das schon ziemlich genau herausdefiniert, aber wahrscheinlich stimmt das gar nicht. Und wenn es herausdefiniert war, dann hätten wir es zu Be-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

ginn unserer heutigen Debatte noch mal kurz benennen können. Insofern finde ich das schon richtig: Erst der Inhalt und dann die Strukturen für diesen Inhalt.

Ich bin aber beim Rat der Regionen, ehrlich gesagt, etwas in einem Zwiespalt, weil ich ihn wichtig finde. In der Tat befinden wir uns jetzt in der erstaunlichen Situation, dass wir sagen: Was tut der denn eigentlich, oder welche Kompetenzen bekommt er, die jetzt nicht schon in den Regionalkonferenzen abgedeckt sind? Ich finde ihn aber deshalb wichtig - das schließt direkt an Sie an, Herr Fox -, weil ich glaube, es muss ein Gremium geben, in dem die regionalen, individuellen, egoistischen Interessen nicht gegeneinander laufen, sondern sich noch mal als etwas Übergeordnetes bündeln können. Ich gehe nicht davon aus. Ich glaube, dass der lange Prozess der Beteiligung ein anderes Ergebnis haben kann, als dass jede Regionalkonferenz nur das Interesse darin sieht: Ich will das nicht haben, und ich tue alles dafür, damit es nicht in unserer Region landet. Das glaube ich nicht. Ich glaube, ein gutes Verfahren kann anders laufen, kann ein anderes Ergebnis haben. Aber das werden wir erst hinterher wissen.

Aber nehmen wir mal an, es ist so, und wenn die Regionalkonferenzen installiert werden, wird es ja auch erst einmal so sein, dass sie sagen: „Na ja, da tun wir aber unser Möglichstes, damit wir nicht die Region sind, die am Ende herauskommt.“ Ich finde, wenn es nur diese Regionalkonferenzen gibt und dann den gemeinwohlorientierten, nicht betroffenen Rest der Bundesrepublik, dem es egal ist, wo es hinkommt, weil sie sowieso aus dem Schneider sind. Das sage ich jetzt noch mal so, obwohl ich die Sprache nicht so gut finde; darüber müssen wir uns auch mal darüber unterhalten, ob wird da nicht eine andere Wortwahl finden müssen. Es muss aber darauf geachtet werden, dass den Regionen Gerechtigkeit widerfährt.

Wie sieht die Kompensation aus? Ich will es noch mal erwähnen. Da gibt noch eine Menge anderer Punkte, wo die nicht gegeneinander laufen, denn wenn der eine es bei sich verhindert, muss es eben woanders hin. Das halte ich für notwendig. Das ist in der Tat eine Strukturfrage, aber ich halte eine solche Struktur für notwendig.

Das kann in meinen Augen eben nicht, Herr Fox, das nationale Begleitgremium sein, weil das nationale Begleitgremium gerade von solchen regionalen, persönlichen oder individuellen Interessen völlig frei sein soll. Es soll über dem ganzen Verfahren stehen und soll ein Wächter sein: Folgt das Verfahren dem vorher Festgelegten? Entspricht es dem Standortauswahlgesetz? Entspricht es dem, was diese Kommission oder die Verfasser des Gesetzes intendiert haben? Es darf sich nicht mit regionalen Interessen befassen, und deswegen bin ich auch dagegen - das kommt hier, glaube ich, auch irgendwo vor; das ist jetzt noch nicht der Tagesordnungspunkt - und halte es nicht für richtig, in diesem nationalen Begleitgremium Mitglieder aus den Regionalkonferenzen zu haben, sondern die gehören genau in solch ein Extragremium. Deswegen ist das wichtig. Es muss das geben. Es muss diesen Ort geben, wo die sich treffen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Wollten Sie noch mal etwas sagen, Herr Sommer?

Jörg Sommer: Ich habe zwei freundliche Sätze gehört, und dann wird anschließend weiter über Strukturen diskutiert. Mein Verständnis für diese Art der Sitzungsführung ist definitiv erschöpft.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Dann schlage ich vor, wir machen mal fünf Minuten Pause. Im Anschluss an die Pause würde ich Herrn Becker und Herrn Fuder aufrufen.

(Unterbrechung von 15.27 Uhr bis 15.35 Uhr)

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir werden jetzt einen Sprung machen müssen, weil wir die Situation haben, dass wir um 16.30 Uhr noch einen nichtöffentlichen Teil haben und wir um 17 Uhr zu Ende kommen müssen, weil eine Reihe von Leuten Nachfolgetermine haben. Ich habe gewusst, dass Herr Grunwald während des Tages mal weg ist. Dass er jetzt wegmusste, wusste ich nicht.

Ich würde Ihnen jetzt vorschlagen, dass wir den Mut haben, in die Phase Ib zu springen. Wir sollten die Restzeit nicht damit verbringen, den Rat der Regionen noch stärker zu konturieren, weil ich erst einmal davon ausgehe, dass wir grundsätzlich davon ausgehen, dass der Rat der Regionen eine Funktion hat und dass wir mit den Hinterfragungen, die jetzt aufgeteilt sind, an dieser Sache noch weiterarbeiten. Aber die Gesamtbeiträge waren nicht dazu angetan, zu sagen, wir verzichten auf den Rat der Regionen, sondern es geht eher in die Richtung, dass wir ihm in einer Prozessbetrachtung auch noch mal nähere Aufgaben zuweisen, wenn wir diese Phasenbetrachtungen machen.

Wir sind den ganzen Tag immer in dem Spagat, in dem Spannungsverhältnis: Was diskutieren wir, bevor wir in die Phasen gehen, und was diskutieren wir anhand der Phasen? Jetzt sollten wir zumindest eine Phase aufrufen, und das ist die, mit der wir uns am längsten und am intensivsten beschäftigt haben, sprich: Ich lasse den Rat der Regionen jetzt momentan in einem bestimmten Zwischenstand, der mit einem Beitrag von Herrn Thomauske noch mal eine weitere Verfeinerung erfährt.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Nur eine kurze Anmerkung: Ich finde es schade, weil wir jetzt doch eine ganze Reihe von Beiträgen hatten - wenn ich zum Beispiel Frau Kotting-Uhl nehme -, wo ich sagen würde, das sollte jetzt in den überarbeiteten Entwurf entsprechend eingearbeitet werden.

Dann haben wir zumindest die Begründung, warum man den Rat der Regionen braucht.

Der zweite Teil ist dann die Frage: Mit welchen zusätzlichen Aufgaben kann man ihn versehen? Das man das dann zumindest mal aufnimmt und dann darüber beim nächsten oder übernächsten Mal entscheidet: Was davon nehmen wir auf und was nicht?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Es wäre ein Missverständnis, wenn ich so verstanden werden würde, weil ich es so sehe, dass Herr Hagedorn, indem er diese Punkte auf die Pinnwand schreibt, sich dann auch in der Aufgabe sieht, das entsprechend textlich umzusetzen. Da ist eine Reihe von Gesichtspunkten. Deshalb hatte ich vorhin mal gesagt, einen Baustein nehmen wir wieder heraus, weil man sich da sozusagen einen Wolf formuliert. Hier sind die Aufgaben also aufgenommen. Bitte, Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Eine Anmerkung noch: Dass man die Abwägungskriterien dort ansiedelt, das hätte ich als Aufgabe gesehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das halte ich für eine ganz zentrale Aufgabe. Das habe ich jetzt nicht übersehen, dass es nicht auf der Pinnwand steht.

Herr Becker, ich hatte Sie jetzt abgeschnitten. Geht es, oder wollen Sie auch noch einen Beitrag machen? Ich möchte einfach diese Phase Ib behandeln. Sie müssen jetzt überlegen: Ich habe jetzt mit Ihnen zusammen quasi noch 45 Minuten, und in dem Verlauf der 45 Minuten sollen wir uns mit der Phase Ib beschäftigen und auch noch mal das Thema Teilgebietskonferenz aufrufen, aber im Verlauf und jetzt nicht abstrakt. Mir wäre das jetzt einfach wichtig. Natürlich könnte man zum Rat der Regionen noch Weiteres sagen. Ich sage aber, da gibt es eine relativ breite Konsenslinie, die der weiteren Ausarbeitung bedarf.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Die weitere Ausarbeitung können wir meiner Ansicht nach momentan delegieren. Deshalb noch mal eine Gewissensfrage an Herrn Becker. Danke.

Dann würde ich jetzt bitten, dass wir die Phase Ib aufrufen. Herr Hagedorn, das kommt jetzt ein bisschen überfallartig, aber Sie sind ja schon lange damit befasst. Würden Sie uns diese Phase noch einmal vorstellen, die die Interaktion insbesondere durch das noch nicht ganz flüssig zu lesende Schaubild verschiedener Beteiligter aufzeigt? Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn (DEMOS): Genau. Das Schaubild - Abbildung 2 auf Seite 15 - skizziert den Ablauf, der in dem Text näher beschrieben ist. Ich hänge mich mal an dem Schaubild entlang.

Es beginnt vorne mit dem Meilenstein, dass die Teilgebiete vom BfE festgesetzt worden sind, und endet am Schluss mit dem Beschluss der Regionen durch den Deutschen Bundestag.

Der Ablauf, wie er jetzt vorgeschlagen ist, wäre dann folgender: Am Anfang der Phase Ib arbeitet die Vorhabenträgerin, die BfE, den vorläufigen Vorschlag aufgrund der gesetzlich festgelegten Kriterien aus. Das BfE prüft den zunächst, veröffentlicht diesen Vorschlag und löst damit natürlich eine große öffentliche Aufmerksamkeit aus, sprich: In den Regionen werden natürlich erst mal sehr große Debatten erzeugt werden.

Parallel zur Ausarbeitung dieses Vorschlags hat ein Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung, der hier noch als „Stiftung“ bezeichnet ist, die organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen, damit der Rat der Regionen und die Regionalkonferenzen ad hoc gegründet werden können. Also quasi in der Minute, wo das BfE diesen Vorschlag veröffentlicht, ruft der Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung bereits in den Regionen an

und schlägt ihnen das Vorgehen vor, die entsprechenden Gremien zu gründen.

Diese Gremien werden dann in einem zu spezifizierenden Teil - darüber haben wir schon mal diskutiert -, gegründet, erörtern die Inhalte, die Herr Sommer immer anmahnt, und - was in diesen vier Dialogfeldern skizziert ist - arbeiten natürlich als eigenständige Veranstaltung. Das ist jetzt nicht eine große Veranstaltung, wo ein großer Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren stattfindet, sondern in der Summe der Veranstaltungen und der Kommunikationen, die dazwischen passieren. An einer anderen Stelle ist zum Beispiel aufgeführt, dass das Begleitgremium Botschafter entsendet, auch an diese Regionen.

In diesem Prozess der Zusammenarbeit, der zeitlich natürlich eine genaue Dauer haben sollte, werden einerseits die Arbeiten, die zu diesem Vorschlag geführt haben, nachvollzogen. Das ist sozusagen diese Formel: Nachvollziehen der Kriterien und überprüfen, ob die Kriterien korrekt angewendet worden sind. Das Nachvollziehen hat eher einen Informationsanteil. Da soll es klar sein, dass in dieser Phase nicht mehr groß darüber geredet wird. Aber wie diese Kriterien angewendet werden, auch dafür existiert natürlich ein Auslegungsspielraum, und der soll kooperativ in dieser Dialogphase erörtert werden und im Idealfall eben auch schon verbessert und optimiert werden.

Die Fragen, die dabei aus Sicht der Regionalkonferenzen offen bleiben, werden als Prüfauftrag definiert.

Was Sie da unten sehen, dieses Kästchen „Befragung“, ist die Besonderheit der Phase Ib, die wir auch lange diskutiert haben, nämlich dass gerade in dieser Phase, wo sozusagen zum ersten Mal von einer allgemeinen, bundesweiten Herausfor-

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

derung zu einem sehr konkreten Eingrenzen dieser vielleicht sechs Regionen kommt, diese Befragung durchgeführt wird, nicht im Sinne eines Referendums und auch nicht im Sinne einer digitalen, binären Entscheidung, sondern im Sinne einer qualifizierten Befragung, die durch einen geeigneten Akteur konzipiert und ausgewertet wird, mit dem Ziel, sehr spezifizierte Nachprüfaufträge zu formulieren, die gemeinsam mit den Prüfaufträgen aus den Regionalkonferenzen an die verschiedenen Gremien gehen. Die arbeiten darüber nach, arbeiten Sachen noch mal genauer aus, korrigieren sich gegebenenfalls auch. Das Ganze fließt dann in drei verschiedene Berichte.

Diese drei Berichte sind letztendlich in der jetzigen Fassung vom StandAG auch schon skizziert. Das eine ist der Bericht des BfE, der zentral den Vorschlag des Vorhabenträgers beinhaltet, inzwischen auch erörtert und gegebenenfalls korrigiert durch die Phase.

Dann gibt es die Beratungsergebnisse des Begleitgremiums, die davon völlig unabhängig sind und das Verfahren eher in seiner Gesamtheit betrachten. Und es werden durch den Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zusammengefasst, die in diesem Paket von diesen drei Elementen an die Bundesregierung gehen und letztendlich zum Beschluss des Deutschen Bundestages führen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Besten Dank. Ich würde den Vorschlag machen wollen, dass wir uns jetzt sehr konzentriert mit diesem Baustein „Befragung“ beschäftigen, weil er ein langes Herkommen hat. Ich gehe davon aus, dass wir das, was hier als Dialog über den Rat der Regionen und in den Regionalkonferenzen steht, bereits diskutiert haben. Wir haben auch die Prüfaufträge als Rechte der Regionalkonferenzen diskutiert.

Es ist jetzt eigentlich das Maßgebliche, ob dieses Element der Befragung für uns noch eine Bedeutung hat, ob wir es aufrechterhalten sollten bzw. ob es dem gerecht wird, was wir uns vorgestellt haben. Es ist in dem Teil, den wir nicht intensiver diskutiert haben, in ein paar Sätzen dargestellt worden, dass es von der Abfrage der Beteiligungsbereitschaft in einer sehr späten Phase durch den AKEnd über eine relativ ausführliche, kontrovers geführte Diskussion über Referenten, die ich mehr oder weniger für erledigt ansehe - aber das kann ich nicht als Moderator machen -, dazu gekommen ist, dass wir die Überlegung im Raum haben, dass es in der Phase Ib eine Befragung geben sollte, die wiederum in den Phasen II und III - das möchte ich als Vorgriff sagen - nicht vorgesehen ist, weil der Diskussionsstand, in den Phasen II und III die Bevölkerung aufzufordern, ihre Meinung zu äußern, sehr stark vorprogrammiert sein dürfte.

Wir haben alle das Gefühl, dass auch in dieser Situation die Auswahl auf möglicherweise sechs, sieben oder fünf schwierig ist. Der Vorschlag von Herr Hagedorn und Frau Simic geht dahin, dass man hier sozialwissenschaftliche Methoden anwendet, die auf Inhalte abzielen und die weniger auf die Frage abzielen: Bist du dafür oder bist du dagegen? Vielmehr zielen sie auf die Frage ab: Was hast du bis jetzt aufgenommen? Es ist auch eine Herausforderung an die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit aller Beteiligten, da eine einigermaßen vernünftige Grundlage zu schaffen.

Es geht also darum: Wollen wir in der Phase Ib diesen experimentellen Baustein - so möchte ich vorsichtig sagen - „Befragung“ als ein Minus zu einer Volksbefragung, als ein Minus zu einem Referendum haben? Dazu würde ich bitten, dass wir noch ein paar Meinungsbilder bekommen. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kuda: Zu dieser Befragung: Sie haben die Befragung textlich auf Seite

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

16 beschrieben. Da heißt es: „Eine schriftliche Befragung in allen in Frage kommenden Regionen soll auf Basis empirischer Methoden Aufschluss darüber geben, ob und inwieweit die regionale Bevölkerung Verbesserungsbedarf sieht und welche Lösungsansätze sich damit verbinden lassen. Das Ziel ist dabei, über gezielte Fragestellungen Hinweise darauf zu erhalten, an welchen Stellen Nachprüfungen notwendig sind.“

Ich habe mir das bisher immer so vorgestellt: Die Bürger, die Interesse haben, kommen zu den Regionalkonferenzen und bringen sich dort ein. Wenn diese Bürger Verbesserungsbedarf sehen, tun sie das dort kund, und dann schließt sich die Regionalkonferenz der Meinung der Bürger an oder eben auch nicht. Vielleicht wird dann ein Nachprüfungsauftrag ausgelöst.

Jetzt gehen Sie mit der Befragung sozusagen zu den Bürgern hin, zu denjenigen hin, die sich bisher noch nicht auf den Weg gemacht haben, die 3 Kilometer zum Versammlungsort auf sich zu nehmen, und befragen diese. Das Ergebnis soll dann in die Regionalkonferenz eingebracht werden, dort diskutiert werden, und dann entscheidet die Regionalkonferenz, ob noch mal ein Nachprüfauftrag ausgelöst wird oder nicht. Ist das so, oder habe ich das falsch verstanden?

Hans Hagedorn (DEMOS): Der letzte Schritt nicht. Der letzte Schritt wäre, dass der Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung diese Befragung auswertet und diese Nachprüfaufträge streng auf Basis der Befragungsergebnisse unabhängig von der Regionalkonferenz formuliert.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das wäre jetzt ein komplett anderes Verfahren. Gut, das kann man nachher vielleicht diskutieren.

Zum zweiten Teil. Etwas weiter in der Mitte auf Seite 16 heißt es: „Während eine demoskopische

Erhebung zwar repräsentative Ergebnisse erzeugen kann, könnte eine Erhebung nach Vorbild einer Briefwahl alle Bewohner der Regionen erreichen und damit auch informieren.“ Ich muss sagen, diesen Satz habe ich nicht verstanden. Was meinen Sie mit „Briefwahl alle“. Ist das jetzt doch eine Wahl, oder wie ist das zu verstehen?

Hans Hagedorn (DEMOS): Nein, es ist keine Wahl. Es ist sozusagen nur das Vorgehen, das man von der Sozialwahl und sonst etwas kennt. Man bekommt einen Brief zugeschickt, wo ein Fragebogen drin ist, gegebenenfalls auch ein Informationsheft, wo noch die ganzen Rahmenbedingungen beschrieben werden und das damit einen anderen Effekt erzeugt als eine demoskopische Befragung. Bei einer demoskopischen Befragung werden Sie abends um 6 Uhr kurz vorm Abendbrot angerufen, tausend Leute. Die Informationsgrundlage, um solche Fragen zu beantworten, ist sehr knapp, und Sie haben ein momentanes Stimmungsbild gemessen, aber auf einer relativ uninformierten Basis.

Die Idee ist, dass durch eine solche Information in die Fläche hinein sehr viel mehr Leute erreicht werden als die, die zu einer Regionalkonferenz gehen. Also gerade auch die Leute, die eigentlich nur eine gewisse Toleranz oder auch eine Indifferenz gegenüber dem Vorschlag haben, werden durch ein solches Instrument erreicht und können dadurch natürlich ganz eigene empirische Ergebnisse liefern, die in der Regionalkonferenz, wo sich eher die sehr Kritischen bündeln werden, ein ganz anderes Ergebnis erzeugen, als wenn ich das an die komplette Bevölkerung schicke und dort empirisch diese Hinweise abfrage.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Besten Dank. Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich darf noch mal auf unsere letzte Diskussion zurückkommen, die am

4. Januar 2016 stattgefunden hat. In dieser Teilgruppierung ist ja erläutert worden, wer da zusammenkommen soll. Da hatten wir dieses Thema schon besprochen. Ich erinnere mich, Herr Meister, dass Sie den Vorschlag gemacht haben, den ich für sehr gut angesehen habe, dass wir die weitere Diskussion um eine Befragung - wie auch immer sie gestaltet ist - damit starten, dass wir die Zielsetzungen dieser Befragung noch einmal präzise beschreiben.

Ich habe in Erinnerung, dass Sie eine Zielsetzung genannt haben, die da lautete: Beteiligungsbereitschaft erhöhen. Das war ein Vorschlag. Möglicherweise habe ich Sie missverstanden. Es leuchtete mir ein, dass ein solcher Impuls in der Bevölkerung sicherlich in die Richtung wirkt. Das könnte ich nachvollziehen, und so hatte ich damals die Gruppierungen, das Bürgerforum der ENTRIA, verstanden, dass sie ihre Volksbefragung dem ausschließlichen Ziel gewidmet haben, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Wir haben das alles problematisiert in der Diskussion mit dieser Gruppe, dass das so schwierig sein wird.

Wenn ich jetzt den Text lese, sehe ich, dass diese Zielsetzung nicht auftaucht, sondern es taucht eine andere auf, nämlich über gezielte Fragestellungen Hinweise darauf zu erhalten, an welchen Stellen Nachprüfungen notwendig sind. Wenn das die Zielsetzung ist, dann wäre ich dezidiert der Meinung, dass das ein falsches Instrument ist. Damit werden wir das nicht bekommen. Sie können die Leute nicht befragen. Ich bin kein Experte auf dem Sektor, aber ich habe eine Vermutung: Da können Sie noch so ausgeklügelte Fragen stellen - Sie werden das Ziel mit einer Befragung nicht erreichen. Wenn es das Ziel wäre, dann wäre ich dezidiert der Meinung, dass dieses Instrument nichts taugt und dass wir darauf verzichten sollten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich kann da anknüpfen. Es gibt noch eine weitere Aussage, in welcher die regionale Bevölkerung Verbesserungsbedarf sieht und welche Lösungsansätze sich damit verbinden lassen. Vielleicht bin ich da unterbeleuchtet, aber ich kann mir schlichtweg keine Fragestellung vorstellen, die dieses Ergebnis bringen kann. Wir haben in Deutschland durchaus Erfahrungen mit der Beteiligung selbst bei Eingliederungen, die Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterwahlen betreffen. Wenn ich mir jetzt vorstelle, dass wir eine Befragung der Bevölkerung über Verbesserungsvorschläge des bisherigen Verfahrens machen, dann sage ich: Ich kann es mir schlichtweg nicht vorstellen. Ich finde, wenn wir den Kommissionsbericht abgeben, dann kann man nicht da einfach so ein Verfahren hinschreiben, weil es vielleicht modern ist - oder wie auch immer - und gut klingt. Wir haben da eine hohe Verantwortung.

Wir haben es am 4. Januar 2016 besprochen. Ich hatte damals auch schon meine Zweifel angemeldet. Da hatten Sie ja einige Fragen vorformuliert. Aufgrund dieser Sätze kann ich mir keine Fragestellung vorstellen, die in irgendeiner Form irgendetwas bringt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir haben noch eine Reihe von Rednerinnen und Rednern, die ich gerne sofort alle aufrufen würde.

Ich möchte mich nicht dezidiert für die Befragung aussprechen - damit ich nicht missverstanden werde -, sondern ich würde Sie bitten, dass wir in der Kritik der Befragung gleichzeitig auch mit reflektieren: Das ist der letzte - ich nenne es jetzt mal ein bisschen garstig - Wurmfortsatz, mit dem wir eine Einbeziehung einer Bevölkerungsmehrheit oder Gesamtheit erreichen wollten, die außerhalb der Regionalkonferenz liegt. Wenn das so noch nicht gelungen ist, müssen wir uns überlegen, ob das jetzt doch unter Zeitdruck steht und ob die Kritik an der Befragung, bei der ich

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

sofort merke, dass da viel dran ist, dazu führt, dass wir letztendlich ganz darauf verzichten, oder ob noch mal Vorschläge kommen, wie wir da vielleicht noch mal einen Rücksprung hinbekommen. Mir fällt es momentan noch schwer, zu sagen, nach immerhin vier Monaten Arbeit sind wir zu dem Ergebnis gekommen, die Befragung ist es nicht, aber wir haben an der Stelle auch nichts anderes.

Wir müssen uns also doppelt entscheiden: Nicht nur gegen die Befragung, sondern möglicherweise auch dagegen, dass wir neben der Regionalkonferenz nichts in der Region haben. Deshalb habe ich mir erlaubt, jetzt mal etwas dazwischen zu sagen, damit sich jetzt nicht alle darin verdichten, dass es die Befragung nicht ist. Es sind zwei Entscheidungen, die wir momentan gleichzeitig vorstrukturieren. Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich denke, zur Befragung ist genügend gesagt worden. Darauf will ich jetzt nicht mehr eingehen, sondern eher auf den Punkt: In dem Standortauswahlgesetz heißt es, Akzeptanz ist zu berücksichtigen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Entschuldigung, wenn ich Ihnen ins Wort falle. Im Protokoll steht: „Bürgerversammlung ist festzustellen, ob Akzeptanz vorhanden ist.“

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, „ist festzustellen“. Dann gibt es aber noch einen Nachsatz: „und das im weiteren Verfahren zu berücksichtigen“. Dem Grunde nach dachte ich, dass unsere Aufgabe an dieser Stelle darin besteht, eine Inhaltsbestimmung vorzusehen, wie so etwas ausgefüllt werden könnte; denn da haben wir im Augenblick noch gar nichts. Ich würde mich stärker auf diesen Punkt konzentrieren als auf die Fragestellung, ein zusätzliches Instrument wie eine Befragung einzuführen.

Ein Punkt noch. Das wäre aber eher noch eine handwerkliche Geschichte zur Abbildung 2. Da sind ja die Akteure genannt, und es wird genannt, wer da was tut. Da habe ich bei der Fragestellung „Nachprüfung“ eine gewisse Schwierigkeit. Die Nachprüfung hätte ich nur beim BGE gesehen. Die setzt das dann im Prinzip um. Dann kontrolliert das wieder das BfE, und anschließend gibt es einen Bericht mit Vorschlägen. Danach geht es wieder zurück in diese Regionalkonferenzen, vom Ablauf her. Hier ist etwas parallelisiert, was aber hintereinander geschachtelt und angeordnet werden muss. Das interessiert mich, weil ich immer an Zeitabläufen interessiert bin.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich möchte das jetzt mal oberflächlich sagen: Das Schaubild ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Das ist ziemlich eindeutig. Seien Sie so lieb und lassen Sie uns momentan noch auf die Frage konzentrieren: Gibt es neben der Regionalkonferenz noch ein weiteres Instrument? Es ist ganz wichtig, dass wir dazu heute zu einem Zwischenergebnis kommen. Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Mich irritiert die Diskussion über die Befragung jetzt schon ein bisschen, muss ich ganz ehrlich sagen. Wir sind ja mal von der Diskussion ausgegangen, wollen wir ein Vetorecht einräumen, ja oder nein, und sind dann teilweise, weil sich die Runde nicht einigen konnte, teilweise auch, weil viele die Probleme gesehen haben - bei einer Abstimmung in der Phase Ib gewesen. Da war von denen, die jetzt gegen die Befragung reden, das Argument: Wir können keine Abstimmung machen. Das ist ja binär. Wir müssen da Informationen rauskriegen. Die Leute müssen sagen können, warum vielleicht Probleme da sind. Wir müssen doch Informationen aus dieser Umfrage bekommen und Ähnliches.

Ich wäre mit der Frage „Wollen Sie, dass die Regionalkonferenz ihr Nachprüferecht auslöst, ja oder nein“? voll zufrieden. Aber den Umkehrschluss zu ziehen, also erst zu sagen, wir müssen unbedingt eine komplizierte Befragung machen, und dann zu sagen, jetzt wird es aber zu kompliziert - ich finde, das geht jetzt auch nicht. Das heißt doch - man kann es nur so direkt sagen -, das ist jetzt der letzte Schritt, um dieses Instrument komplett zu streichen. Ich finde, das wäre tatsächlich, wie Herr Gaßner es ja auch eingeleitet hat, bei der Erwartung an die Kommission, auch neue Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung einzuführen, wirklich zu wenig.

Ich finde, es ist auch so schon sehr wenig, wenn man sagt, man nimmt das als ein neues Element hinein. Aber das sollte man sich dann durchaus trauen. Wenn es jetzt zu kompliziert ist, dann sollte man es wieder einfacher machen. Warum nicht? Damit habe ich kein Problem. Dann machen wir eine sehr einfache Befragung.

Es war ja auch die Diskussion, die wir in der letzten AG-Sitzung hatten, ob eine solche Befragung denn direkt ein Nachprüferecht auslösen kann oder nicht, ob das durch eine Institution vermittelt ist. Weil wir dann bei einer solch komplizierten Befragung waren, habe ich bei der informellen Sitzung Anfang Januar gesagt: Okay, dann muss wahrscheinlich eine Institution dazwischengeschaltet werden, die das dann auswerten kann. Aber das als Argument zu nehmen, um dieses Instrument komplett zu streichen, finde ich tatsächlich schwierig. Das wird auch den monatelangen Diskussionen und Auseinandersetzungen hier nicht wirklich gerecht. Da muss man wirklich sagen, dann vereinfachen wir es wieder und schaffen ein Instrument, was vielleicht tatsächlich so einfach ist, dass es direkte Auswirkung hat. Dann hätte man in dieser Phase tatsächlich ein Instrument, was man so nicht hat.

Das Entscheidende ist doch, dass man zeigt, man will möglichst alle beteiligen, man will neue Wege gehen und man will nicht nur etwas durchsetzen, sondern man will der potenziell betroffenen Bevölkerung tatsächlich zusätzliche Rechte einräumen. Wir müssen die Diskussion jetzt nicht wieder von vorne aufmachen, aber sie jetzt ganz kleinteilig an dem Ergebnis, wo man jetzt nach Langem hingekommen ist, nämlich an einer sehr komplizierten Befragung, zu beenden, weil uns die Befragung zu kompliziert ist, das finde ich sehr unbefriedigend.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Mir liegen jetzt noch Wortmeldungen von Herrn Kudla, Herrn Ott, Herrn Meister, Herr Fox, Herrn Jäger, Herrn Miersch und Herrn Niehaus vor. Ich möchte vorschlagen, dass wir, obwohl aus den Beiträgen noch mal der Bedarf einer Diskussion entstehen wird, jetzt schließen, weil wir gegen 16.20 Uhr abrechen und zwischen 16.20 Uhr und 16.40 Uhr noch einen Moment reflektieren, wo wir jetzt stehen. Da nützt es nichts, dann noch den 13. Beitrag zur Befragung zu hören, weil wir bis zum März nur noch drei Termine haben. Deshalb würde ich versuchen, um 16.20 Uhr abzurechnen, und würde alle bitten, sich zu diesem Punkt relativ kurz zu halten. Es zeichnet sich auch schon ein bestimmtes Bild ab, das jedenfalls nicht dazu führt, dass wir heute zu einem mehrheitlichen Konsens für die Beibehaltung kommen, um es mal vorsichtig zu sagen. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: In dem Papier steht, Ziel ist es, festzustellen, an welchen Stellen Nachprüfungen notwendig sind. Herr Becker, Sie hatten formuliert, man könnte fragen: Wollen Sie, dass die Regionalkonferenz ihr Nachprüferecht ausübt? Jede Frage zum Nachprüferecht setzt voraus, dass derjenige, der eine Antwort gibt oder der abstimmt, sich vorher intensiv mit der Materie befasst hat. Das ist Voraussetzung. Er muss sich intensiv alle Unterlagen vom BfE, vom

Vorhabenträger angeschaut haben. Das macht in meinen Augen nicht derjenige, der sowieso nicht mal zur Regionalkonferenz geht. Deswegen halte ich diese Art der Befragung an sich für nicht geeignet; das muss ich so sagen.

Ich könnte mir aber vorstellen, dass zum Beispiel die Regionalkonferenzen für sich in ihren Gebieten Befragungen durchführen. Aber das brauchen wir hier gar nicht zu regeln, denn das können die Regionalkonferenzen für sich machen. Wenn sie sich nicht sicher sind, wie die Stimmung in ihrem Gebiet ist, kann ja auch eine Regionalkonferenz eine Umfrage in ihrer Region starten. Das sollten wir den Regionalkonferenzen überlassen. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Herr Gaßner hatte vorher gefragt: Haben wir neben der Regionalkonferenz noch ein anderes Instrument? Das klingt immer so, als hätten wir nur die Regionalkonferenz. Das ist doch schon etwas. Das ist etwas Neues. Die Regionalkonferenz soll auch die Interessen der Region bündeln. So habe ich das immer gesehen. Deswegen würde ich keine zweite Schiene an der Regionalkonferenz vorbei aufmachen. Die Schiene, die Sie vorschlagen, geht an sich an der Regionalkonferenz vorbei, wenn der Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung das Ganze quasi auswertet. Die Regionalkonferenz soll eine starke Einheit in der Region werden. Ich meine, das ist schon was, und das ist etwas Neues.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Ott, bitte.

Erhard Ott: Ich kann mich dem, was Herr Kudla zum Schluss gesagt hat, durchaus anschließen. Ich sehe in der Tat nicht, wie eine differenzierte Befragung tatsächlich zu neuen Erkenntnissen führt, die dann eine Nachprüfung oder so etwas auslöst. Wir haben das unter verschiedenen Gesichtspunkten, wenn ich mir die ganzen fast

zwei Jahre angucke, diskutiert. Richtig ist der Hinweis auf das Vetorecht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir haben noch knapp ein halbes Jahr.

Erhard Ott: Ja, eben: Ein knappes halbes Jahr. Wir haben über das Vetorecht gesprochen und diskutiert. Das ist ein Instrument mit einer Ja-Nein-Abfrage, die eher das Gegenteil von dem auslöst, was man als Ergebnis am Ende haben möchte.

Das Zweite ist: Wir haben ganz am Anfang darüber diskutiert, wie wir breitere Schichten der Bevölkerung erreichen. In der Debatte um die Endlagersuche, um die Definition von Regionen bzw. Teilgebieten, haben wir ja mehrere Schritte gemacht, beispielsweise mit der Definition Teilgebiete. Vorläufiger Vorschlag: Die Reduzierung auf die Regionen. Wenn wir nachher in der konkreten Endlagersuche etwas erreichen wollen, muss eigentlich das Erreichen der breiten Bevölkerung anfangen, wenn das BfE sich mit den Teilgebieten und der Benennung der Regionen, die näher untersucht werden sollen, befasst. Da muss eigentlich die massive Öffentlichkeitsarbeit in die Breite der Bevölkerung hinein passieren.

Ich will noch einen Punkt aus dem Jugendworkshop benennen: Da war die Diskussion - man müsste mich korrigieren, wenn ich das falsch wiedergebe -, dass festgehalten wurde: Wenn so etwas wie eine Bürgerbefragung stattfindet, findet sie sehr früh zu Beginn des gesamten Verfahrens statt, beispielsweise zu der Fragestellung: Werden das Auswahlverfahren, die Kriterien und die Form der Öffentlichkeitsbeteiligung als gerecht und fair betrachtet? Dann kann auf Grundlage einer breiteren Bevölkerungszustimmung das weitere Verfahren auch gestaltet werden. Da ist man in der Diskussion unter den Jungen Erwachsenen in die Richtung, am Ende so etwas wie ein Vetorecht einzuräumen, relativ

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

breit. Es gab auch andere Stimmen dazu, aber die meisten haben sich dafür ausgesprochen, Bürgerbefragungen in der Breite sehr früh anzusetzen und nicht relativ zum Ende eines Verfahrens.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Marchand, bitte.

Cécile Marchand: Nur als Ergänzung: Wir haben das Thema im Zusammenhang mit dem sogenannten Beteiligungsparadoxon behandelt, im Sinne von: Am Anfang eines Beteiligungsprozesses, wo man am meisten Einfluss haben kann, beteiligen sich sehr wenige Leute, und am Ende, wenn die Entscheidungen schon fast getroffen sind, wollen sie sich alle beteiligen. Deswegen war die Überlegung, so frühzeitig wie möglich alle Bürger in den Prozess einzubinden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Meister, bitte.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Das schließt jetzt ein bisschen an das, was Frau Marchand eben sagte. Man kann es in das Bild fassen: Wann kocht das Wasser? Wir haben das Wasser jetzt erst einmal auf den Herd gestellt, und wir merken, es interessiert außerhalb dieses kleinen Kreises eigentlich niemanden, dass hier gerade etwas heiß wird. Diese Dynamisierung wird sich fortsetzen, bis nachher nur noch zwei oder nur noch einer übrig ist. Aber wenn es zwei sind, mit Sicherheit, und vielleicht auch, wenn sechs Regionen - diese Zahl, die wir immer nennen - ausgewählt sind, ist das eine konkreter werdende Beteiligung, die eine Dynamik auslöst, von der wir alle nur vage Fantasien haben. Niemand kann das mit irgendeinem Verfahren, was bisher in Deutschland gelaufen ist, vergleichen.

Ich stehe nach wie vor für dieses Verfahren mit einer Befragung an dieser Stelle, und zwar aus zwei oder drei Gründen. Sie haben Recht, Herr Jäger: Für mich ist es tatsächlich das Wichtigste,

dass das wahrscheinlich die Möglichkeit ist, dieses immer heißer werdende so zu nutzen, dass wir eine kollektive Gewissensschärfung über eine Grundsatzfrage in unserer Bevölkerung aufrufen können.

Wir sind vom Veto weggegangen. Das war nicht zu realisieren. Aber bevor das nur eine regionale Debatte wird, bietet sich hier die Chance, qualitativ noch mal eine Aussage zu bekommen: Wie wird das eingeschätzt? Das hat einen Nutzen, von dem meine Hoffnung wäre, dass er über die Einzelregionen bzw. über die Regionalkonferenzen hinausgeht. Der geht nicht nur über die beteiligten Regionalkonferenzen, in denen das stattfindet, sondern das ist tatsächlich noch mal eine Dynamisierung in der Wahrnehmung. Hier passiert etwas, was uns alle angeht. Das wäre für mich tatsächlich die Priorität.

Das Zweite: Welche Konsequenzen das darüber hinaus hat, also Auswirkungen von Nachprüfungen, würde ich relativieren, also direkt wirkend oder wirkend dann über Beantragung von Regionalkonferenzen.

Ein weiterer Effekt ist allerdings: Wir haben vermutlich - außer von Dritten, die auf die Idee kommen, das empirisch durch eine qualitative Befragung zu begleiten, was jetzt passiert - sonst keine Möglichkeiten, für den Prozess, der dann kommt und der noch Jahre dauern wird, noch einmal Belege zu bekommen: Wie reagieren die Menschen auf ein solches Phänomen? Und wie reagieren sie nicht nur in der Regionaldynamisierung - Achtung, wir könnten es sein, vielleicht aber auch nicht -, sondern in einer Verantwortung, dass viele Regionen eine Aussage dazu machen? Ich glaube, das ist in der Qualität des empirischen Ergebnisses etwas, was man auch in der dann folgenden Zukunft noch gut gebrauchen kann.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Deswegen würde ich nach wie vor dafür plädieren, bei diesem Beispiel, das wir ausgewählt haben, zu bleiben, auch weil mir, wie gesagt, nichts Besseres einfällt. Ich hätte sagen können, dass man - wie ich es nenne - eine kollektive Gewissensschärfung über ein Thema auch über ein nationales Begleitgremium konstituieren könnte, aber da bin ich sehr skeptisch. Es gibt bisher eigentlich keinen Fall, wo das gelungen ist.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Mir liegen noch Wortmeldungen von Herrn Fox, Herrn Jäger, Herrn Miersch und Herrn Niehaus vor, und ich habe noch ungefähr sechs Minuten. Ich möchte keinen abschneiden, aber wenn Sie bitte mit mir berücksichtigen, dass jeder aus dem Raum geht und sagt: „Der hat es ja nicht mal verstanden, zu einem Ende zu kommen.“ Das möchte ich dann nicht haben. Deshalb bitte relativ kurz. Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Ich versuche, mich kurz zu fassen. Wir haben in der Arbeitsgruppe versucht, ein plebiszitäres Element an einer Stelle einzuführen, das eine gewisse Glaubwürdigkeit für sich hat und das auch mit in Richtung auf eine Entscheidung hinarbeitet. Jeder einzelne Schritt, der in jeder dieser Phasen unternommen wird, muss letztlich ein Ergebnis haben. Wenn ich mir das hier anschau, dann arbeitet der Rat der Regionen, dann arbeiten die Regionalkonferenzen im Dialog, machen irgendetwas, und dann kommt da noch irgendwie die Befragung.

Vielleicht wäre eine Lösung darin zu sehen, dass, nachdem die einzelnen Regionalkonferenzen diesen Vorschlag, wie da oben steht - vorläufiger Vorschlag -, beraten haben und Ergebnisse dazu haben, möglicherweise ein überarbeiteter Vorschlag produziert wird, sodass die Bevölkerung zu diesem überarbeiteten Vorschlag Stellung nimmt.

Dann kann wiederum am Ende die Frage gestellt werden: Wollt ihr das so akzeptieren, oder muss es noch mal überarbeitet werden? Ist es ausreichend zu dem, was in den Regionalkonferenzen diskutiert wurde, oder ist es nicht ausreichend? Das Ganze könnte man dann auch noch mit zusätzlichen Fragestellungen garnieren, wie Herr Hagedorn sie vorgeschlagen hat, als zusätzliche Bemerkungen, die man gerne wissenschaftlich auswerten kann. Das wäre dann auch wieder ein Anlass für viele, sich inhaltlich intensiver damit zu beschäftigen. Aber im Kern lautet der Vorschlag, den kleinen Strich, der unten bei der Befragung steht, ein bisschen nach rechts zu ziehen, hinter „Prüfauftrag“ und „Vorlage eines überarbeiteten vorläufigen Vorschlags“.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Dann Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich versuche, es kurz zu machen. Der erste Teil: Ich muss gestehen, ich bin mit der Diskussion, die wir hier führen, nicht zufrieden. Herr Becker, ich muss Ihnen da deutlich sagen: Ich finde es jetzt etwas befremdlich, wenn Sie sagen: „Nun haben wir so lange darüber diskutiert, und jetzt wollen wir das am Ende dann einfach so wegkippen.“ Das ist die falsche Schlussfolgerung.

Ich frage mich, warum wir manchmal so lange diskutieren. Ich muss Ihnen sagen: Wenn mir - für mich persönlich jetzt gesprochen - niemand ein Befragungskonzept vorlegt, wo klar ist, dass die Zielsetzung eindeutig definiert ist, wo auch klar erkennbar ist, dass an der Stelle das Feedback einen Value Added bringt, dann bin ich nicht dabei, eine Befragung zu machen. Wenn Sie eine Befragung machen, von der Sie von vornherein wissen, was dabei herauskommt, können Sie sie sich schenken. Das ist Zeitverschwendung, das ist Ressourcenverschwendung, und das ist auch kontraproduktiv im Sinne der Akzeptanzgewinnung.

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

Wie sollen die Menschen denn Fragen beantworten, die sie nicht beantworten können, weil sie die Voraussetzungen dafür gar nicht haben? Wenn sie bereit wären, sich zu äußern, dann äußern sie sich dazu, und am Ende passiert dann doch was anderes. Diese Menschen haben Sie alle verloren.

In diesem Sinne ist hier bisher noch kein Konzept diskutiert worden, das aus meiner Sicht schlüssig war: Was ist die Zielsetzung? Was ist der Beitrag für unser Konzept? Ich würde dafür werben wollen oder es ein Stück weit stärker formulieren: Ich fordere ein, diejenigen, die eine konkrete Befragung wollen, mögen bitte diese konkreten Aussagen auch liefern, die uns überzeugen. Sie müssen ja andere in der Folge auch überzeugen.

Der zweite Punkt in Richtung des Vorschlags: Ich will ja nicht in Abrede stellen, dass es nicht doch irgendeine Möglichkeit gibt, das Ziel, die Bevölkerung stärker einzubeziehen, zu erreichen. Das sehe ich auch, und diese Zielsetzung trage ich auch. Vor diesem Hintergrund würde ich vorschlagen, dass wir ein solches Element von der Zielsetzung her adressieren und es möglicherweise bei den Regionalkonferenzen allokieren, dass dort auch ein Instrument der Einbeziehung der Bevölkerung mit betrachtet wird, was sie dann selbst ausgestalten können. Das Problem ist ein Stück weit fairerweise vertagt. Vielleicht fällt Ihnen bis dahin etwas Besseres ein. Aber konkrete Vorschläge zu machen, von denen man jetzt schon sagen kann, dass sie kontraproduktiv sind, halte ich einfach für unlauter; das muss ich sagen.

Es gibt doch die Überlegung, eine Befragung auch auf Bundesebene zu machen. Jedenfalls habe ich die Diskussion im Kreis der Vorsitzenden so verstanden, dass solche Überlegungen angestellt werden. Das heißt, wir haben eine ge-

wisse plebiszitäre Vorstellung oder schon ein Instrument im Köcher. Und wir wollen ja noch eine Informationskampagne machen. Deswegen wollte ich das heute noch einmal adressieren. Diese Kampagne dient natürlich dem Ziel, eine stärkere Beteiligung zu bekommen.

Und noch mal ganz zum Schluss: Die Menschen haben die Möglichkeit, mitzumachen. Wir werden auch in den Regionen das Internet so aufnorden und die Möglichkeiten darstellen, dass sie sich informieren können, dass sie sich einbringen können, und wenn die Regionalkonferenzen dieses Ringmodell haben, gibt es auch die Möglichkeit für jeden, sich da einzubringen. Man braucht dafür keine Befragung.

Ich würde wirklich dringend dafür votieren, dass wir die Diskussion jetzt mal zu einem Ende führen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. Herr Miersch, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich kann da nahtlos anschließen. Ich finde, Thorben Beckers Vorwurf muss man aber an der Stelle zurückweisen, weil es auch im Protokoll steht. Ich bin nicht gegen die Befragung. Ich bin immer offen gewesen, aber ich möchte gerne wissen, warum und mit welcher Zielsetzung. Wenn es um Verbesserungsvorschläge geht, wie es hier genannt wird, dann leuchtet mir schlichtweg nichts ein. Deswegen bin ich ebenso wie Herr Jäger weiter bereit, über dieses plebiszitäre Element nachzudenken, vor allen Dingen unter dem Vorzeichen, das Herr Meister genannt hat: Größtmögliche Einbeziehung. Aber wenn wir nur um der Einbeziehung willen einbeziehen, geht das völlig nach hinten los.

Deswegen: Gerne Bereitschaft, wenn hier etwas Konkretes vorgelegt wird, auch gerne Bereitschaft, möglicherweise noch mal zu gucken: Gibt

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

es etwas aus dem Jugendworkshop, was man ganz vorne ansetzt? Auffangtatbestand wäre, wie Herr Jäger gesagt hat, den Regionalkonferenzen das an die Hand zu geben und ausdrücklich hineinzuschreiben, dass sie dieses Mittel nutzen können.

Aber wie gesagt, ich sehe im Moment beim besten Willen - ich habe das jetzt immer wieder gesagt - nach dem Text jedenfalls keine Möglichkeit, eine Befragung durchzuführen. Das setzt eine Kenntnis bei Bürgerinnen und Bürgern voraus, die nach meiner Auffassung im Moment jedenfalls über eine Befragung nicht herzustellen ist.

Im Übrigen, das Vetorecht betreffend: Ich finde, dass das Nachprüfungsrecht, wenn wir es richtig etablieren, wie ich es mir vorstelle, ein sehr scharfes Schwert ist, mit dem man schon sehr viel machen kann. Deswegen kann man auch, glaube ich, jedenfalls da noch etwas flankierend als plebiszitäres Element einführen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank.

Thorben Becker: Zwei Sätze.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Bitte.

Thorben Becker: Es ist richtig; Es liegt kein überzeugender Vorschlag auf dem Tisch. Insofern, wenn man sagt, so nicht, oder das muss konkreter werden, stimme ich voll zu.

Der Punkt - das würde ich dann schon noch mal unterstreichen -, der mich gerade ein bisschen aufgeregt hat, ist: Es waren ja nicht die Leute, die von Anfang an ein solches Element integrieren wollten, die nach einer möglichst komplizierten Art und Weise der Befragung gesucht haben und einen Vorschlag gemacht haben, wo man möglichst viele Informationen bekommen kann, sondern das kam zum Beispiel von Ihnen und auch

von Herrn Kudla, glaube ich: Wir müssen mehr als nur ein Ja/Nein erfahren. Wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, zu sagen, warum sie etwas wollen oder auch nicht.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Wenn sie die Zielsetzung unterschreiben, ja. Wenn Sie die Zielsetzung haben, daran etwas zu knüpfen, dann ist die logische Folge, dass Sie ganz anders abfragen müssen. Nur in der Kombination.

Thorben Becker: Welche Zielsetzung auch immer.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, die Zielsetzung eines Referendums, dass Sie einen Automatismus haben. Sie fragen etwas ab, und je nach Ergebnis - Sie zählen aus - werden dann entsprechende Schritte eingeleitet. Nur in dieser Kombination.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde vorschlagen, dass wir das jetzt in den Worten - in Anführungszeichen - zu Protokoll nehmen, die hier mehrheitlich durchscheinen. Ich würde sagen, es besteht auf jeden Fall Interesse und Bereitschaft, über ein solches plebiszitäres Element noch nachzudenken. Aktuell ist es aber so, dass das gefundene Instrument in seiner Beschreibung nicht überzeugt. Es hat sich jetzt niemand dafür ausgesprochen, es ad acta zu legen.

Es ist aber auch so, dass es momentan noch ein Zwischenstand ist, über den Herr Meister und ich nachdenken müssen. Ich glaube, wir sind uns auch einig, dass das Aliud für diese Befragung nicht von Herrn Hagedorn kommt. Wir müssen uns dann in einer anderen Weise überlegen, in welcher Zusammensetzung wir da möglicherweise weiterkommen. Es geht jetzt ja nicht darum, noch einmal etwas zur Befragung zu schreiben, sondern es geht jetzt eher darum: Kommen wir dann begründet zum Nichts? Wenn ich jetzt laut denke, würde ich sagen, schreiben wir momentan für den Bericht letztendlich das,

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

was wir beim AkEnd-Teil haben, an einer anderen Stelle, schreiben, sie haben sich bemüht, beschreiben noch einmal die Stationen und schreiben dann hin: „Wir sind noch nicht weiter.“

Dann haben wir es als Merkposten, und dann können vielleicht auch andere noch einmal mit assoziieren. Dann haben wir noch mal für zwei Monate eine Schiebeverfügung. Es wird auf jeden Fall insoweit unserer Diskussion gerecht, als wir den Diskussionsverlauf dokumentieren und sagen: Das war es jetzt auch nicht. Aber eben im positiven Sinne, dass wir also sagen, wir haben uns mit den Stationen beschäftigt, und in den verschiedenen Stationen gab es immer ein Pro und Contra methodischer Art, wenn ich nur mal an das Referendum erinnern darf, oder einer Art Veto. Darüber brauchen wir gar nicht groß zu reden. Bei der Befragung haben wir jetzt auch Bausteine.

Es gibt momentan keinen, der gesagt hat, die Befragung ist das A und O, aber andere sind anderer Auffassung, sondern wir haben festgestellt, das ist als Baustein, als Aliud zum Nichts noch nicht das Richtige. Ich würde Sie bitten, Herr Hagedorn, dass Sie an dieser Stelle im Bericht auf eineinhalb bis zwei Seiten einfach den Verlauf der Diskussion in den grauen Kasten packen. Dann können ihn alle lesen. Vielleicht fällt dann auch den anderen noch mal etwas auf, dass das, wenn es herausfällt, dann eine Blackbox ist.

Insgesamt würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir die weitere Diskussion zunächst in die Hände der beiden Vorsitzenden geben, die sich überhaupt nicht darum reißen. Aber ich glaube nicht, dass es jetzt sinnvoll ist, dass wir jetzt in fünf oder acht Minuten noch festlegen, wie wir weiter vorgehen. Wir haben einen bestimmten Zwischenstand erreicht. Wir haben einen Zwischenstand erreicht, der wiederum von dem Dienstleister alleine nicht gehandelt werden kann. Das muss man auch klar sehen. Wir werden uns

überlegen, wie wir in einer Mischform von weiterer Konzentration der Tätigkeiten, die Frau Simic und Herr Hagedorn gemacht haben, in Verbindung mit arbeitsteiligen Elementen, die wir heute an einer Stelle auch schon eingesetzt haben, dazu kommen, dass wir in der nächsten AG-Sitzung auf jeden Fall ein Papier haben, das sich als Teil eines Berichtsentwurfs versteht, der schon der textlichen Überprüfung standhalten kann.

Ich glaube aber, wenn Sie mit mir die Gliederung des heutigen Tages durchgehen, sind die Teile, die einer Ausformulierung zugänglich sind, noch nicht sehr breit. Von daher bleibt da noch eine Teilmenge, mit der wir uns beschäftigen müssen, wie wir damit umgehen. Die Zeit wird enger, aber wir haben, glaube ich, heute bei aller Unterschiedlichkeit in der Differenzierung und in der Positionierung wahrgenommen: Wir haben in den Zuspitzungen jeweils noch Probleme, zu Entscheidungen zu kommen, wenn ich das so allgemein sagen darf. Daher war auch diese Sitzung heute wieder notwendig, um uns zu dokumentieren, dass wir zugespitzte Diskussionen immer weiter zuspitzen müssen. Herr Meister und ich werden versuchen, dazu einen Beitrag zu leisten.

Insoweit sehe ich bei allen Schwierigkeiten, morgen in der Kommission euphorisch zu berichten, nichts wird uns leichter fallen, als in der nächsten Kommissionssitzung einen vollständigen Berichtsentwurf vorzulegen, gleichwohl aber wiederum auch Zwischenergebnisse, die wir darstellen können.

Aber wie gesagt: Wir sind bei weitem nicht am Ende. Das hängt ein Stück weit damit zusammen, wie wir es auch heute erlebt haben, dass der Glaube - da möchte ich auch Herrn Hagedorn und Frau Simic ein bisschen in Schutz nehmen -, das hätte man an der einen oder anderen Stelle mit einem ordentlichen Text gelöst. Die

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung
und Transparenz

beiden mussten sich gestern von uns auch ein bisschen was anhören. Aber ich sage mal: Man kann nicht verlangen, dass eine Zusammensetzung diskutiert wird, wenn wir dann am Ende feststellen, dafür brauchen wir noch mal eine Arbeitsgruppe. So etwas kann eine redaktionelle Arbeit auch nicht überkleistern. Deshalb in diesem Sinne aufmunternd: Herzlichen Dank, Frau Simic und Herr Hagedorn, dass Sie uns so weit gebracht haben.

(Beifall)

Das ist nämlich nicht ganz einfach. Es werden teilweise auch Stellvertreterprügel ausgeteilt. Dazu habe ich jetzt genug gesagt.

Sind Sie damit einverstanden? Sie werden wenige Alternativen haben, dass der nächste Vorschlag von Herrn Meister und mir kommt, was die weitere Arbeit angeht, weil wir nicht alles bei Herrn Hagedorn und Frau Simic abladen können; denn wir haben noch nicht so vieles, was sie bearbeiten können. Herr Meister, bitte.

Vorsitzender Ralf Meister: Vielleicht nur noch den Zusatz: Die meisten von uns sehen sich ja morgen und übermorgen auch. Wir haben morgen Abend einen Programnteil, der Unterhaltungswert hat. Den kann man zum Teil auch zu einem E-Thema machen, also zu einem ernsten Thema. Das heißt, dass wir vorab morgen Abend schon einzelne Bausteine in der Landesvertretung an den Tischen, an denen wir sitzen werden, doch noch ein bisschen weiter konturieren, auch als Unterstützung. Denn ich muss deutlich sagen, dass es ein paar Punkte gab, bei denen wir in den Zwischenphasen größere Einigungen hatten als die, die wir heute wieder festgestellt haben. Das muss man einfach nüchtern benennen. Ich finde, dann brauchen wir ein bisschen stärkere Rückmeldungen zu ein paar Punkten. Wenn das morgen Abend gelingt, wäre das schon ganz

gut, dass wir da nicht nur auf Neben- und Seitengespräche einlassen, sondern tatsächlich an diesen Punkten morgen Abend ruhig weiterarbeiten. Das wäre jedenfalls mein Wunsch.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Auch da wird kein Weg an Ihnen vorbeiführen. Wir werden eiskalt auf Sie zukommen. Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Sie wollten jetzt den vierten Zwischenbericht weiter bearbeiten, wenn ich es richtig verstehe. Ich hätte aber doch die Bitte, dass jeder diesen Bericht auch kommentiert. Ich glaube, die Word-Vorlage haben Sie verschickt. Dann muss sich eben einer hinsetzen und die zehn verschiedenen Kommentare irgendwo einarbeiten. Ich glaube, wenn man das mal zusammenbekommt, ist es vielleicht sogar etwas effektiver, als wenn wir hier fünf, sechs Stunden über einzelne Dinge diskutieren. Ich möchte wirklich dafür werben - ich werde den Bericht auch im Word-Überarbeitungsmodus entsprechend kommentieren -, dass möglichst viele das machen sollten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde das jetzt so stehen lassen wollen und auch in dem morgigen Gespräch noch mal vertiefen. Die Bereitschaft, so etwas als Arbeitsform zu machen, ist durchaus unterschiedlich ausgeprägt. Ich will es nicht bewerten. Ich sage nur: Additiv.

Es ist natürlich auch die Frage: Inwieweit ist dieser Text überhaupt noch ein Text, der eine Grundlage sein kann? Aber das Wichtigste war mir: Die Frage der Übernahme der Strukturierung heißt noch nicht, dass wir jetzt die Berichtserstellung übernommen haben. Diesen Nebensatz möchte ich dann doch noch mal wieder gestrichen wissen. Ich sage es jetzt ganz salopp: Diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Das ist noch mal eine andere Herausforderung, uns zu überlegen, wie wir zu einem Bericht kommen -

gegebenenfalls arbeitsteilig - und wer ihn letztendlich dann ausformuliert.

Ich würde den Vorschlag von Herrn Kudla gerne unterstützen, dass es sehr hilfreich wäre, wenn insbesondere zu den Teilen, die wir heute weitergeführt haben, noch mal Anmerkungen kommen, die eine Ergänzung der Meinungsbildung, die wir heute vorgenommen haben, zulassen, und dass wir auch durch schriftliche Kommentare noch einmal Pointierungen und Gewichtungen der einzelnen Mitglieder erkennen können. Von daher wäre das sehr gut.

Frau Lorenz-Jurczok hat es an alle verschickt, ja?

Frau Lorenz-Jurczok (Geschäftsstelle): Ja.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Damit ist das Missverständnis ausgeräumt.

Dann würde ich das mit dieser unterschiedlichen Vorgehensweise - Kommentierung plus morgige Abendgespräche, plus Strukturierungsvorschläge von uns, plus wahrscheinlich Delegation von Teilen an Teile von uns - momentan stehen lassen und würde jetzt aber wiederum Herrn Janß, bevor er überhaupt das Wort ergriffen hat, insoweit ausbremsen wollen, als wir eine ausgesprochen anstrengende Sitzung hinter uns haben. Bevor Sie uns jetzt berichten, was wir später lesen werden: Es würde uns reichen, wenn Sie uns einfach sagen, was wir lesen. Wenn Sie jetzt Eckpunkte vorstellen würden, die wir morgen, übermorgen schriftlich haben, dann würde ich mich gerne auf das Lesen verlassen. Ich sage es noch einmal: Wir sind relativ angestrengt. Das hat mit Ihnen gar nichts zu tun. Wir würden es gerne so kurz wie irgend möglich haben, so kurz, wie es die Formalien erfordern. Sie werden jetzt nicht an Inhaltlichkeit gemessen, sondern an Kürze. Herzlichen Dank.

(Sitzungsende: 16.32 Uhr)

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe:

Hartmut Gaßner

Ralf Meister